

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
von Juni 2007  
bis Februar 2009**

**NWO-Sonderheft Nr. 106**



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
von Juni 2007 bis Februar 2009**

**NWO-Sonderheft Nr. 106**

**Terror der Antichristen vom 01.06.2007-28.02.2009**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juni 2007 bis Februar 2009	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97

**Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juni 2007 bis Februar 2009**

Der Glaube ist zum Ruhen gut, doch bringt er nicht von der Stelle; der Zweifel in ehrlicher Männerfaust, der sprengt die Pforten der Hölle. <i>Theodor Storm (1817-1888, deutscher Schriftsteller)</i>
---

**2007**

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...):

**>>Lehrreiche Lektüre für Träumer**

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen

Vieles wissen die Zeitgenossen über Deutschland zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung und die junge Bundesrepublik - vor allem alles über deren dunkle Seiten. Daß aber zwischen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und der Gründung der BRD sowie der DDR die Deutschen vier Jahre lang unter der Herrschaft von Militärregierungen der Sieger leben mußten, das ist weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt.

Kaum jemand weiß über die damaligen Lebensverhältnisse der Besiegten und über das Verhalten der Sieger Konkretes. Da ist es zu begrüßen, daß ein Verlag jetzt den zweiten Band einer populärwissenschaftlichen Darstellung der Besatzungszeit auf den Markt bringt, in dem ein Journalist unter dem Titel "Besetzt" die US-amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland in großen Zügen schildert, nachdem er im ersten Band über die französische Besatzungszone berichtet hat.

Während man in seinem ersten Buch rügen mußte, daß er die gravierenden Verstöße der Besatzungsmacht gegen das Völkerrecht immer wieder aufrechnete mit den dazu heftig übertriebenen deutschen Kriegsverbrechen in Frankreich, hält er sich damit in seinem neuen Buch erfreulicherweise zurück.

Sachlich schildert er, wie die US-amerikanischen Sieger voller Haß auf die Deutschen, die ihrer Propaganda zufolge für immer neue Kriege auf dem Kontinent verantwortlich waren, ins Reichsgebiet vordrangen. Nun wollten die US-Amerikaner, fest überzeugt von der deutschen Kollektivschuld, alles tun, damit die Deutschen nie wieder in der Lage sind, Krieg zu führen. Und sie wollten die Deutschen mit aller Härte bestrafen, weil sie "aus Leichen Seife und

Lampenschirme aus Menschenhaut hergestellt hatten", wie ihnen ihre Greuelpropaganda in die Ohren geblasen hatte.

Mitleid sollte es nicht geben. Die deutschen Kinder sollten in ihren Schulen von US-amerikanischen, englischen und sowjetischen Offizieren unterrichtet werden, damit sie - wie es hieß - "den wahren Geist der Demokratie" lernen.

Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Reste der deutschen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.

Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschatze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.

Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangener den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.

Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu "Disarmed Enemy Forces" (entwaffnete feindliche Streitkräfte) erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.

So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern, in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war.

Auf der politischen Ebene gerieten sich sehr schnell die Westalliierten und die Sowjetunion in die Haare, so daß die zunächst angekündigte Erhaltung der Einheit Deutschlands schon zwei Jahre nach Kriegsende mit der Londoner Außenministerkonferenz scheiterte. Alles trieb auf die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten zu, damit sich die Westalliierten und die Sowjetunion das Potential in dem jeweils von ihnen besetzten Teil Deutschlands für die sich anbahnenden Konflikte sichern konnten. Immer noch aber wußten die Alliierten nicht, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen sollten.

Da wurden Pläne gesponnen über die Neutralisierung Deutschlands, über die Dezentralisierung der westlichen Zonen, über die internationale Kontrolle, die man über weite deutsche Gebiete verhängen wollte. Und die Deutschen hungerten, froren und schlugen sich mühsam durchs Leben. Die von den Alliierten zugebilligten Lebensmittelrationen sanken zeitweise auf 850 Kalorien pro Tag. Wer sich allein von den Lebensmittelmarken ernähren mußte, war dem Hungertod ausgesetzt.

Aber die Deutschen schlugen sich durch: Sie hamsterten auf dem Lande, tauschten, betrieben Schwarzhandel, legten auf jedem brauchbaren Stückchen Erde Gärten an, klauten Kohle von den Zügen, die deutsche Kohle ins Ausland bringen sollten. Der beste Schutz war der Zusammenhalt der Familien, während Alleinstehende und kleine Kinder die größte Not litten und häufig genug nicht überlebten.

Inzwischen entnazifizierten und entmilitarisierten die US-Amerikaner die Deutschen. Jeder,

der irgendwie in der vorangegangenen Zeit politisch engagiert war, verlor seine Stellung. Etwa 80.000 Deutsche wurden im Rahmen des "Automatic Arrest" automatisch festgenommen und in Internierungslager gesteckt, wo manche bis zu drei Jahre lang ausharren mußten, bis sie vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt wurden. Mancherorts brach die Verwaltung zusammen. An Universitäten mußten ganze Fakultäten geschlossen werden, weil die Professoren in Lagern saßen.

Leider erfährt man in dem Buch nichts über die Lebensbedingungen in den Lagern; sie waren schlimm genug. Erst der deutsche Bundestag beendete im Dezember 1950 offiziell diese unsinnige Politik, die das Ziel hatte, die gesamte deutsche Führungsschicht nach den Vorstellungen der Umerzieher auszutauschen.

Zu kurz kommt in dem Buch die in großem Maßstab geplante und durchgeführte Umerziehung der Deutschen. Das Kapitel darüber überschreibt Volker Koop mit "Eine freie Presse". Frei war sie nun ganz bestimmt nicht! Wenn es jemals eine zu 100 Prozent kontrollierte Presse in Deutschland gegeben hat, dann war es die von den Militärregierungen eingerichtete, auch wenn Deutsche Verleger und Redakteure sein durften.

Es fehlt in dem Buch auch die Darstellung des ideologischen Hintergrunds für die Umerziehung. Der Charakter der Deutschen sollte verändert werden, doch über das Ziel und die dabei angewendeten Methoden sucht man in Koops Buch vergebens Informationen. Bezeichnend, daß in dem Literaturverzeichnis das Standardwerk zu diesem Thema "Charakterwäsche" von Caspar Schrenck-Notzing fehlt. Zustimmung kann man dem Autor aber, wenn er schreibt, daß noch heute in unserer Presselandschaft die Strukturen zu finden sind, die damals von der Besatzungsmacht geschaffen wurden.

Erst als der Kalte Krieg zwischen Ost und West ausbrach, änderten die US-Besitzer ihre Politik. Man liest in Koops Buch die besorgten Berichte US-amerikanischer Politiker und Generäle, daß die Gefahr bestehe, die verzweifelten Deutschen würden sich dem Kommunismus zuwenden. Da begann auf der einen Seite die Lockerung, etwa indem Schulkinder eine zusätzliche Mahlzeit aus US-amerikanischen Beständen erhielten, während auf der anderen Seite Fabrikanlagen weiter demontiert wurden.

Das geschah auch noch, nachdem der US-Kongreß beschlossen hatte, 13 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau Westeuropas einschließlich der Westzonen Deutschlands als "Marshallplanmittel" bereitzustellen, Mittel im übrigen, von denen die USA am meisten profitierten, mußten doch 70 Prozent der Kredite ausgegeben werden, um in den USA produzierte Handelswaren zu kaufen.

Am 12. Mai 1949 genehmigten die alliierten Militärgouverneure das Grundgesetz, das die Basis für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Westen wurde, eines Staates, der noch längst nicht souverän war, sondern immer noch unter strikter Kontrolle der Hohen Alliierten Kommissare stand.

Alles in allem bietet das Buch "Besetzt" über die US-amerikanische Besatzung in Deutschland eine lehrreiche Lektüre für alle, die immer noch davon träumen, die Alliierten hätten die Deutschen 1945 befreien wollen.

Volker Koop: "Besetzt - Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland", ... Berlin 2006, ...<<

Der Europäische Rat Brüssel einigte sich am 21./22. Juni 2007 in auf die Erstellung eines Grundlagenvertrages der Europäischen Union, der die Inhalte der Europäischen Verfassung übernehmen soll. Der endgültige Text soll durch eine Regierungskonferenz festgelegt werden, die bereits seit Juni 2007 tätig war.

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 25. August 2007 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>>Der Führer lebt ... in den deutschen Medien

Wenn man aus dem Ausland kommt, von welcher Seite auch immer, und die deutsche Grenze überschreitet, sieht man mit dem bloßen Auge sofort, daß man in Deutschland ist. Wälder von kirchturm hohen Windrädern, mit denen die deutschen Schildbürger auch noch zwei Jahre nach dem verdienten Abgang von Trittin Strom aus Wind machen wollen, und Hakenkreuzfahnen und Hitlerbilder an jedem Zeitungsstand. Das sind die auffälligen Merkmale, an denen man erkennen kann, daß man deutschen Boden betreten hat.

Die Schildbürger trugen bekanntlich, weil sie vergessen hatten, in ihr Rathaus Fenster einzubauen, das Sonnenlicht in Eimern und Schüsseln ins Gebäude. Unsere modernen Schildbürger versuchen es mit Windmühlen zur Stromerzeugung, also mit ins Bombastische vergrößerten Fahrraddynamos - im Zeitalter der weiterentwickelten, kohlendioxidfreien Kernenergie, die die ganze übrige Welt ausbaut.

Hitler lebt, 62 Jahre nach seinem Selbstmord, an allen Zeitungsständen, auf allen Fernsehkanälen, im Straßenbild. Vor dem Sitz des Bundesfinanzministers in der Berliner Wilhelmstraße, dem ehemaligen Reichsluftfahrtministerium, flattern die fünf Meter hohen Hakenkreuzflaggen lustig im Wind, 300 Wehrmachtssoldaten rollen in Schützenpanzern und Mannschaftswagen durch die Straßen.

Allen alten und jungen Nazi-Anhängern wird ganz warm ums Herz. Man dreht die ersten Szenen des Stauffenberg-Films mit Tom Cruise, morgen wird man einen anderen Film drehen, einen Fernseh-Spot mit Hitler, eine Ausstellung mit Hitlers Bildern eröffnen, ein Theaterstück mit Hitler aufführen, eine sensationelle Reportage drucken: "Wo sind Hitlers Noten?"

Die Erstschrift der Meistersinger-Partitur, die ihm zum 50. Geburtstag geschenkt wurde, sie ist verschollen! Wollte Hitler Picasso deportieren, fragt ein soeben erschienenes Buch. Der Maler sollte als Zwangsarbeiter nach Essen gebracht werden! Hörte der Führer jüdische Schallplatten? Russischer Geheimdienstmann entdeckt Hitlers Schallplattensammlung. Wann wird "Mein Kampf" endlich im Buchhandel wieder erscheinen? Natürlich als kommentierte wissenschaftliche Ausgabe. Bisher konnte man ihn nur im Ausland oder antiquarisch beziehen. Soll Hitlers Buch nun erscheinen? Ja, sagen berühmte Wissenschaftler, die kommentierte Ausgabe ist lange überfällig.

Alle eben genannten Meldungen stammen aus der letzten Woche.

Hitler im Film, Hitler als Maler, Hitler in der Architektur, Hitler als Comic. Hitler in der Oper, Hitler sogar im "Tatort". In Deutschland ist immer "Führerwetter". Die Abbildung von Hakenkreuzen scheint nie verboten zu sein, wenn sie sich nur linksrum drehen, also von strammen Linken "Spiegel-verkehrt" bearbeitet werden. Offenbar kann sich das Volk an den Führerbildern und Hakenkreuzfahnen nicht satt sehen, denn in einer freien Wirtschaft wird bekanntlich nur das produziert, was auch verkäuflich ist.

Bei "Spiegel-Gründer" Augstein und "stern-Chef" Henry Nannen war die Vorliebe für Hitler-Stories noch verständlich. Beide waren bei der Wehrmacht, Offiziere, später gut umerzogen. Augstein war einer der ersten Lizenzträger, als die Alliierten die Umerziehung an die Deutschen abgaben, seine Wochenzeitung machte die Sache erst professionell. Nannens Illustrierte folgte. Gegen Hitler ging es, und gegen die Bonzen und die Drahtzieher. Im "Spiegel" und im "stern" stand, warum das alles so gekommen war und wer daran schuld war und wer nicht. Ergebnis offen. Also jede Woche noch mal.

Gegen Hitler und Stalin und die Diktaturen, die Stalin überall in Europa an die Macht gebracht hatte. Besonders interessierten die Zustände in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). Aber das Hauptinteresse der Herausgeber galt natürlich der Vergangenheit, die bei der Gründung der Magazine noch ganz nahe war. Manche NS-Größen waren noch gar nicht wieder aus der Gefangenschaft entlassen, andere in Südamerika untergetaucht. Das gab viel Stoff für spannende Untersuchungen.

Was ist eigentlich aus Baldur von Schirach geworden, wo lebt seine Frau, wenn ja - wovon?

Wo lebt Hitlers Sekretärin, wo seine Schwester? Gab es heimliche Verbindungen der katholischen Kirche zu den Nazigrößen, die auf dem Weg durch italienische Klöster von Priestern nach Südamerika geschleust wurden?

Das alles muß Rudolf Augstein damals ebenso interessiert haben wie seine Leser, die mit ihm jung waren und langsam älter wurden und immer noch was dazulernen wollten über die Nazi-Zeit, von der jeder nur seinen kleinen Ausschnitt gekannt hatte. Das machte den "Spiegel" so erfolgreich. Das gab Stoff für Tausende von Seiten.

Was macht Leni Riefenstahl, was Kristina Söderbaum, wie war es wirklich mit Albert Speer, mit Generalfeldmarschall Paulus, mit Goebbels' Frauen, mit Görings Drogensucht, mit Rommels Afrika-Feldzug, mit Gallands und Mölders Abschüssen feindlicher Flugzeuge. Waren die Abschluß-Zahlen womöglich nach oben korrigiert, das Ritterkreuz mit Schwertern verdient? Das interessierte Augstein, das interessierte die Leser.

War alles wirklich so schlimm? Hat der Führer das gewußt? Die Antwort: Es war noch viel schlimmer, aber anders. "Spiegel-Leser", so hieß der Slogan, wissen mehr. "Spiegel-Leser" wußten mehr vom Führer, von Göring und Goebbels und allen den anderen.

Wie lebten die in ihren Bunkern, und wie war es mit ihren Frauen und mit ihren Weibergeschichten und vegetarischen Eintopfsuppen und mit den Gelagen und mit dem Kunstraub und der Extra-Uniform, das war endloser Stoff für den "Spiegel", Woche für Woche. Augstein brachte die Nazi-Zeit den deutschen Lesern, die sie selber ja nur immer an einer einzelnen Stelle der Front, auf der Flucht, im Luftschutzbunker oder in ihrer kleinen Stadt miterlebt hatten und nicht in den Zentren der Macht, so richtig nahe.

Chefredakteur und Leser waren eine Einheit: gegen die Diktatur, aber doch sehr interessiert an ihrer Erscheinungsform. Wie war es genau, das Schlimme? Hauptsache, die Details stimmen. Stimmt das, daß wir den ersten Düsenjäger der Welt gebaut haben, die deutsche Me 262 A-1a (Schwalbe), mit der fast gleichzeitig gebauten Me 262 A-1b nicht zu verwechseln, ebenso wenig wie das Ritterkreuz mit Schwertern mit dem Ritterkreuz mit Schwertern und Brillanten. Wievielmals wurde es überhaupt verliehen? Das wird nie in der Quiz-Sendung mit Jörg Pilawa und Günther Jauch gefragt. "Spiegel-Leser" könnten es beantworten.

50mal Albert Speer, 14mal Kristina Söderbaum, 200mal Goebbelstagebücher, 100mal Führerbunker. Ohne Gewähr.

Hatten wir nun doch Wunderwaffen? Nein. Eigentlich nicht, aber fast, immerhin bauten wir an der Atombombe, wir hatten auch die ersten Raketen dazu, die ersten Düsenjäger sowieso, und die Verflüssigung von Kohle zu Benzin für Flugzeuge und Panzer war eine deutsche Erfindung. Wer war schuld an den KZ-Greueln? Wer wußte davon? Bitte melden. Die eigentliche Entnazifizierung fand im "Spiegel" statt, und alle wurden eingestuft als nicht sehr belastet - ausgenommen natürlich die ganz schlimmen Fälle, die Verbrecher, KZ-Kommandanten und Mordkommandos, dagegen waren alle, niemand wollte dafür sein.

Die Leserschaft des "Spiegel" hat sich verjüngt. Von den Lesern von 1950, den Kriegsteilnehmern, den Überlebenden von Flucht, Bombenkrieg und Gefangenschaft, ist die Hälfte gestorben, aber vorher hatten sie die deutsche Wirtschaft wieder angekurbelt, Arbeitsplätze geschaffen und die Städte wieder aufgebaut. In diesen Städten wuchs die neue Generation der "Spiegel-Leser" auf, die Anzeigenseiten des "Spiegel" wuchsen um das Fünffache und die Anzeigenpreise um das 20fache, und nachdem die Städte und Fabriken halbwegs gut aufgeräumt und die Kinder des Wirtschaftswunders in die neu aufgebauten Universitäten eingezogen waren, gingen die meisten von ihnen erst mal demonstrieren, als Anhänger der antiautoritären Revolte von 1967/68.

Mit ihnen kam eine neue Welle von Entnazifizierung ins Land, aber diesmal entnazifizierten nicht die Besatzungsmächte die Deutschen, diesmal entnazifizierten die Söhne und Töchter ihre Eltern, der "Spiegel" half auch hier mit exakten Daten und Enthüllungen über bisher un-

bekannte Details. Und vor allen Dingen Fotos. Der "stern" immer dabei, seit den "Hitlertagebüchern" aber vorsichtig.

Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen und wissen immer noch mehr, aber dieses seltsame Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten "Spiegel-Leser" haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten scheinbar im Kopf und wollen die "furchtbare Zeit" immer noch mal sehen, und seit es, ab 1998, im ZDF die populären Fernseh-Serien über die NS-Zeit von Guido Knopp gab, schwemmte der Trend noch mehr Interessenten ins "Spiegel-Haus". Hitler, Hitler, Hitler. Die Deutschen seien krank, sagt meine griechische Freundin.

Sind die Deutschen wirklich krank? Oder nur die "Spiegel-Leser" und die Leser des "stern"? Hitler und sein Hund, Hitlers letzte Geliebte, Hitlers ehemalige Geliebte, Hitlers versteckte Schwester, Hitlers Kusine, Hitlers Arzt, Hitlers Medikamente, Hitlers Freunde im Hause Wagner, Hitler und Leni Riefenstahl, Hitlers Verklemmtheit, Hitler als Nichtraucher, Hitlers Zeichnungen. Und Hitlers Architekt, der natürlich ganz besonders, er war auch noch ein Frauentyp. Wenn kein Sex-Titelbild mehr über das Sommerloch hilft, der Führer tut es. Es ist immer Führerwetter in Deutschland.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 17. September 2007: >>**Integration "Der Islam hat ein Doppelgesicht"**

Wegen ihrer kritischen Haltung zum Islam wurde Hiltrud Schröter immer wieder bedroht. Im Gespräch mit WELT ONLINE spricht die Autorin über Toleranz, Terrorismus und die Gefahr von Moscheen in Deutschland. Ihre Schlußfolgerung: Der Islam ist nicht mit der Demokratie vereinbar.

Die Autorin und Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter aus Frankfurt beschäftigt sich seit gut 20 Jahren mit Islam und Migration. Die 66-Jährige gilt als eine strenge Kritikerin. Die Wissenschaftlerin erhielt wegen ihrer Arbeit bereits mehrere Drohungen und für ihre Studie "Ahmadiyya-Bewegung des Islam" eine Strafanzeige von dieser muslimischen Sekte. Das Strafverfahren wurde allerdings von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Für Ihre Doktorarbeit "Arabesken - Studien zum interkulturellen Verstehen" erhielt sie 1998 den Elisabeth-Selbert-Preis des Landes Hessen. Ihr Sachbuch "Das Gesetz Allahs" ist soeben im Ulrike-Helmer-Verlag erschienen.

**WELT ONLINE:** In Ihrem neuen Buch beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz Allahs. Sie behaupten darin vehement, die Rechtsordnung des Islam sei generell nicht mit der Demokratie vereinbar. Warum?

**Hiltrud Schröter:** Unser Grundgesetz folgt dem Grundsatz der Gleichheit, also der Gleichberechtigung. Nach der Scharia dagegen muß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Darauf fußt etwa die Diskriminierung der Frau im Islam. Eine Folge davon ist auch, daß Nicht-Muslime in islamischen Ländern weniger Rechte und andere Pflichten haben und Menschen zweiter Klasse sind. Religionsfreiheit gibt es nicht. Der Islam hat ein Doppelgesicht.

**WELT ONLINE:** Inwiefern?

**Schröter:** Der Islam ist ein totales und totalitäres System. Er ist nicht nur Religion, sondern auch Politik. Er ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch. Allah ist der oberste Gesetzgeber und seine Gesetze sind im Koran und damit in der Scharia enthalten. Und im Koran ruft Allah einerseits zu Toleranz und Frieden auf, andererseits verspricht er denjenigen, die mit Gewalt gegen die Ungläubigen kämpfen, das Paradies. Darauf stützt sich der islamische Terrorismus.

**WELT ONLINE:** In vielen Städten entbrennt momentan die Diskussion - wie in Köln - um den Neubau von Moscheen. Auch in Frankfurt regt sich Widerstand in Form einer Bürgerini-

tiative gegen den Bau der schiitischen Fatima-Moschee in Hausen. Welche Konsequenzen haben Ihrer Meinung nach die Moscheebauten?

**Schröter:** In Frankfurt-Hausen beispielsweise gibt es bereits zwei islamische Zentren, ein arabisch-sunnitisches und ein iranisch-schiitisches. Die Fatima-Moschee, die eine türkisch-pakistanische Gemeinde bauen möchte, wäre die dritte in diesem kleinen Stadtteil und die größte in Frankfurt. Diese Gemeinden, die sich wahrscheinlich in ihren Herkunftsländern feindlich gesonnen sind, könnten aus Hausen einen Konfliktherd machen. Denn wenn es zwischen den Herkunftsländern kracht, dann kracht es auch in Hausen. Der Konflikt wird so nach Deutschland getragen. Das wird auch in anderen Städten so sein. In Köln kommt hinzu, daß mit der DITIB-Großmoschee mitten in der Stadt eine Enklave des türkischen Staates entsteht.

**WELT ONLINE:** Der Verein, der die Moschee in Hausen plant, spricht davon, einen deutschen Islam einführen zu wollen, der offen und liberal sei.

**Schröter:** Dann soll er sagen, welche Stellen er aus dem Koran streichen will. Das Problem ist nämlich, daß Muslime das Ziel haben - wenn sie denn dem Gebot Allahs folgen - sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor. Im Koran heißt das taqiya. Innenminister Bouffier nennt das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 "Legalitätstaktik".

**WELT ONLINE:** Wie soll man mit Muslimen umgehen? Welche Konsequenzen fordern Sie?

**Schröter:** Ich trenne ganz deutlich zwischen Menschen und dem Islam als System. Das zeigt besonders gut mein Buch "Mohammeds deutsche Töchter". Aber wenn ein Muslim hier islamische Gesetze einführen will, dann lehne ich das ab. Das wichtigste ist, aufzuklären, daß der Islam auch totalitär ist.

**WELT ONLINE:** Das heißt, Sie würden den Neubau von Moscheen verbieten lassen?

**Schröter:** Moscheen sind ja keine "Gebetshäuser" und "Kirchen", wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Großprojekte wie in Köln und Hausen lehne ich ab, weil sie Demonstrationen islamischer Macht sind, die die Weltherrschaft anstrebt.

**WELT ONLINE:** Warum sind Sie so rigoros mit Ihrem Urteil?

**Schröter:** Meine Generation hat diese Suppe hierzulande eingebrockt. Ich kann die Folgen, die auf unsere Kinder und Enkelkinder zukommen, nicht verantworten: nämlich ein drittes totalitäres System nach Faschismus und Kommunismus und die Wiederkehr des Patriarchalismus.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Oktober 2007 über die Ketzertötung, Schwertmission und Kreuzzüge der katholischen Kirche: >>>**Die andere Seite des Christentums**

Kein anständiger Mensch kann Mitglied der römisch-katholischen Kirche sein. Die Ecclesia militans ist die älteste und größte Verbrecherorganisation der Welt. Mitleidlos hat die Inquisition Hussiten, Waldenser, Albigenser, Lutheraner, Zwinglianer und Calvinisten verfolgt und verbrannt. Zwei Jahrhunderte lang wurden Tausende von unschuldigen Frauen ... wegen Hexerei auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Zwei Jahrtausende lang hat die Mutterkirche einen glühenden Antisemitismus gepredigt."

Das sind provozierend-bekannte Invektiven, die ersten Sätze in einer neuen, umfänglichen Abhandlung über die Kirchengeschichte. Blättert man in einem militant-antikirchlichen Opus in der Tradition von Kahl - Augstein - Deschner? In einer der zynischen Abhandlungen, die ihre schrillen Anklagen gegen das Christentum schleudern, ihm eine Blutspur in der Geschichte nachweisen wollen und dazu Kübel von Häme auskippen?

Nein, ganz im Gegenteil. Mit dieser Todsünden-Liste beginnt zwar Arnold Angenendt, ge-

weiher katholischer Priester und ehemaliger Professor in Münster, sein neues Buch ("Toleranz und Gewalt"). Doch dann macht der 72jährige international renommierte Kirchenhistoriker auf 800 Seiten (allein davon 200 Seiten bibliographischer Apparat) die "Gegenbilanz" auf - in fünf geschlossenen Hauptteilen, die auch separat gelesen werden können.

Angenendt orientiert sich in seiner großen historischen Studie an Ranke. Er will wissen, "wie es gewesen ist". Dazu gehören genaue Analysen, Zahlen und Belege, dazu gehört die Auswertung einer Fülle von Spezialliteratur.

Beispiel Inquisition: Sie gilt als dunkelstes Mittelalter, der Horror pur. Hunderttausende oder gar Millionen sollen den Folterknechten, die im Namen Jesu quälten, zum Opfer gefallen sein. Angenendt hat die Quellen akribisch ausgewertet: Für Spanien kommt er in der "wilden" Phase, die bis 1530 dauerte, auf 5.000 Opfer. Das ist zwar immer noch viel, denn jeder ermordete Mensch ist ein Opfer zuviel. Aber es beweist auch, daß in Europa keineswegs jahrhundertlang die Scheiterhaufen brannten.

Überraschend dann auch seine prozeßrechtliche Analyse und Einordnung der Inquisition, und auch hier kratzt er an den tradierten Klischees. Der Kirchenhistoriker weist nach, daß es dabei - so die Intention von Papst Innozenz III.- um Tatsachenherstellung ging, und das war durchaus ein säkularer Fortschritt. Denn so sollten archaische Praktiken wie Wasser- und Feuerproben abgeschafft werden. Die Inquisitio (die "Untersuchung") war ein amtliches Verfahren, am Ende sollte eine Verurteilung nur bei vollem Beweis möglich sein.

Die Anklage sollte durch ein Geständnis, durch übereinstimmende Zeugen oder durch evidente Umstände bestätigt oder widerlegt werden - ein gewaltiger Fortschritt in der Rechtsordnung des Mittelalters. Angenendts Fazit: "Dies ist die ursprünglich, zunächst rein juristische und eindeutig positiv zu beurteilende Seite der Inquisition."

### **Neues Testament keine Quelle für Antisemitismus**

Beispiel Antisemitismus: Der schlimmste Vorwurf, der gegen die Juden vorgebracht wurde, war der des Gottesmordes. Er machte aus dem Nebeneinander das feindliche Gegeneinander. Angenendt sammelt hier ganz objektiv die Belege - bis hin zu den polemischen Chrysostomos-Predigten, die bis heute eine Belastung sind. Der Erzbischof (gestorben 407 n. Chr.) bezeichnete einst die Juden als Verrückte, Gotteslästerer, Schweine. Angenendt wendet sich aber gegen die eindimensionale Auffassung, das Neue Testament als ursprüngliche Quelle des Antisemitismus zu betrachten. Immerhin läßt Lukas Jesus am Kreuz sagen: "Vater, vergib ihnen", und Petrus spricht von der "Unwissenheit" der Juden.

Auch in der Spätantike galt für die Juden das Rechtskonstrukt der "erlaubten Religion". Papst Gregor der Große (gestorben 604 n. Chr.) garantierte den Juden freie Religionsausübung und bürgerliche Gleichstellung. Papst Alexander II (gestorben 1073) dekretierte: Die Juden sind zu schützen und ihr Blut nicht zu vergießen. Später wurde diese Schutzpflicht sogar verbindliches Kirchenrecht. In der Folgezeit erließ über vier Jahrhunderte hin jeder Papst eine spezielle Schutzbulle. Angenendts Fazit ist, daß die Juden "nicht rechtlos waren".

Das Schlimmste, was den Juden im Mittelalter passieren konnte, war die Zwangstaufe oder die Vertreibung (beides schlimm genug). Aber (staatlichen) Massenmord an den Juden gab es im Mittelalter nicht. Den vollbrachten erst die Nationalsozialisten.

Von Rolf Hochhuth bis Daniel Goldhagen wird die Haltung des Papstes Pius XII. zum Holocaust gegeißelt. Sein Schweigen habe die Hitlersche Judenvernichtung provoziert. Angenendt erinnert daran, daß der Heilige Vater keineswegs untätig war. So fanden etwa 3.000 Juden in seiner Sommerresidenz Unterschlupf. Sechzig lebten neun Monate lang an der Jesuiten-Universität Gregoriana. Und ein halbes Dutzend schlief im Keller des Päpstlichen Bibel-instituts.

Markiert das Buch eine Wende in der öffentlichen Debatte? Eine Wende zu mehr Gelassenheit und zu mehr Differenzierung und Abwägen bei historisch-religiösen Urteilen? Es gibt

hoffnungsvolle Anzeichen. So diskutierten Jürgen Habermas und der damalige Kardinal und heutige Papst Joseph Ratzinger im Januar 2004 in der Katholischen Akademie in Bayern. Der Postmarxist der Kritischen Theorie räumte ein, daß der demokratische Verfassungsstaat auf "autochthone weltanschauliche oder religiöse ... Überlieferungen angewiesen ist". Viel Respekt vor der Religion also, das diagnostiziert auch Angenendt trocken.

Nach der Wende wurden sogar SED-Atheisten seltsam kleinlaut, wenn sie zugeben müssen, daß ihre rote Religion nur etwa hundert Jahre alt wurde, während die Sancta Ecclesia schon zweitausend Jahre überdauerte. Und haben wir nicht seit Jahren einen regelrechten Boom an spirituellen und religiösen Druckerzeugnissen, der offenbar eine Renaissance des Religiösen signalisiert?

Angenendts Buch repräsentiert eine gut lesbare, materialreiche Fundgrube und Argumentationshilfe, um die andere Seite des Christentums dazustellen, ohne die Kehrseite (wie Ketzertötung, Schwertmission und Kreuzzüge) zu verschweigen.

"Das Christentum zwischen Bibel und Schwert". Aschendorff Verlag, Münster 2007 ...<<

Die 27 EU-Staaten unterzeichneten am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag soll die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 13. Dezember 2007: >>Neuer EU-Vertrag unterzeichnet - Beifall für Merkel

Der erbitterte Streit um die Neuausrichtung der EU ist Geschichte, alle 27 EU-Länder haben den europäischen Grundlagenvertrag unterzeichnet.

Kanzlerin Merkel wurde für ihren Einsatz kräftig gelobt.

Lissabon - EU-Ratspräsident José Socrates richtete sich nach der Unterzeichnung des Vertragswerks mit feierlichen Worten an die Europäer: Der Reformvertrag beruhe auf den Traditionen und Vermächtnissen des europäischen Projekts. "Es ist ein Vertrag für die Zukunft. Es ist ein Vertrag für den Aufbau eines moderneren, effizienteren und demokratischeren Europa." Der neue Vertrag werde der europäischen Idee Kraft verleihen, sagte Socrates. "Wir werden dieses europäische Projekt heute einen Schritt vorantragen."

Der Vertrag ist unterzeichnet - einer Person dankten Socrates sowie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso besonders dafür, die EU aus der Krise geführt zu haben. "Kanzlerin Merkel hat ein Mandat ausgehandelt, ohne das dies alles nicht möglich gewesen wäre", sagte Socrates.

Durch die Berliner Erklärung hatte Merkel bei einem Sondergipfel zum 50. Geburtstag der EU im März die 27 Mitgliedstaaten auf eine rasche Verabschiedung des Vertrages eingeschworen. Unter portugiesischer Präsidentschaft waren die mühsamen Verhandlungen mit etlichen Ausnahmeregelungen für Großbritannien und Polen im Oktober beendet worden.

Angela Merkel selbst unterstrich die Bedeutung der Unterzeichnung: "Dies ist ein wichtiger Tag für Europa", sagte die Kanzlerin. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) betonte unterdessen: "Europa wird transparenter, Europa wird demokratischer, und Europa wird effizienter arbeiten können." Mit der Unterzeichnung wurde die seit sechs Jahren währende Debatte über die Gestalt der EU-Institutionen formell abgeschlossen.

Die auf 27 Länder angewachsene Union soll mit ihrer neuen Rechtsgrundlage handlungsfähiger und demokratischer werden. Der Vertrag enthält die wesentlichen Elemente der Verfassung, die 2005 am Nein der Wähler in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war. "Noch Anfang des Jahres hat man von einer unüberwindlichen Krise der Europäischen Union gesprochen. Heute aber tritt die EU gestärkt aus dieser Krise hervor", sagte Pöttering.

Ab 2009 sollen geänderte Abstimmungsregeln und eine Ausweitung der Themen, die mit Mehrheit beschlossen werden können, politische Entscheidungen in der EU beschleunigen. Ein auf zweieinhalb Jahre gewählter Ratspräsident soll künftig mehr Kontinuität in die EU-Politik bringen. Ein hoher Repräsentant für die Außenpolitik mit einem eigenen auswärtigen

Dienst soll der EU mehr Gewicht in der Welt verschaffen. Das Europäische Parlament kann künftig bei fast allen Gesetzen mitentscheiden, und auch die Rechte der nationalen Parlamente gegenüber Brüssel werden gestärkt.

Als einziges Land war Großbritannien bei der Feier nur durch seinen Außenminister David Miliband vertreten. Premierminister Gordon Brown reiste wegen eines Termins im britischen Parlament mit Verspätung an und unterzeichnete den Vertrag erst beim gemeinsamen Mittagessen der Staats- und Regierungschefs. Die britische Opposition warf Brown "Feigheit" vor. Es wird spekuliert, Brown wolle kein Foto von sich in der Presse sehen, auf dem er den in Großbritannien höchst umstrittenen Vertrag unterschreibt.

Rechtskräftig wird der neue Vertrag erst, wenn ihn alle 27 EU-Staaten ratifiziert haben. Dieser Prozeß soll spätestens Anfang 2009, rechtzeitig zur nächsten Europawahl, abgeschlossen sein.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Dezember 2007: >>**Vertrag von Lissabon unterzeichnet "Neue Stufe im europäischen Abenteuer"**

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben den Vertrag von Lissabon unterzeichnet, das neue Regelwerk der EU. "Zum ersten Mal sind die Länder, die einst durch den Eisernen Vorhang getrennt waren, vereint durch einen gemeinsamen Vertrag", sagte EU-Kommissionspräsident Barroso. ...

In einer feierlichen Zeremonie in der portugiesischen Hauptstadt unterschrieben Vertreter aller 27 Mitgliedstaaten den neuen Vertrag, dessen Inhalte Ende Oktober ausgehandelt worden waren. Er ist ein Ersatz für den europäischen Verfassungsvertrag, der vor zwei Jahren bei Volksabstimmungen in den Niederlanden und Frankreich gescheitert war.

Der amtierende EU-Ratspräsident, der portugiesische Ministerpräsident Socrates, bezeichnete den Vertrag als "neue Stufe im europäischen Abenteuer" und als "neuen Moment im Aufbau Europas". Durch ihn werde die EU moderner, effizienter und demokratischer. Socrates sagte, es sei für sein Land eine große Ehre, daß der Vertrag den Namen Lissabons trage. Er hob ausdrücklich hervor, daß der Vertrag nicht ohne den Einsatz von Bundeskanzlerin Merkel zustande gekommen wäre, die während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr in der EU eine Einigung auf ein Verhandlungsmandat für den Vertrag erreicht hatte.

#### **Pöttering: EU geht gestärkt aus der Krise**

EU-Kommissionspräsident Barroso forderte die Mitgliedstaaten in seiner Festrede auf, bei der Ratifizierung des Vertrags mit der gleichen Entschiedenheit zu handeln wie bei seiner Ausarbeitung. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Pöttering, sagte, die EU gehe gestärkt aus der Krise hervor, in die sie durch das Scheitern des Verfassungsvertrags geraten war.

Der Vertrag wurde im Hieronymus-Kloster unterschrieben, einem der großen historischen Denkmäler Lissabons. Es war nach der Entdeckung Indiens durch Vasco da Gama im 16. Jahrhundert mit Geld aus dem neuen Überseehandel errichtet worden und diente dem portugiesischen Königshaus lange als Grabstätte. Portugal hatte in dem Kloster bereits 1985 seinen Beitrittsvertrag mit der EU unterzeichnet.

#### **Brown bleibt Zeremonie fern**

Als einziger Staats- oder Regierungschef blieb der britische Premierminister Brown der feierlichen Zeremonie in dem Kloster fern; für das Vereinigte Königreich zeichnete Außenminister Miliband.

Brown ließ sich wegen eines Auftritts in einem Parlamentsausschuß am Morgen entschuldigen und reiste erst zum Mittagessen im benachbarten Kutschenmuseum an; dort unterschrieb er später den Vertrag. Die britische Presse hatte gegewöhnt, Brown wolle nicht auf der offiziellen Feier fotografiert werden, um die Bedeutung des Vertrages noch einmal herunterzuspielen. Brown will kein Referendum über den Vertrag abhalten.

#### **Keine Symbole wie Flagge oder Hymne**

Der Vertrag von Lissabon enthält die wesentlichen Elemente des gescheiterten Verfassungsvertrages, verzichtet aber auf Symbole wie Flagge oder Hymne, die insbesondere in den Niederlanden und Großbritannien als Ausdruck einer Staatswerdung Europas abgelehnt worden waren. Zu den Neuerungen gehört die Einsetzung eines hauptamtlichen europäischen Ratspräsidenten, die Bündelung der außenpolitischen Zuständigkeiten im Amt des Außenbeauftragten, die Einführung neuer Entscheidungsregeln ("doppelte Mehrheit") im Rat der Mitgliedstaaten, die Verkleinerung der Europäischen Kommission und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Innen- und Rechtspolitik.

Außerdem wird das Europäische Parlament in Zukunft über die meisten europäischen Gesetze gleichberechtigt mit den Mitgliedstaaten entscheiden. Deutschland und 15 andere Mitgliedstaaten hoben in einer rechtlich nicht bindenden Erklärung hervor, daß sie die Europafahne, die Hymne (Beethovens "Ode an die Freude"), den Europatag und den Euro weiter als Symbole der EU betrachten. Der Vertrag muß in allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert werden; eine Volksabstimmung ist bisher nur in Irland vorgesehen. Er soll Anfang 2009 in Kraft treten.

Wegen der Unterzeichnung in Lissabon mußten die Staats- und Regierungschefs, die von ihren Außenministern begleitet wurden, viel reisen. Die Portugiesen bestanden darauf, daß der Vertrag in Lissabon unterschrieben wird, damit er den Namen ihrer Hauptstadt trägt. Das entspricht den Gepflogenheiten in der EU, in der Vertragsänderungen bisher immer in dem Land unterzeichnet wurden, in dem sie ausgehandelt worden waren. In diesem Fall kollidierte das mit der Zeitplanung für den üblichen EU-Gipfel zum Jahresende, der für diese Woche in Brüssel vorgesehen war.

Die Portugiesen schlugen vor, den Gipfel ausnahmsweise im Anschluß an die Unterzeichnung in Lissabon abzuhalten. Belgien, das Gastland der EU-Institutionen, beharrte aber darauf, daß der Gipfel wie üblich in Brüssel stattfindet. Deshalb flogen die Staats- und Regierungschefs am Donnerstag nach Lissabon, reisten nach der Unterzeichnungszeremonie aber wieder ab, um sich am Freitagmorgen in Brüssel abermals zu treffen. Um Kritik am Kohlendioxidausstoß dieser Flüge zu mildern, ließ die Bundesregierung wissen, sämtliche Reisen Frau Merkels würden durch Investitionen in Klimaschutzprojekte ausgeglichen.

### **Die wichtigsten Neuerungen im Vertrag von Lissabon**

**EU-Präsident:** Ein auf zweieinhalb Jahre gewählter Präsident soll der EU Gesicht und Stimme geben und für mehr Kontinuität in deren Politik sorgen. Bislang wechseln sich die 27 EU-Staats- und Regierungschefs alle sechs Monate im Vorsitz ab.

**Außenpolitik:** Die Kompetenzen des EU-Außenbeauftragten (derzeit der Spanier Javier Solana) werden aufgewertet. Zusätzlich zu seinen bisherigen Aufgaben soll er auch die des EU-Außenkommissars übernehmen (derzeit eine Kommissarin, die Österreicherin Benita Ferrero-Waldner) und Vizepräsident der Kommission werden. Als offizieller Titel wurde "Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik" festgelegt.

**Kleinere Kommission:** Im Jahr 2014 wird die EU-Kommission schlanker. Während gegenwärtig alle 27 EU-Staaten ihren eigenen Kommissar haben, werden dann nur noch zwei Drittel der Mitgliedstaaten darin vertreten sein. Ein Rotationsprinzip soll sicherstellen, daß alle Staaten die gleiche Chance haben, einen Kommissar nach Brüssel zu entsenden.

**Weniger EU-Abgeordnete:** Auch das Europaparlament soll kleiner werden. Statt 785 wird es ab 2009 noch 750 Sitze zählen. Hinzu kommt der Parlamentspräsident.

**Einschränkung von Veto-Möglichkeiten:** Derzeit sind Beschlüsse in vielen Politikfeldern nur möglich, wenn die EU-Staaten einstimmig entscheiden. Künftig sollen Mehrheitsentscheidungen die Regel sein, damit nicht länger ein einzelner Mitgliedstaat alle übrigen 26 blockieren kann. Bei Steuerfragen, in der Außenpolitik und einigen anderen Bereichen bleibt es aber beim Prinzip der Einstimmigkeit.

**Stimmverteilung im Ministerrat:** Zum 1. November 2014 wird ein neues Abstimmungssy-

stem eingeführt, daß die Bevölkerungsstärke der einzelnen EU-Staaten besser berücksichtigt als bislang. Für einen Beschluß wird dann die Zustimmung von 55 Prozent der Mitgliedstaaten nötig sein, die gleichzeitig mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU vertreten müssen ("doppelte Mehrheit"). Während einer Übergangsphase bis zum 31. März 2017 kann jeder einzelne EU-Staat aber bei einer unliebsamen Entscheidung verlangen, die Abstimmung nach dem bisher gültigen System des Vertrags von Nizza zu wiederholen. Auch noch nach 2017 können die Verlierer einer Abstimmung unter bestimmten Bedingungen eine Verlängerung der Verhandlungen einfordern.

**Grundrechte-Charta:** Die bereits Ende 2000 unterzeichnete EU-Charta der Grundrechte soll mit dem neuen Vertrag rechtsverbindlich werden. Für Polen und Großbritannien gibt es aber Ausnahmen.

**Subsidiaritätsprinzip:** Spricht sich eine Mehrheit der nationalen Parlamente in der EU gegen einen Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission aus, so muß diese ihren Vorschlag überprüfen.

**Bürgerbegehren:** Wenn eine Million EU-Bürger mit ihrer Unterschrift ein Gesetz zu einem bestimmten Problem verlangen, muß die Kommission tätig werden.<<

Der Schengen-Raum wurde am 21. Dezember 2007 um Estland, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Lettland, Malta, Litauen, Slowakei und Slowenien erweitert.

## 2008

Zypern und Malta führten am 1. Januar 2008 den Euro als Landeswährung ein.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. Januar 2008 (x887/...):

### >>Zwischen letzter Hoffnung und bemühter Anpassung

Wie die "Jüdischen Rundschau" vor 75 Jahren die Machtergreifung der Nationalsozialisten kommentierte

von Konrad Löw

Wer sich mit Zeitgeschichte befaßt, glaubt eine ziemlich klare Vorstellung von dem zu haben, was vor 75 Jahren, am Ende der Weimarer Republik, am Beginn der NS-Ära die politische Szene bestimmte: Massenarbeitslosigkeit, Gewalt auf den Straßen, Judenverfolgung, Hitler spielt die Rolle des Staatsmannes, Entmachtung seiner Gegner, Deutschland verläßt den Völkerbund ...

Das ist alles richtig. Und doch gibt es Überraschendes zu entdecken, wenn wir in Zeitungen von damals schmökern, so in dem Organ der deutschen Zionisten, der "Jüdischen Rundschau", die zweimal wöchentlich in Berlin erschien. Auch ihre Meldungen und Kommentare haben einen Beitrag zum öffentlichen Meinungsbild geliefert, das weit facettenreicher war, als sich die meisten von uns heute vorstellen können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ab dem 30. Januar, insbesondere ab den Wahlen vom 5. März, die Pressefreiheit zunächst faktisch, dann auch rechtlich eingeschränkt war. Hier einige Beispiele, alle aus dem Jahr 1933, die das Gesagte veranschaulichen und dazu beitragen, unser Bild der damaligen Ereignisse abzurunden:

Unter der Überschrift "Verrohung der Sitten" wird am 10. Januar von einem jüdischen Mordanschlag berichtet, ein gefundenes Fressen für den "Stürmer", das antisemitische Hetzblatt der Nationalsozialisten: "Wie von uns bereits in der vorigen Nummer kurz gemeldet, ist auf den Redakteur des 'Israelitischen Familienblattes', Hamburg, Esriel Carlebach, ein Revolverattentat verübt worden, das schwere Verletzungen des Angegriffenen zur Folge hatte ...

Der Täter ist bisher nicht ermittelt; aber es ist charakteristisch, daß in den Kreisen der Freunde Carlebachs sowie überhaupt in der Hamburger jüdischen Öffentlichkeit kaum daran gezweifelt wird, daß das Attentat von Juden verübt worden ist."

Als Motiv für den Mordversuch wird angenommen, daß das Opfer es gewagt habe, "in diesen Reisebriefen nicht alles schön und gut und nachahmenswert zu finden, was es bei längerem

Aufenthalt in Sowjetrußland geschaut hat ... Ganz unabhängig davon, ob man Carlebachs Publizistik immer bejaht, ... die Anwendung von Gewalt bei jüdisch-politischen Auseinandersetzungen darf nicht zugelassen werden."

Der Text bestätigt allem Anschein nach, was immer wieder kolportiert wurde, daß einzelne Juden als Bolschewisten völlig skrupellos für die kommunistische Sache und für die Sowjetunion gekämpft und dabei selbst nicht vor Aufruhr und Morden zurückgeschreckt hätten, ferner, daß es die Juden als Einheit nicht gegeben habe, sie vielmehr den verschiedensten Lagern angehört hätten und sich mitunter bis aufs Blut bekämpft hätten.

Am 24. Januar wurden die Leser über "Die Verelendung der Juden in Polen" unterrichtet. Vergleiche mit den Bestrebungen der radikalen NS-Führung drängen sich auf: "Die antijüdischen Bestrebungen werden (in Polen) als Abwehrmaßnahmen und die Lehren und Taten Hitlers als oft nachahmenswerte Muster dargestellt ... Die polnische Regierung und die polnische Gesellschaft sind in ihrer Verdrängungspolitik gegenüber den Juden solidarisch ... Die Lage der polnischen Juden hat sich demnach in der letzten Zeit verschlimmert ..."

Derlei Berichte waren geeignet, nicht nur die Angst vor einer Fluchtwelle von Ostjuden zu schüren, sondern auch die antisemitischen Absichtserklärungen der Nationalsozialisten in einem milderem Licht - eben als nicht Spezifisches, Singuläres - erscheinen zu lassen.

"Jude" war nicht nur ein Schimpfwort zur Denunziation derer, die sich irgendwie als Juden zu erkennen gaben. Die NS-Demagogen machten daraus einen Stempel, mit dem alle Gegner stigmatisiert wurden. "Auch Strasser ist Jude" betitelte die "Jüdische Rundschau" einen Beitrag, der wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler veröffentlicht wurde: "Daß Sozialisten, Kommunisten, deutsche Arbeiter, selbstverständlich der gesamte Liberalismus und jeder Liberale, von der nationalsozialistischen Presse schlechthin als 'Juden' bezeichnet werden, war man schon gewohnt.

In der letzten Zeit aber, seitdem der politische Hauptkampf nicht mehr zwischen Rechts und Links, sondern innerhalb der Gruppen der Rechten ausgefochten wird, werden auch alle kurz zuvor als völkische Kampfgenossen anerkannten Personen, sobald sie vom orthodoxen Hitlerium abfallen, zu 'Juden' oder Judenknechten. Papen war Judenknecht, Hugenberg ... Dr. Goebbels behauptet, 'Strassers jüdische Abstammung sei einwandfrei erwiesen'."

Das Gesagte wird besonders grotesk, wenn man sich gleichzeitig vergegenwärtigt, daß dem Juden Jesus Christus die jüdische Abstammung aberkannt wurde.

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 kam für viele überraschend. Nun war einer der rabiatesten Antisemiten an der Macht. Wird aus dem Rabauken ein halbwegs gemäßigter Staatsmann? Vorsichtiges Lavieren war angesagt. "Zur Lage in Deutschland" lautet am 3. März die Schlagzeile auf der ersten Seite.

Im Text wird die antisemitische Hetze beklagt: "Die letzte Woche hat eine außerordentliche Zuspitzung der innerpolitischen Lage in Deutschland gebracht ... Verabscheuungswürdige Verbrechen von unerwartetem Ausmaß, wie die Brandstiftung im Reichstag, wurden begangen, und es ist kein Wunder, daß - oft völlig unwahre - Gerüchte die Luft durchschwirren ... Auch die jüdische Öffentlichkeit ist irritiert ... Mit allen möglichen Geschehnissen werden Juden in Verbindung gebracht ..." Doch: "Unsere positive jüdische Arbeit bleibt von den Vorgängen unberührt."

Zu den seinerzeit bevorstehenden Reichstagswahlen am 5. März lautete der Kommentar: "Daß Juden keine programmatisch antisemitischen Parteien wählen können, ist eine Sache der Selbstachtung. Wir halten es aber auch nicht für richtig, ... den Anschein zu erwecken, als ob Juden oder jüdische Organisationen etwas Entscheidendes zu dem Wahlkampf beitragen könnten."

Zumindest nach außen war dies auch schon früher die Haltung der jüdischen Mehrheit: keine Einmischung in die Politik. Dann werden innerjüdische Meinungsverschiedenheiten ange-

sprochen, die eine lange Tradition haben, so die Kritik des "Verbandes nationaldeutscher Juden" an der großen Mehrheit der deutschen Juden.

Der folgende Artikel kommentiert die letzten - halbwegs freien - Wahlen, bei denen es die Nationalsozialisten auf 43,9 vom Hundert der abgegebenen Stimmen brachten. (Was später unter "Wahlen" firmierte, waren keine Wahlen, da es keine Alternativen gab.)

"In einer jüdischen Zeitung kann die politische Lage nur insofern Gegenstand der Betrachtung sein, als das Schicksal der Juden mit ihr verbunden ist ... Was die Judenfrage betrifft, so hört man manchmal die Meinung, daß für einen - größeren oder kleineren - Teil dieser Wählerschaft diese Frage keine so entscheidende Rolle spielt, wie man bei der Lektüre der nationalsozialistischen Publizistik meinen sollte. Das Eine freilich - und das ist das mindeste - muß festgestellt werden: Unter dieser ungeheueren Wählerschaft gibt es niemanden, der sich durch die Äußerungen der Partei zur Judenfrage von der Beteiligung abhalten ließ ..."

Und zu den "Horror Meldungen des Auslands" lautet die Stellungnahme: "Demgegenüber halten wir es für unsere Pflicht, wahrheitsgemäß festzustellen, daß Pogrome oder pogromähnliche Ausschreitungen in Deutschland nicht stattgefunden haben."

Von den Übergriffen auf einzelne wußte die Redaktion nichts oder wollte nichts berichten.

"Zum 21. März" lautete die fette Schlagzeile dieses Tages. Was zunächst folgt, ist geradezu dazu angetan, den deutschen Leser mit nationalem Stolz zu erfüllen: "Der heutige Tag ist ein Wendepunkt der deutschen Geschichte. Der Zusammentritt des neugewählten Reichstags in Potsdam dient der feierlichen Grundsteinlegung eines neuen Deutschen Reiches. Die deutsche Nation, durch eine gewaltige Umwälzung auf neue Grundlagen gestellt, soll einer ruhmvollen Zukunft entgegengehen. Eine Epoche europäischer Politik beginnt, in der Deutschland als entscheidender Faktor an der Neugestaltung der Welt nach den Erschütterungen der großen Krise mitarbeiten wird."

Was folgt, sind Befürchtungen, die an Vorkommnisse der letzten Zeit anknüpfen. Doch am Ende steht die Hoffnung: "Nationalismus ist eine große ethische und ideelle Macht. Wenn der Überschwang dieser Gefühlswelt bewußt anknüpft an die Traditionen des großen Aufklärers Friedrich, ... dann muß ein Staatswesen geboren werden, das über sein nationales Sein hinaus ewige Menschheitswerte verkörpert."

Am 28. März wendet sich die "Jüdische Rundschau" mit einer zwei Spalten langen Erklärung "Gegen Greuelpropaganda" und zitiert die Zionistische Vereinigung für Deutschland mit den Worten: "Wir haben uns bereits am 17. März in einer ... an die gesamte jüdische Presse der Welt weitergegebenen Erklärung gegen jede deutschfeindliche Propaganda mit großer Entschiedenheit gewandt. Wir haben gegen alle der Wahrheit nicht entsprechenden Greuelmeldungen und gewissenlosen Sensationsnachrichten Einspruch erhoben."

Es werden dann Greuelmeldungen abgedruckt, die offenbar fiktiver Natur waren - und doch einen wahren Kern hatten. Aber über diese top secrets konnte und durfte niemand berichten, und Anzeigen bei der Polizei, auch wenn sie Mord zum Gegenstand hatten, wurden letztlich niedergeschlagen.

Trotz der erwähnten Erklärung der Zionistischen Vereinigung fand am 1. April ein Boykott jüdischer Geschäfte statt. Doch das Echo war für die Veranstalter enttäuschend. So konnte die "Jüdische Rundschau" am 13. April auf der ersten Seite schreiben:

"Neben all dem Bitteren, das die deutschen Juden als Ganzes, und einzelne deutsche Juden ... in diesen Tagen durchmachen mußten, muß gerechterweise auch eine Erfahrung verzeichnet werden, die vieles aufzuwiegen vermochte. Von einer großen Zahl von Freunden und Lesern in Berlin und in allen Teilen des Reiches erhalten wir Berichte, aus denen hervorgeht, daß ein großer Teil der christlichen deutschen Bevölkerung trotz der beispiellosen Vehemenz der anti-jüdischen Propaganda ... ein Gefühl für die wirkliche Situation bewahrt hat.

Sowohl am Tage des Boykotts als auch nachher haben viele Juden von ihren Mitbürgern Zei-

chen der Teilnahme und des Respekts erhalten ... Es handelt sich dabei keineswegs um parteimäßig abgegrenzte Kreise, sondern ausdrücklich wird hervorgehoben, daß ... auch von Mitgliedern der nationalsozialistischen Partei, solche Kundgebungen zu verzeichnen sind."

Höchst aufschlußreich, was mit sieben Zeilen am 7. April den Lesern mitgeteilt wurde:

"Der Staatskommissar für die Unterrichtsverwaltung ... hat die Lehrer darauf hingewiesen, daß Beschimpfungen jüdischer Schulkinder durch ihre Mitschüler nicht geduldet werden können."

"Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck" lautet die berühmte Überschrift des Leitartikels am 4. April, der mehr als eine ganze Seite füllt. Wir sind heute versucht anzunehmen, es handle sich um eine Verlautbarung vom September 1941, als die Juden verpflichtet wurden, einen gelben Stern zu tragen. Aber schon beim Boykott am 1. April 1933 wurden die jüdischen Geschäfte mit einem gelben Fleck stigmatisiert.

Robert Welch, der Verfasser, stieg über Nacht zur Kultfigur auf, zumindest in zionistischen Kreisen, so viele fühlten sich angesprochen und bestärkt. Manche unterließen sogar die geplante Selbsttötung. Hier einige seiner flammenden Sätze: "Der 1. April 1933 kann ein Tag des jüdischen Erwachens und der jüdischen Wiedergeburt sein. Wenn die Juden wollen. Wenn die Juden reif sind und innere Größe besitzen. Wenn die Juden nicht so sind, wie sie von ihren Gegnern dargestellt werden."

Später meinte er, er hätte besser zu "Packt Eure Koffer und verschwindet" aufrufen sollen.

"Selbstkritik trotz allem!" steht über den folgenden Betrachtungen, die, wieder als Leitartikel, am 5. Mai veröffentlicht wurden und nach wie vor bedenkenswert sind. Daraus einige Passagen: "Es ist ein billiger Triumph, sich selbst die Biederkeit zu bescheinigen, dem eigenen Volk die höchsten Prädikate zuzulegen und jede von außen kommende Kritik als ungerecht abzutun.

Natürlich schmeichelt es der eigenen Eitelkeit, wenn man sich in das Gewand des unschuldig Verfolgten und Verkannten hüllt ... Wir haben vielleicht noch niemals und in keinem Land eine so scharfe antisemitische Kampagne durchgemacht wie jetzt in Deutschland ... Wird der Jude und das Judentum überall als minderwertig erklärt und behandelt, dann nimmt auch der Jude diese Haltung seiner Umwelt allmählich auf und empfindet sich als minderwertig ... Es seien hier nur drei besonders bekannte Persönlichkeiten angeführt."

Als erster findet Karl Marx Erwähnung, "Abkömmling einer Rabbinerfamilie, stark als Jude kenntlich, der nicht nur in seiner Schrift 'Zur Judenfrage' eines der übelsten antisemitischen Pamphlete geschrieben hat, sondern auch in seinen Briefen ... sich als Antisemit gebärdet. Er spricht von anderen Juden am liebsten mit der verächtlichen Bezeichnung 'Jüdel' ..." - Bis heute wird diese besonders schmutzige Seite ihres Idols von unseren Marxisten nicht wahrgenommen, wenn es darum geht, ob zu seiner Ehre eine Straße oder ein Platz benannt werden soll.

Die "Selbstkritik" fährt fort: "Die zweite Art des jüdischen Reagierens, von der wir sprechen wollen, ist eigentlich nur eine Umkehrung der ersten. Indem sich der Jude dagegen sträubt, das Urteil von seiner Minderwertigkeit einfach hinzunehmen, rettet er sich durch eine Geste der Überlegenheit ... Weil wir besonders verfemt werden, ist auch die Abwehr durch Selbstüberhebung besonders nahe."

Am 10. Mai 1933 übergaben die neuen Machthaber alles "Undeutsche" den Flammen. Dazu die "Rundschau" unter "Fanal und Besinnung", so devot, wie nötig: "Die abgelaufene Woche stand im Zeichen kulturpolitischer Kundgebungen. Nachdem der Nationalsozialismus seine politische Herrschaft im Staate gesichert hat, wendet er sich mit dem Elan, der diese Bewegung auszeichnet, der Umgestaltung des geistigen Lebens in Deutschland zu ... Denn Macht, so hat Minister Goebbels in einer seiner Reden sehr schön formuliert, kann sich nur durchsetzen, wenn sie mit Geist gepaart ist:

Am Anfang steht die Idee. Jedes politische ist vor allem ein pädagogisches Werk. Wer das nicht weiß, wird seine politische Macht auf Sand gebaut haben. Die neuen Männer in Deutschland haben bewiesen, daß sie es wissen ... Der Überschwang der Stunde, in der ein langersehntes Ziel erreicht ist, will seine Flammenzeichen weithin sichtbar machen. Dieser Einsicht dürfte es zuzuschreiben sein, daß der Gedanke eines Autodafés von Büchern in allen Kreisen des nationalen Deutschlands Verständnis und Zustimmung fand ... Die Aktion ist weit ruhiger verlaufen, als nach den Ankündigungen vermutet wurde."

"Der Täter verhaftet", verkündet die "Jüdische Rundschau" am 23. Juni als Hauptschlagzeile. Und darunter: "Die furchtbare Mordtat in Palästina, der Dr. Arlosoroff zum Opfer fiel, hat bereits ihre Aufklärung gefunden. Unter dem Verdacht des Mordes wurde ein Jude, und zwar der Revisionist Abraham Stawski aus Brisk (Polen) verhaftet." Das erinnert an die üblichen Aufmachungen der Sensationspresse und paßt so gar nicht zu dem seriösen Blatt. Was mag der Grund sein? Vermutlich sollte niemand auf die Idee kommen, die "Rundschau" verschweige die Bluttat, stecke vielleicht gar mit dem Täter unter einer Decke.

Fast schockierend für uns Heutige ist der folgende Beitrag, der mit "Stimmen des Blutes" überschrieben ist. Da heißt es einleitend: "Durch die letzten Ereignisse sind viele Juden sich der Blutzusammenhänge bewußt geworden. Das Wissen um die Bedeutung des Blutes ist aber nicht erst jetzt erwacht. Bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts hat die jüdische Renaissancebewegung ihren Niederschlag in einer Reihe von Dichtungen gefunden, die zeigen, wie jüdische Menschen die Macht des Blutes erlebt haben." Zwei Gedichte werden präsentiert, das erste von Stefan Zweig. Es beginnt mit den Versen:

"In flutendem Dunkel, halb erwacht / Und halb mit träumenden Sinnen / Hör ich mein Blut durch die Mitternacht / Mit kristallem Singen rinnen: / ,Was bist du? Ein verdorrter Schaft, / Den ich mit Geist durchglute. / Mich zeugt der Erde tiefste Kraft, / Das Dunkel, dem ich mich entrafte, / Zu dem ich heimwärts flute ..."

Derlei war keine Marotte der Renaissancebewegung. In einem von Otto Dibelius und Martin Niemöller 1937 herausgegebenen Buch heißt es: "Diese göttliche Vorsehung hat eben einen Willen. Und diesen Willen offenbart sie uns in der Stimme unseres Blutes. Daß wir der Stimme unseres Blutes treu bleiben und damit Gottes Willen erfüllen - darauf kommt es an. Das bedeutet zunächst, daß wir unser Blut reinhalten ..."

Aber nicht alle haben dem Blute gehuldigt. Victor Klemperer in seinem Tagebuch am 11. Mai 1942: "Der Geist entscheidet, nicht das Blut."

Der Leitartikel vom 15. August 1933 steht unter einem Zitat, nämlich "Antijüdisch und anti-deutsch". Daraus einige aufschlußreiche Sätze: "Unter den Völkern der Welt gibt es nicht nur einen Judenhaß, sondern auch einen Deutschenhaß, der häufig in verblüffender Weise ganz ähnliche Erscheinungen zeitigt wie der Judenhaß ... Ein Land wie Deutschland, das nach den Worten des Reichskanzlers Hitler das stärkste Interesse an der Erhaltung des Friedens hat, darf nicht übersehen, daß nationalistische Gruppen in den Deutschland benachbarten Ländern eine Gefährdung des Friedens bilden ... Man kann also vom deutschen Standpunkt diese anti-jüdischen Gründungen in anderen Staaten nicht restlos begrüßen."

Mit Namen wird eine neue Partei in Polen als Beleg angeführt, die "NSPR, das heißt Nationalsozialistische Arbeiterpartei."

Am 4. Oktober wird von einem Auftritt Goebbels in Genf berichtet, bei dem der Minister offenen Übergriffe auf Juden einräumte. Das aber sei nicht das Ausschlaggebende vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß "die deutsche Revolution im Gegensatz zu manchen ähnlichen weltgeschichtlichen Vorgängen ein Akt der Disziplin, der Ordnung und der autoritativen Führung gewesen ist ..."

Nichts liegt dem Nationalsozialismus ferner, als eine billige Rache zu üben ... Wenn er es nicht tat, so aus dem ehrlichen Willen heraus, eine tatsächliche und praktische Lösung der

Judenfrage zu finden."

Wer sich als Jude von den schönen Worten betören ließ, war versucht, seine Koffer wieder auszupacken. Gar mancher Flüchtling kehrte nach Deutschland zurück.

War der italienische Faschismus antisemitisch? Falls ja, ab wann? Eine Antwort auf die erste Frage gibt die "Jüdische Rundschau" schon im Oktober 1922, am Vorabend des "Marches auf Rom", gut zehn Jahre vor Beginn der NS-Herrschaft: "Obwohl nicht Teil des faschistischen Programms (im Unterschied zum Programm der NSDAP), sind antisemitische Tendenzen in faschistischen Kreisen weit verbreitet."

Der Leitartikel der "Jüdischen Rundschau" vom 7. November 1933 steht unter der Überschrift: "Faschismus und Judenfrage" und ist geeignet, die Sicht des Jahres 1922 zu korrigieren. Den aktuellen Aufhänger bot eine Hilfskonferenz, die in London stattfand. Zahlreiche jüdische Delegationsführer kamen zu Worte.

"Besondere Aufmerksamkeit fand die Ansprache des Führers der italienischen Delegation, Oberrabbiner Sacerdoti (Rom) ... Es ist bekannt, daß er zu Führern des faschistischen Italien gute persönliche Beziehungen hat und die faschistische Staatsform bejaht. Es war nun besonders interessant, von dem Redner zu hören, wie im Rahmen des faschistischen Italien, in dem die Juden volle Gleichberechtigung genießen, infolge des vom Faschismus besonders gepflegten historischen Gefühls und seiner konservativen Traditionswertung, eine neue Blüte des italienischen Judentums eingesetzt hat ...

Der italienische Faschismus hat, wie aus zahlreichen Erklärungen seines Schöpfers, Benito Mussolini, hervorgeht, niemals auch nur im mindesten antisemitische Tendenzen gezeigt." Aus diesen Sätzen kann mit Sicherheit gefolgert werden, daß damals das Los der italienischen Juden noch unvergleichlich besser war als das der deutschen. Daher sollten die Nationalsozialisten von den Faschisten lernen.

"Die Reichsvertretung der deutschen Juden, die die überwältigende Mehrheit aller deutschen Juden repräsentiert, hat nunmehr eine Erklärung zu der Volksabstimmung am 12. November erlassen", heißt es an eben diesem Tage in der "Rundschau" auf der ersten Seite und darüber der Text dieser Erklärung:

"Mit dem ganzen deutschen Volk sind auch wir Juden als Staatsbürger aufgerufen, zu der auswärtigen Politik der Reichsregierung unsere Stimme abzugeben. Sie wird gefordert für die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern, die Versöhnung der Nationen und die Befriedung der Welt: Trotz allem, was wir erfahren mußten: Die Stimme der deutschen Juden kann nur ein Ja sein. Die Reichsvertretung der deutschen Juden."

Wer von den Gegnern Mühe und Risiko auf sich nahm, votierte - trotz der schönen Worte - dagegen. Öffentlich war ein solches Votum ausgeschlossen. Hätte die Reichsvertretung schweigen sollen? Dazu Victor Klemperer in seinem Tagebuch: "Letzten Sonntag Nachmittag waren Kaufmanns ... bei uns. Es gab eine furchtbar erregte Szene, als Kaufmanns erklärten, sich zum 'Ja' beim Plebiszit entschlossen zu haben, die gleiche Anweisung habe 'schweren Herzens' auch der Zentralverband der deutschen Juden ausgegeben. Ich verlor alle Contenance, hämmerte mit der Faust auf den Tisch und brüllte ..." -

Klemperer stimmte mit Nein, seine Frau enthielt sich.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. Januar 2008: >>"Über alles berichten, aber nicht alles zeigen"

Von *Uwe Felgenhauer*

Vor 20 Jahren startete im deutschen Fernsehen die Kindernachrichten-Sendung "logo". In der Sendung wird das Weltgeschehen täglich altersgerecht aufbereitet. Der "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr". Da möchte so mancher Erwachsener noch mal Kind sein.

"Wer, wie, was - wieso, weshalb, warum?" Das Motto der "Sesamstraße" gilt auch für "logo" -

die einzige tägliche Nachrichtensendung für Kinder im deutschen Fernsehen. Am 25. Januar 1988 wurde sie erstmals im ZDF ausgestrahlt, zehn Jahre später kam der Kinderkanal (KiKa) als zweite Heimat hinzu. Und obwohl die "logo-Redaktion" um das Zebra-Maskottchen Gunnar die anfängliche Testphase nicht mitzählt und deshalb erst 2009 das 20-jährige Jubiläum feiern will, kann man schon heute gratulieren. Zu einem Format, das dem in Artikel 13 der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Recht auf Information auch für die Kleinsten sowie dem spezifisch kindlichen Blick auf die Welt angemessen Rechnung trägt.

Aus heutiger Sicht läßt sich sogar sagen: Die Einführung von "logo" kam genau zum richtigen Zeitpunkt. Seit dem ersten Golfkrieg Anfang der 90er Jahre registrieren Forscher eine Verrohung in der Berichterstattung der TV-Nachrichten, Gewaltopfer werden zunehmend in Großaufnahme gezeigt. Gleichzeitig spielen immer mehr Heranwachsende im Kinderzimmer und auf der Straße Krieg. Auch ein Hinweis darauf, daß sie den medial aufbereiteten Schrecken in Zeitung, Fernsehen oder Internet ohnehin rezipieren (übernehmen).

Daß Kinder auch diesen Teil der Realität brauchen, glauben mittlerweile die meisten Pädagogen. Denn Kinder müssen und wollen wissen, was auf der Welt geschieht. Nur so erhalten sie das notwendige Rüstzeug, um mitreden und sich eine eigene Meinung bilden zu können. Um so mehr allerdings ist eine kindgerechte Vermittlung und dafür ein Perspektivwechsel vonnöten.

### **Nachrichten, die über alles berichten, aber nicht alles zeigen**

Kinder reagieren auf Schreckensmeldungen mit emotionaler Verunsicherung, noch viel schneller als bei Erwachsenen blockieren zu heftige Bilder bei ihnen die Aufnahme von Informationen. Schnell fragen sie sich: Kann mir und meiner Familie das auch passieren? Um darauf Antworten zu geben, versucht "logo" in einordnenden Erklärstücken Zusammenhänge und einen Bezug zur Lebenswirklichkeit der Kinder herzustellen - in einer einfachen, altersgerechten Sprache, die wie die Bilder weitestgehend auf Emotionalisierung verzichtet. So entstehen Nachrichten, die über alles berichten, aber eben nicht alles zeigen.

Wenn "logo", konzipiert für Acht- bis 13-Jährige, von Konfliktherden dieser Welt erzählt, wird viel mit Landkarten, Zeichentrick und einfachen Grafiken gearbeitet. Beim Streit der Volksgruppen auf Sri Lanka etwa stellen fünf Strichmännchen-artige Wesen die Singhalesen dar, drei die bevölkerungsmäßig unterlegenen Tamilen. Lange hätten die beiden Volksgruppen gemeinsam regiert, heißt es im Erklärstück, dann habe ein neuer Staatschef das alleinige Sagen für die Singhalesen reklamiert, woraufhin die Widerstandsgruppe Tamilische Tiger für einen eigenen Staat zu kämpfen begonnen hätte.

Das ist zwar ebenso verkürzt dargestellt wie der Vergleich der Großen Koalition mit einer Fußball-Nationalmannschaft, in der laut "logo" Spieler zusammen antreten, deren Teams in der Bundesliga ansonsten gegeneinander spielen. Doch enthalten die derart heruntergebrochenen Fakten das Wesentliche.

### **Ein "logo-Jahr" für jeden Moderator**

Mehrere Untersuchungen haben denn auch ergeben, daß die "logo-Informationsvermittlung" den Rezeptionsfähigkeiten der Halbwüchsigen weitgehend gerecht wird. Ältere Kinder verstehen zwar mehr, aber jüngere profitieren von Details, die sie in späteren Jahren dann besser einordnen können. "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne jedenfalls, "logo-Mitentwickler" und von 1988-1991 dort einer der ersten Nachrichten-Sprecher, betont noch heute, daß die einfache Sprache der Kinder-News seine Arbeit geprägt habe. Er wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr".

Diese Kollegen könnten im KiKa auch viele positive Neuigkeiten verlesen, denn Sport- und Freizeittrends, Knut und seine Freunde sowie News aus der Musikszene sind "logo" immer eine Nachricht wert. Und auch Kinderprojekte in aller Welt stehen oft im Fokus. Den jungen, oft unter schwierigen Bedingungen aufwachsenden Menschen gibt "logo" eine deutliche

Stimme. Aber natürlich auch den vielen Kindern in Deutschland, besonders wenn es Krisenszenarien wie Naturkatastrophen, Kriege oder Terroranschläge seelisch zu verarbeiten gilt oder wenn ihnen einfach nur etwas stinkt wie etwa eine illegale Müllkippe in der Nachbarschaft oder ein Spielplatz mit kaputten Spielgeräten. In der Rubrik "Redezeit" können sie ihr Herz ausschütten.

Seit mittlerweile zehn Jahren gibt es die Nachrichten für den Nachwuchs mit vielfältigem Angebot auch im Internet. Auf der Webseite lassen sich verpaßte "logo-Sendungen" für mobile Abspielgeräte herunterladen. Kinder sollten ihre I-Pods oder MP3-Player mit den Downloads allerdings gut verstecken. Denn sonst kann es sein, daß sie plötzlich verschwunden sind - ausgeliehen von Mama oder Papa, die endlich mal das kapierten wollen, was in der "Tagesschau" immer nur an ihnen vorüber rauscht.<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 26. Januar 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Machtübernahmen - gestern und heute**

Der letzte "Spiegel"-Titel war ein Renner. An den meisten Einzelverkaufsstellen war er schon am Dienstag ausverkauft. Es hätte nachgedruckt werden können. Die Ausgabe mit dem farbigen Hitlertitel lief einmalig, bei jung und alt übrigens. Es ist ja nicht so, daß nur die Alten ein so ansprechend schönes Bild ihres gewählten Diktators sehen wollten - eine geschönte Ölfarbenfassung, wie sie als Druck früher in fast jeder Wohnstube hing. Auch die Jungen kauften das Bild mit der Hakenkreuzfahne.

Wenn so ein Bild bei einem Jungsturm der Rechtsradikalen in einem schleswig-holsteinischen Dorf an der Wand hängt, kommen die Jugendlichen unter Umständen ins Kittchen. Wegen des Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole und Bilder. Der "Spiegel" darf das. Er dürfte einen SS-Mann mit Sieges-Runen am Kragenspiegel und Totenkopf abbilden. Der "Stern" natürlich auch. Zeitgeschichtliches Interesse.

Ganz besonders in dieser Woche mit dem Jahrestag der Machtergreifung am 30. Januar 1933. Der "Spiegel" war nur vorgeprescht. Eigentlich war es gar keine Machtübernahme, es war eine Machtübergabe: Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den Präsidenten Hindenburg. Nachdem Nazis und Kommunisten auch nach der Reichstagswahl vom November 1932 eine negative Mehrheit behalten hatten und das Land unregierbar geworden war.

Schließlich übergab man Hitler die Kanzlerschaft, zusammen mit ein paar konservativen Politikern bildete er ein Kabinett. Er siegte immerhin durch Wahlen, nicht durch eine Revolution wie Lenin. Aber ein halbes Jahr danach war Deutschland eine Diktatur. 34,7 Prozent der Deutschen hatten Hitler bei der letzten freien Wahl im November 1932 ihre Stimme gegeben, die meisten sind heute nicht mehr am Leben.

Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen und kennen die Zeit nur noch vom Hörensagen, aber das Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten "Spiegel"-Leser haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten scheinbar im Blut und wollen die "furchtbare Zeit" und das Tä-tä, Tä-tä, Tä-tä des Badenweiler Marschs immer noch einmal sehen und hören, und seit es, ab 1998, im ZDF die populären Fernseh-Serien über die NS-Zeit von Guido Knopp gab, schwemmte der Trend noch mehr Interessenten ins "Spiegel"-Haus.

Seit 13 Jahren ist Stefan Aust Chefredakteur beim "Spiegel". Angelernt als Journalist in den wilden 68ern im Röhlchen "konkret". Zwischen Aufklärung über Vietnam und der Aufklärung über die Babypille. Er ist erst nach dem Ende des Hitler-Regimes geboren. Andere Erlebnisse als die Augsteins haben ihn geprägt. Sein größtes persönliches Erlebnis und ständig umkreister Fixpunkt seines Interesses ist das, was er selber den "Baader-Meinhof-Komplex" genannt hat, aber seine geradezu fixe Idee ist eine gewisse, angebliche Mitschuld der Polizei

beziehungsweise der Staatsschutzbehörden an der Gewalt, ja sogar an der Entstehung des Terrorismus.

Aber mit Baader und Meinhof allein kann man nicht Auflage machen. Der "Führer" im "Spiegel" hat sich immer gut verkauft, und der Termin der "Machtergreifung" lag ja nun wirklich zum Greifen nahe. Mindestens um zehn Prozent stieg die Auflage, auf 1,187 Millionen. Zu spät. Der Blattmacher, der so oft eine Auflage gemacht hat, ist gekündigt.

Auch im "Spiegel" gab es eine Machtergreifung. Über die Hintergründe müssen wir nicht lange rätseln. Ein Blick in die Linkspresse genügt: "Wird der 'Spiegel' wieder links?" titelte, nein, jubelte die linksopportunistische Tageszeitung (taz) am 16. November letzten Jahres, als bekannt wurde, daß die "Gesellschaft der Mitarbeiter" den Vertrag von Stefan Aust, der nur noch bis Ende 2008 läuft und gerade um zwei weitere Jahre verlängert werden sollte, überraschend kündigte.

Wird der "Spiegel" wieder links? War er denn je links? Das war wohl mehr eine Wunschvorstellung einiger Redakteure. Was muß man sich unter der "Gesellschaft der Mitarbeiter", die 50,5 Prozent der Anteile des "Spiegel"-Verlags besitzen, vorstellen, und wem verdanken sie ihre nahezu unbeschränkte Macht, die sie nach dem Tod Rudolf Augsteins haben? Augsteins Kinder behielten mit 24,5 Prozent nicht einmal mehr eine Sperrminorität.

Aber Augstein-Tochter Franziska hatte bereits im Jahr 2005 in einer Rede die Debatte über die "Qualität" der Berichterstattung losgetreten und zeigte sich mit der Mehrheit der "Mitarbeiter" einig: Unter Austs Führung sei die Zeitung "unpolitisch" geworden, bringe keine engagierten Serien und Reportagen mehr heraus.

Das ist erkennbar absurd. Im Gegenteil. Unter Stefan Aust wurden mehr knallharte, sensationelle Serien, Reportagen und Untersuchungen veröffentlicht als je zuvor. Das viel mißbrauchte Wort vom investigativen (gründlich nachforschenden) Journalismus konnte wieder zu Recht auf das Hamburger Magazin angewandt werden.

Doch sieht man heute überdeutlich, was mit dem Vorwurf mangelnder "journalistischer Qualität" gemeint war: linker Journalismus.

Unter Stefan Aust fehlten zunehmend die verharmlosenden Berichte über die auswuchernde, schon seit Augsteins Zeiten gehätschelte und begünstigte linke Szene, die nach 1967 entstanden war. Hier vollzog sich eine ohnehin fällige Ernüchterung. Vom Drogenkonsum bis zur Gewaltfrage, von der kritischeren Beurteilung der Dritten Welt und ihrer Probleme nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, von der Illusion über die sogenannten guten Terroristen der RAF bis zur Gewalt an unseren Schulen in den mit Scheinasylanten vollgestopften Berliner Stadtbezirken.

Langsam begann im "Spiegel" eine lange anstehende Abrechnung mit den größten Verwüstungen, die die Erben der 68er in unserem Land angerichtet haben. Die unter Aust entstandene Serie über Haschisch-Konsum war geradezu epochemachend, die schonungslose Aufdeckung der Windkraft-Propaganda und der handfesten Interessen, die dahinterstehen, die Aufklärung über den unter dem neuen Titel "Gender" auftretenden radikalen Feminismus sind ebenso gut erinnerlich wie die Serie über die Ereignisse des sogenannten "Deutschen Herbstes" und das offene Beim-Namen-Nennen der Sympathisanten-Szene, die das lange Bestehen des RAF-Alptrausms erst ermöglichte.

Höhepunkt der Abrechnung war und die meiste Empörung unter allen Ex-Linken und Noch-68ern löste aber der "Spiegel"-Titel vom 29. Oktober 2007 aus. Auf ihm zeigte eine Karikatur zwei Alt-68er, die ein Transparent mit der Aufschrift in der Hand hielten: "Es war nicht alles schlecht!"

Es ist gut möglich, daß diese in der gesamten Republik mit Zustimmung und Gelächter begrüßte Karikatur das Faß bei der linken Mehrheit der "Gesellschafter" zum Überlaufen brachte.

Wenig später wurde ein neuer Geschäftsführer gewählt, dem von vorneherein die Rolle zuge-  
dacht war, die Entmachtung von Aust zu exekutieren.

"Wird der 'Spiegel' wieder links?" Die "taz"-Schlagzeile will in Wirklichkeit sagen: Das Ma-  
gazin möge gefälligst demnächst einen linken Kurs steuern! "In einer Zeit, in der im 'Web'  
massenhaft Gegenöffentlichkeit entsteht, ist Aust ein Mann von gestern", triumphiert die  
"taz". Das Wort "Gegenöffentlichkeit" ist entlarvend. Dieses Schlagwort wurde auf dem Hö-  
hepunkt der 68er Revolte im Kampf linker Ideologen gegen die Presse benutzt, auch gegen  
den "Spiegel".

Und der Wunsch einiger Redakteure, ein gut funktionierendes, kritisches, weltoffenes Maga-  
zin einer rigiden und engstirnigen linken Agitation dienstbar zu machen, wurde von den "taz"-  
Redakteuren nur besonders offen ausgesprochen. Solche Bestrebungen reichen weit in die  
Geschichte zurück, genau in das Jahr 1967. Als die Aktion "Enteignet Springer!" sich schnell  
als nicht realisierbar erwies und sehr bald als "Enteignet Augstein!" weitergeführt wurde, die  
bald flankiert wurde durch eine lange vorbereitete und am Ende geglückte Kommando-Aktion  
in "konkret".

Schließlich kamen die Rebellen, die diesen Handstreich mit der Hilfe eines kommunistischen  
Einflußmillionärs und einer Million D-Mark schließlich zur Zerstörung des auflagestarken  
"konkret" führten, direkt aus dem inneren Kreis der "Spiegel"-Rebellen, der "Deutschland I."-  
Redaktion des damaligen "Spiegel". Es waren der Ressortchef von Deutschland I., Hilmar von  
Hoffmann, und sein Stellvertreter Hermann L. Gremliza.

Auch da lautete der Vorwurf der eingeschleusten Rebellen, das Magazin sei unpolitisch ge-  
worden, mache keine linke Politik und der Chefredakteur müsse gehen. "Macht Schluß mit  
dem konkreten Mief / und schafft ein APO-Kollektiv" war der Schlachtruf. 1974 war das. Mit  
unsäglichen Intrigen und einer Million D-Mark aus der Kasse eines kommunistischen Millio-  
närs gelang es, die Zeitung und sogar den Titel zu erobern, den Gründer und Chefredakteur  
abzusetzen. Von der auflagestarken Publikumszeitschrift blieb nur ein schaler, linker Rest.

Diese Ereignisse übten einen starken Druck auf Augstein aus. Er aber konnte eine ähnliche  
Entmachtung aufgrund sehr viel besserer wirtschaftlicher Ausstattung und besserer Freunde  
und Berater verhindern, machte aber ein Zugeständnis, das die juristische Grundlage zu dem  
heutigen Putsch der "Gesellschafter" legen sollte: die Gründung der "Mitarbeiter KG" und  
ihren Anteil von fast 50 Prozent. Die Aktion "Enteignet den Spiegel" wurde schließlich von  
Rudolf Augstein selber in die Wege geleitet.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 2008  
(x887/...): >>>Nun sind die Engländer dran

Neues Buch von Volker Koop über die britische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem  
letzten Weltkrieg

Mit seinem neuen Buch über die Besatzungspolitik Großbritanniens von 1945 bis 1955  
schließt der Journalist Volker Koop seine Reihe mit dem Obertitel "Besetzt" über die Ge-  
schichte der Besatzungszeit der Westmächte ab, nachdem er sich in den vergangenen Jahren  
mit der französischen und der US-amerikanischen Zone beschäftigt hatte. Wer sich über die  
Jahreszahl 1955 wundert, gibt es doch schon seit 1949 bereits eine Bundesrepublik Deutsch-  
land, der möge sich daran erinnern, daß diese Bundesrepublik noch nicht souverän war. Das  
Besatzungsstatut, mit dem sich die Besatzer Sonderbefugnisse bezüglich Außenpolitik, Auf-  
sicht über die Ruhr, der von den Deutschen zu zahlenden Reparationen sowie der naturwis-  
senschaftlichen Forschung vorbehalten hatten, endete erst 1955.

Mit seinem neuen Buch schließt Koop eine Lücke, gab es doch bislang noch keinen sich an  
den allgemein Interessierten wendenden Überblick über dieses wichtige Kapitel der deutschen  
Geschichte.

Auch die britische Besatzungspolitik macht deutlich, daß die Sieger des Zweiten Weltkrieges

kein Konzept hatten, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen wollten. Es ging ihnen allein darum, Deutschland zu zerschlagen. Die Briten begründeten das mit der Behauptung, die "Junkerkaste" sei der Hort des "Militarismus" und Preußen der Herd aller Kriege gewesen, und was der unsinnigen Behauptungen mehr waren.

Angenehm berührt, daß Koop in keinem seiner Bücher behauptet, die Siegermächte hätten Deutschland "befreit". Er schreibt sachlich richtig von deutschen "Niederlagen" und vom stark ausgeprägten Rachebedürfnis der Siegermächte. So war denn auch zunächst die britische Besatzungspolitik von Haß bestimmt. In einer persönlichen Botschaft des britischen Oberbefehlshabers Montgomery wurde den Deutschen verkündet, sie seien ein schuldiges Volk, das jetzt umerzogen werde. Es war den Besatzungssoldaten ebenso verboten, einem Deutschen die Hand zu geben wie mit ihnen zu sprechen.

Juristisch vertrat Großbritannien die Ansicht, durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht sei keineswegs das Deutsche Reich untergegangen. Es existiere vielmehr fort. Zur Zeit sei die Regierungsgewalt lediglich auf die Besatzungsmächte übergegangen.

Sogleich ging man daran, im Sinne der Umerziehung zunächst aus den Behörden, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, später auch aus der Wirtschaft alle Personen zu entfernen, die nach Ansicht der Besatzungsmacht politisch belastet waren. Sie wurden ersetzt durch Personen, deren Qualifikation darin bestand, daß sie wirklich oder angeblich Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Das führte dazu, daß - wie auch in der US-Zone - bald größte Schwierigkeiten auftraten, woraufhin die strikte Entnazifizierungspolitik gelockert werden mußte.

Die Zeitungen waren zunächst ausschließlich in den Händen der Besatzungsmacht, und auch als 1947 die Militärregierung deutschen Antifaschisten Lizenzen für Zeitungen erteilte, durften zunächst nur Meldungen veröffentlicht werden, die den Besatzern paßten. Volker Koop meint, daß Axel Springer dabei Hauptgewinner war, weil er "Die Welt" als Organ der Militärregierung verlegen durfte. In den Kinos wurden lediglich britische Filme, zum Teil mit deutschen Untertiteln, gezeigt sowie speziell für die Besiegten hergestellte Wochenschauen. Kirchen, Parteien, darunter zunächst auch die Kommunisten, und Gewerkschaften erhielten den Auftrag, die Deutschen im Sinne der Besatzungsmacht umzuerziehen.

Die Deutschen mußten Fragebögen mit 133 Fragen ausfüllen, darunter auch jene, was der Betreffende 1932 gewählt habe. Danach wurden sie in fünf Kategorien eingeteilt von "entlastet" bis "hauptschuldig" und gegebenenfalls vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt. Die Briten hatten genauso wie die Amerikaner, Franzosen und Sowjets Internierungslager eingerichtet, in die etwa 60.000 Personen eingeliefert wurden, welche die Besatzungsmächte automatisch arretierten und teils jahrelang festhielten, meist ohne Anklage und ohne Urteil.

Die Städte in der britischen Zone waren meist zerstört. Und in diese Zone waren Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen geströmt, die ebenso wenig eine Unterkunft hatten wie die Ausgebombten. Sie vegetierten in Not- und Massenunterkünften. Nachdem die Besatzungsmacht auch die noch intakten Strukturen lahmgelegt hatte, brachen bald bedrohliche Zustände aus. 1946 fehlten 600.000 Tonnen Brotgetreide. Es gab keine Kartoffeln geschweige denn Fleisch. Die tägliche Fettration belief sich auf sieben Gramm. Nach den ausgegebenen Lebensmittelkarten betrug die Tagesration theoretisch 1.000 bis 1.200 Kalorien. Die Lage verschlimmerte sich gegen Jahresende.

In einigen deutschen Zeitungen wurden die Rationen mit denen in den ehemaligen KZ verglichen, woraufhin die Briten die Zeitungen verboten. Im November appellierte der nordrhein-westfälische Landtag an die Welt, wenn keine Hilfe käme, würde "ein Millionenvolk zugrunde gehen". Dem einzelnen standen nur noch 900 Kalorien täglich zur Verfügung, und das bedeutete den Hungertod. Bergarbeiter, Beamte und Werftarbeiter streikten. Es gab keinen Brennstoff - die im Ruhrgebiet geförderte Kohle wurde größtenteils als Reparation ins Aus-

land gebracht.

Die deutschen Wälder wurden systematisch abgeholzt, weil das Holz gebraucht wurde für den britischen Bergbau. Tuberkulose begann zu grassieren. Wer sich nicht über Gesetze hinwegsetzte und auf eigene Faust versorgte, etwa auf dem schwarzen Markt, durch das Hamstern bei Bauern, den Tausch von Wertsachen gegen Kartoffeln, Milch oder gar Fett, sowie wohl auch durch Klauen von Brennstoffen und so weiter, dessen Leben war in höchster Gefahr.

Die Sieger hatten nichts Wichtigeres zu tun, als auf englische Initiative im Februar 1947 Preußen als "Träger des Militarismus und der Reaktion" aufzulösen. 700.000 deutsche Patente wurden von britischen Spezialeinheiten gestohlen und an britische Firmen weitergegeben. In Schlössern und Herrenhäusern stahl die Besatzungsmacht Kunstwerke und Schmuck, wobei man auch keine Rücksicht darauf nahm, daß manche Besitzer mit dem britischen Königshaus verwandt waren.

Inzwischen begriffen auch die Sieger, daß die unheilige Allianz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus keinen Bestand haben konnte. Es waren die Amerikaner, die ihren beiden westlichen Verbündeten klarmachten, daß man ohne die Deutschen gegen die Sowjetmacht kaum bestehen könne. Amerikaner und Engländer bildeten aus ihren beiden Zonen die Bi-Zone, um die deutsche Wirtschaftskraft zu fördern.

Trotzdem bombardierten die Engländer weiter Helgoland, von dem sie behaupteten, die Insel sei "eine Bedrohung Großbritanniens". Dann wollten sie Helgoland mit einer Riesensprengung total vernichten, was mißlang. Erst als im Dezember 1950 deutsche Studenten die Insel besetzten, um gegen den Wahnsinn zu protestieren, hörte die Bombardierung auf. 1952 wurde Helgoland an Deutschland zurück gegeben.

Alles in allem ein hoch interessantes Buch! Man erkennt, wie wenig weise die Politiker auch Großbritanniens waren.

*Volker Koop: "Besetzt - Britische Besatzungspolitik in Deutschland", ... Berlin 2007 ...<<*

[Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete im März 2008 \(x1.103/...\): >>Was darf man in Europa noch sagen?](#)

*Von Dr. Lothar Gassmann*

### **Die Vereinigten Staaten von Europa**

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika geben, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 27 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein? Meine These,

die ich in verschiedenen Publikationen (Europa - das wiedererstehende Römische Reich?, 2005; Diktatur Europa?, 2008) ausführlich begründet habe, lautet:

Das wiedererstehende Römische Reich besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum in Rom. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit, denn die Herrschaft des Antichristen und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein.

Es heißt im Wort Gottes:

"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.).

### **Die weltanschaulichen Grundlagen der Europäischen Union**

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA PRÄAMBEL heißt es:

"Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben. ... (Sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)"

In Artikel 2 der EU-Charta werden "Die Werte der Union" beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden.

Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14, 6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte.

### **Die Ziele der Homosexuellen-Bewegung**

Janet L. Folger hat im Jahr 2005 in den USA ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel: "The Criminalization of Christianity". "Read this, before it becomes illegal!", ist der Untertitel. Zu Deutsch: "Die Kriminalisierung des Christentums". "Lesen Sie dieses Buch, bevor es illegal (ungesetzlich) wird!" Sie schreibt darin: "Das letztendliche Ziel der Homosexuellen-Bewegung ist die Kriminalisierung des Christentums." Auf Seite 82 und 83 veröffentlicht sie die weltweit propagierte Homosexuellen-Agenda, die bereits am 25. April 1993 bei einem "Gay Pride March" - das heißt zu Deutsch etwa "Schwulen-Stolz-Marsch" - in Washington D.C. ganz offiziell verabschiedet wurde. Darin heißt es:

"1. Alle Sodomiegesetze sollen aufgehoben und alle Formen von sexueller Ausdrucksweise, einschließlich Pädophilie (Kinderschändung; L. G.), legalisiert werden."

"2. Die Verteidigungshaushaltsgelder sollen umgewandelt werden, um Aidspatienten medizinische Versorgung zu ermöglichen." Das mag ja noch akzeptabel sein. Aber dann heißt es auch: "... um Geschlechtsumwandlungsoperationen vorzunehmen." Vor einiger Zeit hat sich z.B. in den USA eine methodistische "Pastorin" umwandeln lassen in einen "Pastor".

3. Die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption ... soll legalisiert werden.

4. Homosexuelle Erziehungsprogramme sollen auf allen Ebenen der Erziehung, einschließlich Grundschulen, eingeführt oder angeboten werden.

5. Verhütungs- und Abtreibungsdienste sollen verfügbar gemacht werden für alle Personen, unabhängig vom Alter (auch schon für minderjährige Mädchen; L. G.).

6. Steuerzahlermittel sollen eingesetzt werden für künstliche Besamung von Lesben und Bisexuellen.

7. Religiös begründete Äußerungen bezüglich Homosexualität sollen verboten werden.

8. Organisationen wie die Pfadfinder sollen dazu gebracht werden, homosexuelle Gruppenführer zu akzeptieren."

Wir wollen natürlich dem einzelnen homosexuell empfindenden Menschen seelsorgerlich helfen und beistehen, damit er zur biblischen Orientierung der Heterosexualität findet, die Gott uns schöpfungsgemäß geschenkt hat und wozu Er uns in Seinem Wort anweist. Ich sehe es allerdings als ein Zeichen der endzeitlichen Entwicklung an, daß der "Mensch der Sünde" sich immer mehr auf den Thron Gottes zu setzen versucht (2. Thessalonicher 2), auch in dieser Form. Und dazu gehört nicht nur dieses: Propagierung sexueller und anderer Unmoral, sondern gleichzeitig wird auch gesagt: Man muß die "Fundamentalisten" (dazu werden auch bibeltreue Christen gerechnet) mundtot machen bzw. "zähmen".

Dieser Begriff ("die Fundamentalisten zähmen") stammt von Robert Muller, der über 30 Jahre Vizesekretär der Vereinten Nationen gewesen ist. Robert Muller, ein Elsässer, arbeitet seit Langem an dem Projekt einer "Eine-Welt-Regierung" ("One World Government") und "Eine-Welt-Kirche" ("One World Church"). "Mein Traum", sagt er, "ist es, eine riesige Allianz zwischen allen Hauptreligionen dieser Welt und den Vereinten Nationen aufzubauen". Muller ist ein typischer New-Age-Denker. Er arbeitet mit den Theosophen in der Blavatskyschen und Besantschen Tradition zusammen an diesem Ziel.

Er sagt weiter: "Aber da ist nur ein kleines Problem: das sind diese verdammten Christen ('damned Christians')." Und weiter: "Friede wird nur entstehen durch die 'Zähmung' des Fundamentalismus." Er versteht darunter das Christentum, das an der Heiligen Schrift als wortwörtlich inspiriert (jedenfalls im Urtext) festhält.

### **Beispiele für eine beginnende Christenverfolgung in Europa**

Harry Hammond, ein 67 jähriger Engländer, hielt vor einigen Jahren in einem englischen Park ein Schild hoch, darauf war zu lesen: "Stoppt Unmoral! Stoppt Homosexualität! Stoppt Lesbianismus!" Und was geschah? Homosexuelle sahen das, telefonierten miteinander, und es kam eine ganze Gruppe, die ihn zuerst lächerlich machte und dann tätlich angriff und zu Boden schlug. Dann riefen sie sogar die Polizei selber herbei. Wen nahm die Polizei daraufhin

fest? Diesen 67-jährigen älteren Bruder! Diesen klagten sie an und sagten, sein Schild sei ein illegales Zeichen, er habe damit die Leute provoziert, und das dürfe man heute nicht. So sind heute schon die Gesetze umgeändert!

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches unter anderem für kritische Äußerungen über Homosexualität oder Homosexuelle eine Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren vorsieht. Dies soll auch dann gelten, wenn sich derjenige, der sich kritisch zur Homosexualität äußert, auf Bibelstellen beruft, wie z.B. auf Römer 1, 26; 1. Korinther 6, 9-11 und andere.

Die Bibel soll wohl noch zitiert werden dürfen, aber - und dies ist der springende Punkt - sie soll nicht mehr als auch für unsere Zeit verbindliches Wort und Gebot Gottes ausgelegt und verkündigt werden. Sie soll also zum historischen Archiv herabgesetzt (oder soll man sagen: diskriminiert) werden. Hierin erkennen wir die Absicht des Teufels und des Antichristen, uns weg von Gott und Seinem Wort zu ziehen und die, welche an Gottes Wort festhalten, auszugrenzen und in Verfolgung zu stürzen.

Es gab in Schweden im Hinblick auf das oben erwähnte Gesetz einen Präzedenzfall (Musterfall): Der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde namens Ake Green bezeichnete in einer Predigt Homosexualität und andere abnorme Neigungen als Sünde und als "Krebsgeschwulst am Körper unserer Gesellschaft". Außerdem sagte er, jeder der zu Jesus Christus umkehrt und seine Kraft in Anspruch nimmt, könne davon geheilt werden. Für diese Äußerungen wurde Ake Green angezeigt. Der Rechtsstreit durchlief mehrere Instanzen.

Der Pastor hat durch Gottes Gnade vor dem höchsten Gericht Schwedens in letzter Instanz gewonnen. Das Gericht entschied, daß seine Äußerung durch das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt ist. Daraufhin wollen nun die liberalen (scheinliberalen) Parteien in Schweden das Antidiskriminierungsgesetz verschärfen. Bisher aber ist die Entscheidung des Gerichtes ein wichtiger Präzedenzfall, auf den wir uns in Europa eventuell berufen können.

Ein Fall aus neuester Zeit: Im Februar 2008 hat das Amtsgericht von Cardiff (Großbritannien) den anglikanischen Bischof von Hereford, Anthony Priddis, zu einer Geldstrafe von 47.345 Pfund (umgerechnet 63.540 Euro) verurteilt. Sein "Vergehen": Der Bischof hatte einem Homosexuellen die Anstellung als Jugendmitarbeiter verweigert, weil er gemäß der christlichen Sexualmoral handeln wollte, die allein die Ehe von Mann und Frau als Ort geschlechtlicher Gemeinschaft vorsieht. Zusätzlich zu dieser immensen Geldstrafe verurteilte das Gericht den Bischof und seine Mitarbeiter zur Teilnahme an einem "Gleichberechtigungs-Training" mit dem Ziel der Umerziehung!

Ähnliche Fälle nehmen inzwischen weltweit zu (z.B. auch in Südafrika, USA und Kanada; vgl. die Beispiele in meinem Buch "Diktatur Europa"). Besondere Schlagzeilen gab es in Deutschland im Frühjahr 2008 im Blick auf den Jugendkongreß Christival. Ein "Homo-Heilungs-Seminar", das dort ursprünglich angeboten war, wurde aufgrund finanzieller Abhängigkeit von der Bundesregierung und starken öffentlichen Drucks der Grünen und Homosexuellen-Verbände aus dem Programm genommen.

### **Die Europäische Verfassung und Gesetzgebung**

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte schon mehrfach gemeinsame Artikel des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zusammen mit Lüder Gerken. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vorher, von 1987 bis 1994, Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Er hat sogar bei der EU-Charta mitgewirkt, und zwar als Leiter derjenigen Kommission, die die EU-Charta entworfen hat! Und was sagt er heute? Roman Herzog schreibt in der WELT AM SONNTAG vom 14.1.2007: "Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland."

Und weiter: "Die Menschen in Deutschland sind weiter, als mancher Politiker meint. Die mei-

sten Menschen stehen der europäischen Integration im Grundsatz positiv gegenüber. Gleichzeitig aber beschleicht sie das immer mächtiger werdende Gefühl, daß da etwas nicht stimmt; daß eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungsbereiche und Kompetenzen an sich zieht." Er spricht in seinem Artikel immer wieder von der Zentralisierung aller Kompetenzen. Es wird alles immer mehr in einem Machtzentrum zusammengezogen, wie wir diesen Zentralismus in der Vergangenheit auch schon in verschiedenen Staaten erleben mußten.

### **Europarat verurteilt biblische Schöpfungslehre**

Nun kommt ein weiterer klarer Beweis dafür, daß sich die Europäische Union insgesamt immer mehr in Richtung "Gesinnungsdiktatur" entwickelt. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 4. Oktober 2007 eine Resolution veröffentlicht unter der Überschrift: "Die Gefahren des Kreationismus in der Erziehung." Kreationismus (von lat. creatio = Erschaffung) ist die biblische Schöpfungslehre - also die Lehre, daß Gott die Welt in 6 Tagen so geschaffen hat, wie es Sein Wort sagt, und am 7. Tag ruhte. Wie wird in dieser Resolution formuliert?

Man höre genau hin, wie sich politische Gremien in weltanschauliche, glaubensmäßige Entscheidungen einmischen. Politiker bestimmen über das, was man in dem Zusammenhang auch in Schulen unterrichten darf. Es heißt wörtlich: "Wenn wir nicht aufpassen, könnte der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden, die eine zentrale Angelegenheit des Europarates darstellen." Wir sind also - wie in altrömischer Zeit - Feinde des Menschengeschlechts, wenn wir die Bibel noch ernst nehmen.

Und dann heißt es - jetzt wird es immer gravierender -: "Die Evolutionslehre zu verleugnen, kann ernsthafte Konsequenzen haben für die Entwicklung unserer Gesellschaften ... Der Krieg gegen die Evolutionstheorie und ihre Vertreter gründet sich meistens in Formen von religiösem Extremismus, der eng verbunden ist mit extremen rechtsradikalen politischen Bewegungen." Jetzt sind wir als bibeltreue Christen in der Nazi-Ecke - und das, obwohl z.B. ich selber alles andere als ein Nazi bin. Ich habe z.B. die israelische Nationalhymne für Musikverlage ins Deutsche übersetzt und verschiedenes andere für Israel getan. Aber ich sage das als Beispiel dafür, wie schnell man in diese Ecke gedrängt wird.

### **Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche**

Nicht nur politische Mächte fast jeder Couleur, sondern auch ökumenische Organisationen und die Römisch-Katholische Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinigung Europas und der gesamten Menschheit. Dies hat sich etwa bei den bisher durchgeführten Stuttgarter Europatagen unter großer katholischer und ökumenischer Beteiligung (auch von Charismatikern und Evangelikalen!) gezeigt. Und doch mündet die religiöse Schiene beim Einigungsprozeß gemeinsam mit der politische Schiene letztlich in Rom. Auffallenderweise wurde am 29. Oktober 2004 die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte:

"Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte 'Gott' oder 'Christentum' auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken? Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert:

"Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und

weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgabetreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:

"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."

Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger):

"Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."

Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Hier sei erwähnt, daß Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".

Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablass (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer.

Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anlässlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:

"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ... Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ... In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

### **Gott mehr gehorchen als den Menschen**

In all diesen Entwicklungen wird der Vers in Apostelgeschichte 5, 29 wichtige Bedeutung erlangen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Zwar wollen wir nach Römer 13 gehorsame und treue Untertanen der Obrigkeit sein, aber die Bibel lehrt uns auch die Grenze dieses Gehorsams.

Wir sollen nicht einfach die Köpfe in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten, so lange es noch möglich ist. Und wenn sie uns ins Gefängnis stecken, dann sollen wir auch dazu bereit sein. Janet Folger ruft in ihrem Buch "The Criminalization of Christianity" dazu auf, solange es noch Zeit ist, Einfluß zu nehmen in den Schulen, in Gesetzgebungen, in Massenmedien, den Wissenschaften, auf musikalischem Gebiet, auch zusammenzuarbeiten, so weit es möglich ist, aber nicht um den Preis der Wahrheit. Ich bin nicht für eine große Koalition aller Konfessionen, wie es manche jetzt propagieren, aber für ein Zusammenstehen derer, die wirklich wiedergeboren sind durch den Geist Gottes, auch bei allen Unterschieden, die es in einzelnen Lehrfragen gibt.

Und vor allem: Wir sollten uns abwenden von einer Abwehrhaltung hin zu einer offensiveren

Haltung. Janet Folger schreibt: "Immer wieder werden die Begriffe uns übergestülpt. Wir werden als engstirnig hingestellt, als intolerant, als vorgestrig, als gesetzlich, und die anderen präsentieren sich dar als fortschrittlich, als modern, als tolerant, als pluralistisch."

Nein, wir sollen ganz klar sagen, daß wir nur das Beste vertreten, daß wir die beste Botschaft haben für die Menschen, damit sie wirklich heil werden und auch ins Reine kommen mit Gott, und damit auch ihr eigenes Leben wieder eine ganz neue Basis bekommt durch unseren Erlöser und HERRN Jesus Christus. Möge Gott der HERR uns dazu noch Zeit und Gnade schenken. Und möge uns der HERR Jesus Kraft schenken, wenn es einmal wieder auch für uns etwas kosten sollte, Christ zu sein.

*Zwei Bücher zur Vertiefung (mit allen Quellenbelegen zu diesem Aufsatz):*

*Lothar Gassmann, Europa - das wiedererstehende Römische Reich?, 62 Seiten ...*

*Lothar Gassmann: Diktatur Europa? Was darf man in Europa noch sagen?, 80 Seiten ... <<*

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete im April 2008 (x1.143/...): >>Löscht sie aus ... die Familie - Gender Mainstreaming - die totalitäre Ideologie

von Inge M. Thürkauf

"Unser letztes Ziel ist jenes von Voltaire und der Französischen Revolution: Die vollkommene Vernichtung des Katholizismus und selbst der christlichen Idee", heißt es in "Der ständigen Anweisung der Alta Vendita", einer italienischen Loge. Doch um die Kirche vernichten zu können, müssen zuerst die familiären Strukturen aufgelöst werden.

Das politische und gesellschaftliche Programm der neuen Ideologie Gender Mainstreaming, auf das sich sowohl die Europäische Union als auch die Vereinten Nationen verpflichtet haben, ist exakt dabei diese Auflösung vorzubereiten. "Durch Zersetzung der Familie, als dem Herd aller patriarchalischen Unterdrückung, vor allem der Versklavung der Frau" soll die Vätergesellschaft aufgelöst werden, damit der Weg freigemacht werden kann für den neuen Menschen, der dann im Paradies des Matriarchats seine neue und endgültige Herrschaft finden wird.

### **Die klammheimliche Übernahme unserer Gesellschaft durch Gender Mainstreaming**

Das Programm von Gender Mainstreaming scheint die ausgeklügelte Methode zu sein, das Ziel der "Denker" und "Kämpfer" des 18. Jahrhunderts zu erreichen. Die gegenwärtig aufgebrochene Diskussion um eine Gender gemäße Neuorientierung sowohl der Geschlechter als auch von Ehe und Familie ist - menschlich gesehen - dazu geeignet, das "Christentum in seiner Gesamtheit" auszulöschen.

Gender Mainstreaming ist ein Projekt, das schleichend sich seit der 4. UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking nicht nur in unsere Gesellschaft, sondern auch in die Politik eingeschleust hat, und zwar weltweit, ohne daß sich die Bevölkerung der einzelnen Länder überhaupt darüber bewußt werden konnte.

Im Laufe dieser Konferenz hat es sich gezeigt, daß der Begriff "Gender" eine neue Weltanschauung beinhaltet, die alle Unterschiede zwischen den Geschlechtern relativieren will, d.h. sie nicht als naturgegeben, sondern als gesellschaftsbedingt versteht. "Gender" unterstellt, daß jede sexuelle Orientierung - heterosexuell, homosexuell, lesbisch, bisexuell und transsexuell - gleichwertig ist und gesellschaftliche Akzeptanz beanspruchen kann, ja sogar muß.

Mit anderen Worten: jeder Mensch soll sein Geschlecht selbst wählen können, er soll selbst bestimmen, ob er Mann oder Frau sein will oder das, was immer gerade seinem augenblicklichen Empfinden entspricht, und niemand darf sich dieser freien Entscheidung entgegensetzen, denn dies wäre eine Diskriminierung.

"Mainstreaming" jedoch ist der "Hauptstrom", mit dem dieses neue Menschenbild durch Politik und Gesellschaft getrieben werden soll. Dieser beliebige Wandel des Geschlechts zielt auf

das sensibelste Empfinden des Menschen, auf die Sexualität, und als Zielgruppe dieser Beliebigkeit wurde die Frau ins Visier genommen.

Hinter allem steht der Gedanke, sie von jeglichen angeblich naturgegebenen Verhaltensweisen zu befreien. Den Gender-Ideologen war bewußt, daß das von allen überkommenen Vorstellungen befreite "ewig Weibliche" den Adam "hinanziehen", ihn mitreißen wird in das, was die menschliche Psyche an Unordnung und Perversion in der Lage ist zu bieten.

Der Mensch sei, so das Diktum von Gender, nicht durch natürliche Anlagen festgelegt, sondern durch das, was die Gesellschaft aus ihm macht, in Anlehnung an den oft zitierten Satz von Simone de Beauvoir: "Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht." Dieser Satz ist in seiner Absurdität kaum zu übertreffen und dem gesunden Menschenverstand völlig zuwiderlaufend. Dessen ungeachtet hat er Weltkarriere gemacht, und im radikalen Feminismus konkrete Formen angenommen.

Nicht mehr das biologische Geschlecht, die Tatsache, daß der Mensch von Gott als Mann oder als Frau geschaffen wurde, ist von Belang. Die Gender-Ideologen reißen jegliche bisher geltende Normen ein und verwerfen die Differenzierung in Mann und Frau als eine Erfindung des "hetero-sexuellen Patriarchats", als ein soziales Konstrukt, da jedes Geschlechterverhalten nicht angeboren, sondern erlernt sei.

Was seit Anbeginn der Menschheit als "natürlich" und "normal" gegolten hat, die Zuordnung als Mann und Frau, soll nun von gesellschaftlichen Vorstellungen und Bestimmungen abhängen und - dies ist die Bedrohung für Ehe und Familie - durch Umerziehung geändert werden, um das zu kreieren, was zum Planziel materialistischer Biologen, Genetiker und Politiker gehört und schon seit Jahrzehnten vorbereitet wurde: den neuen Menschen, der reif werden soll für die Neue Weltordnung, für die Neue Welteinheitsreligion. Die Umerziehung aber soll schon bei Kleinstkindern, spätestens aber im Kindergarten beginnen.

### **Die Realität "Gender"**

Die "Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung", die dem Familienministerium von Frau Ursula von der Leyen untersteht, hat noch bis vor einem Jahr einen "Ratgeber für Eltern zur kindlichen Sexualerziehung" herausgebracht (er galt für die Altersgruppe vom 1. bis zum 3., und vom 4. bis zum 6. Lebensjahr), der hunderttausendfach kostenlos (finanziert mit Steuergeldern) verteilt wurde, in dem Eltern, Großeltern oder jene, denen die Pflege der Kinder gerade anvertraut ist, zur sexuellen Stimulation ihrer Kleinkinder aufgefordert wurden.

In einer Schule in New York hat sich im Jahre 2006 ein Lehrer so sehr mit dem Wesen des Weiblichen identifiziert, daß er sich entschloß, eine Frau zu werden. Er ließ sich umoperieren und erschien in der Schule als Frau gekleidet mit der Aufforderung, ihn in Zukunft mit Missis und keinesfalls mehr mit Mister anzusprechen, er würde sich sonst sehr diskriminiert fühlen. Eltern, die ihren Kindern diese transsexuelle Erfahrung ersparen und sie in einer Parallelklasse unterbringen wollten, mußten sich sagen lassen, daß sie damit den ehemaligen Mister diskriminieren würden.

Nach dem Umbau des Schweizer Bahnhofs in Basel mußte ich feststellen, daß es dort nur noch gleichgeschlechtliche Toiletten gab, nicht getrennt in "Männer" und "Frauen", wie dies bisher vor allem in öffentlichen Örtlichkeiten üblich war. Daß diese Umstrukturierung nicht unbeabsichtigt war, zeigen folgende Beispiele:

Im Bundesstaat Colorado in den USA wurde durch Gesetz verfügt, daß an öffentlichen Orten nur noch gleichgeschlechtliche Toiletten existieren dürfen.

Und in Kalifornien hat der dortige Gouverneur Arnold Schwarzenegger im Oktober 2007 ebenfalls ein Gesetz unterzeichnet, das den Jungen erlaubt, in den öffentlichen Schulen die Toilettenräume der Mädchen zu benutzen und die Mädchen jene der Jungen, wenn ihnen danach zumute ist. Sie dürfen keineswegs gehindert werden, dies zu tun. Der Präsident der "Kampagne für Kinder und Familie" bemerkt dazu: Damit hat Arnold Schwarzenegger uns

jenen ausgeliefert, die unsere Kinder den alternativen sexuellen Lebensstil aufdrängen wollen. Es ist eine dreiste Attacke gegen die traditionellen Werte der Familie.

Unter dem gleichen, von Schwarzenegger verabschiedeten Gesetz wird außerdem alles ausgeschlossen, was sich gegen Gender richten könnte, darunter gehören Homosexualität, Bisexualität und andere sexuelle Praktiken sowie das oben geschilderte Wechseln des Geschlechts und damit der Kleider von Mister zu Missis und umgekehrt, der "Fachausdruck" dafür heißt cross-dressing.

Auch wird die Literatur in den Schulen durchforstet, ob sie nicht in irgendeiner Weise diskriminierende Vorgänge beschreibe, wie z.B. die Hochzeit zwischen einem Mann und einer Frau oder die Schilderung der Tatsache, daß der Mensch als Mann und als Frau geboren wird, und nicht als irgend etwas dazwischen. Wer sich gegen diese Zensurierung der Lehrbücher wehrt, wird als "rassistisch" oder "sektiererisch" diffamiert.

Das Oberste Gericht in Kalifornien hat einer lesbischen Frau Recht gegeben, die zwei Ärzte verklagte, weil diese sich geweigert haben, an ihr eine Fruchtbarkeitsbehandlung vorzunehmen. Sie begründeten ihre Weigerung mit ihrer religiösen Überzeugung, die ihnen verwehrt, einer Homosexuellen zu einem Kind zu verhelfen. Das Gericht befand, daß Religionsfreiheit wohl durch die Verfassung geschützt sei, dies jedoch die Diskriminierung einer Lesbierin nicht rechtfertigen dürfe. Ärzten ist es daher nicht länger erlaubt, homosexuellen Patienten aus religiösen Gründen eine Behandlung zu verwehren.

Damit solche Szenarien wirksam werden können, bedarf es geistiger Umwälzungen, die Schritt für Schritt das Denken des Menschen - meist unbemerkt - verändern. Auch "Gender-Mainstreaming" hat seine Geschichte, deren Kenntnis dazu beitragen kann, dessen Wesen besser zu erfassen. Die folgenden Ausführungen mögen helfen, die gegenwärtig aufgebrochene Diskussion um eine Entwicklung, die tief in das Wertefundament unserer Gesellschaft eingreift, in einem größeren Zusammenhang zu sehen.

### **Das umstrittene Experiment: der Mensch**

1962 traten in London Genforscher vor die Öffentlichkeit der Welt, die Wegbereiter wurden für die von den meisten der heutigen Zeitgenossen noch kaum wahrgenommene Gender-Revolution. Was uns heute im Programm der Gender-Ideologen entgegentritt, wurde damals durch hochdotierte Wissenschaftler als "biologische Zukunft des Menschen" vor einer größtenteils unvorbereiteten Menschheit ausgebreitet.

Mit dem als Ciba Foundation Conference bekannt gewordenen Symposium von 27 führenden Forschern der Biologie und Genetik, darunter auch Nobelpreisträgern, wurde eine Tür aufgestoßen, die den Blick in die Laboratorien der Menschenzüchter freigab. Wir werden sehen, daß das scheinbar in Vergessenheit geratene Ciba-Symposium eine gespenstische Omnipräsenz besitzt.

Ein zentrales Anliegen der anwesenden "commis voyageurs der Wissenschaft" kam immer wieder zur Sprache: die Aufhebung der letzten intakt gebliebenen Institutionen Ehe und Familie. Keineswegs dürfen Maßstäbe, die gestern gültig waren, verewigt werden. Wer immer noch daran festhalte "macht aus unserem Dasein ein perfektes Museum. Oder ein Totenreich ohne Zukunft", da die intellektuelle, wissenschaftliche und soziale Entwicklung des Menschen durch eine objektive Wahrheit (vor allem jene der katholischen Kirche) mit Gewalt unterdrückt würde.

Die ultima utopia der Wissenschaft Wissenschaftler, die entscheidend dazu beigetragen haben, die eugenische und genetische Forschung voranzutreiben, sollen hier genannt werden:

### **Herman J. Muller**

Hermann J. Muller hat schon 1927 auf einem Internationalen Genetikerkongreß davon gesprochen, die "Erb-Masse Mensch" zu ändern oder noch besser möglichst neu herzustellen,

damit ein neuer Mensch geschaffen werden kann, um dadurch den Schöpfungsakt zu überbieten.

Die künstliche Menscherschaffung, als die ultima utopia der Wissenschaft, die noch die naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete der Kernenergie und Weltraumfahrt übertreffen will, versteigt sich in den Wahn, den Menschen gentechnisch fit zu machen für die weitere technologische Entwicklung. Dies erst, so Muller, würde die Möglichkeit schaffen für eine Weltbeherrschung. Er gab der Genetik den Auftrag, durch die Erforschung der Gene die Evolution des Menschen methodisch zu lenken und zu "beherrschen" und so radikal umzuformen, daß im Prinzip die Herstellung eines künstlichen Menschen damit gegeben sein würde."

Die Mittel, die dabei angewendet werden sollen, sind heute keine Utopien mehr. Muller verlangt nicht mehr und nicht weniger als die Aufhebung von Ehe und Familie, in dem er sie ihres Sinnes beraubt: der Zeugung und Aufzucht der Nachkommen. Damit ist die künstliche Zeugung durch In vitro-Fertilisation angesprochen, die Befruchtung außerhalb des Mutterleibs, sie ist heute Routine geworden.

Als Kurzformel könnte man zu dieser Art der Befruchtung sagen: Geschaffen, nicht gezeugt. Aber es ist auch die Übernahme der Kinder durch den Staat angesprochen. Die heutige Sozialstaatsideologie greift mit immer härteren Methoden nach den natürlichen Rechten der Eltern und Kinder.

Die wissenschaftliche Entwicklung, durch die der Mensch seine Evolution in die eigene Hand nehmen soll, muß, nach Muller, stufenweise intensiviert werden: von der Geburtenkontrolle über die Transplantation und Geschlechtsbestimmung des Eies zur totalen Kontrolle der "Kind-Produktion", die Austragung des künstlich befruchteten Eies, die Abtrennung der Zeugung vom Liebesleben (das wird heute vor allem durch die Sexualerziehung an der Schule vorangetrieben, dort wird, abgesehen von Ausnahmen, lediglich die Technik des sexuellen Aktes gelehrt, mit oft drastischem Anschauungsmaterial und nicht selten verheerenden Folgen für die weitere Entwicklung der Kinder).

Die Ausschaltung und Zerstörung der Familie führt nach Muller über die Welteinheit aller Kulturen, Völker und Rassen (wir hören daraus schon den Plan zur Schaffung der einen Weltregierung). "Wenn der Mensch seine Evolution erst selber manipuliert, werden die höchsten Geister der Menschheit eine exakte Genetik entwickeln und damit ein gottgleiches Wesen erschaffen." In den verschiedenen Vorträgen und Diskussionsforen des CIBA-Symposiums wurde diese Hybris des Sein-Wollen-wie-Gott beinahe von allen Rednern immer wieder hervorgehoben.

In voller Überzeugung konnte daher Werner Arber, Nobelpreisträger für Medizin 1978, in einer Presseinformation erklären: "Schließlich stellt sich die Frage, ob der Mensch genetisches Material verschiedenen Ursprungs nach seinem Belieben miteinander verknüpfen darf. Können dabei nicht vollkommen neue, bisher unbekannte Lebewesen entstehen? Der Forscher übernehme dabei die Rolle Gottes in der Schöpfungsgeschichte."

Hier sitze ich, forme Menschen nach meinem Bilde, ein Geschlecht, das mir gleich sei, zu leiden, zu weinen, zu genießen und zu freuen sich, und dein (Gott) nicht zu achten, wie ich!

Es ist die alte Idee des Übermenschen von Prometheus über Nietzsche zu Hitler bis zur biologischen Utopie einer Züchtung des Übermenschen durch Kontrolle und Lenkung der menschlichen Evolution, damit der Mensch, dieses "schwächste Glied" diese "Fehlkonstruktion" dem Atomzeitalter besser gewachsen sei.

### **Sir Julian Huxley**

Ein weiterer, nicht weniger bedeutender Wortführer des CIBA-Symposiums war Sir Julian Huxley. Er verwirft mit seinem "evolutiven Humanismus" konsequent alles Absolute, die absolute Wahrheit, die absolute Moral, die absolute Vollkommenheit, die absolute Autorität und propagiert eine Gentechnik, die alte Werte zerstört, ohne neue an ihre Stelle setzen zu können.

"Darwin oder Gott", so Huxley, "denn die Welt (und das menschliche Hirn) habe nicht Platz genug für beide" Wir müssen uns von der irrigen Annahme entfernen, zu glauben, daß es so etwas wie Wahrheit oder Tugend gibt.

In seiner Vision über "Die Zukunft des Menschen" warnt er nicht nur vor der Gefahr der Bevölkerungsexplosion, die, um Heimat und Kultur zu retten, unbedingt einzudämmen ist, sondern auch vor einer ungünstigen Auswirkung der Genetik in unserer Zivilisation. Daher müssen eugenische Verbesserungen so "schnell als möglich" durchgeführt werden. Für die moderne psychosoziale Evolution ginge es viel zu langsam, wenn man nur die hochwertigen Individuen ermutigen würde, mehr Kinder zu zeugen.

Die Eugenik wird schließlich Methoden wie orale Verhütungsmittel, künstliche Befruchtung und Vielfachbefruchtung durch tiefgekühlten Samen "von hoher genetische Qualität" anwenden müssen. Wer jedoch wird die "hohe genetische Qualität" von der "minderen" trennen? Im Nationalsozialismus hat Huxleys Eugenik seine Vollstrecker gefunden.

### **Teilhard de Chardin**

In diesem Zusammenhang ist es nicht unbedeutend, daß Huxley in seinen Visionen über die Zukunft des Menschen immer wieder seine Nähe zu Teilhard de Chardin bekundet. Nach Teilhard ist es wesentliche Aufgabe seines kosmischen Christus, die Evolution im Punkt Omega ans Ziel zu bringen, eine Evolution, der er, Christus, seiner Menschheit nach, selbst unterworfen sei. An Stelle der Auferstehung steht die Evolution, die Identifizierung von Materie und Geist. Anstatt der visio beatifica, der beseligenden Anschauung Gottes, erfahren wir das Eintauchen des individuellen Bewußtseins in das Allbewußtsein einer Übermenschheit.

Ein Christus aber, der Anfang und Ende eines Prozesses der Evolution ist, und zur Weltenseele erkürt wird, hat aufgehört, Person zu sein. Verhängnisvoll wird es, wenn diese sonderbare Logik im System Teilhards, welches das Fundament des menschlichen Lebens zerstört, nämlich die Person, in die Diskussion über die Abtreibung gerät. Etwas, das nicht Person ist, kann auch ohne weitere Skrupel abgetrieben werden.

Teilhard hat hier einen zentralen Beitrag zur Tötung ungeborener Kinder geleistet. Wolfgang Kuhn schreibt dazu: "Zu welcher grauenhaften Entwürdigung des Menschen die Phantastereien Teilhards im Nationalsozialismus geführt haben, bedarf keiner besonderen Betonung mehr. Man versteht, daß es einem gerade bezüglich der Gedanken, die Teilhard zur Eugenik äußert, angst und bang wird. Teilhard ist schnell bereit, von wissenschaftlichen Tatsachen, ja Gesetzen zu sprechen wo es sich in Wirklichkeit nur um seine eigenen Konstruktionen und Wunschbilder handelt."

Der in London erstellte Katalog von Forderungen und Visionen genetischer Utopien war die Einleitung eines Forschungsprozesses, dem sich verblendete Wissenschaftler ohne Rücksicht und ohne Bedenken auf die sozialen, biologischen und politischen Auswirkungen verschrieben haben. Es ging ihnen dabei nicht um das Wohl des Menschen, sondern um die schrittweise "Verbesserung" des genetischen Fundaments im Dienst einer Neukonstruktion, um "Gott ähnlich zu werden." Teil dieser Neukonstruktion müsse die Abschaffung der Zweigeschlechtlichkeit sein (also die Tatsache, daß es Mann und Frau gibt).

Mit der Abschaffung der Zweigeschlechtlichkeit konnte nun das neue Menschenbild Gender geschaffen werden, das jede sexuelle Orientierung als gleichwertig betrachtet.

### **Planned Parenthood - Pro Familia - Margaret Sanger**

Nicht nur Huxleys "evolutiver Humanismus" war in London Bestandteil der Diskussion um den neuen Menschen, sondern auch seine eugenische Philosophie des wissenschaftlichen Rassismus, der schon Jahre zuvor einen nachhaltigen Einfluß auf jene weltweite Geburtenkontrollbewegung genommen hat, die heute unter dem Begriff Planned Parenthood auf eine Gesellschaft hin arbeitet, in der sogenannte archaische sexuelle Gesetze und irrationale Ängste vor Sex nicht mehr existieren.

Wie Jean-Paul Sartre in seiner Lebensgefährtin Simone de Beauvoir eine kongeniale Partnerin zur Ausbreitung seiner atheistischen Existenzphilosophie fand, so war für den Biologen Huxley die Gründerin von Planned Parenthood, Margaret Sanger, gewissermaßen der verlängerte Arm seiner genetischen Denkmodelle, die bis heute unsere Gesellschaft prägen und die im Genderismus voll ausgelebt werden.

Die Aufgabe der Geburtenkontrolle wie sie Margaret Sanger verstand, war zunächst die Bekämpfung der Gesetze, die Verhütungsmittel verbieten. Sie gründete das nach ihr benannte "Margaret-Sanger-Forschungszentrum", das die Entwicklung der Pille und der Spirale finanzierte und hatte damit, in Verbindung mit Sterilisation und Abtreibung einer Verhütungsrevolution Vorschub geleistet, die im Begriff ist, die unaufhaltsame Selbstausslöschung der Industrienationen herbeizuführen.

Das traditionelle Verständnis von Ehe war für sie ein zu bekämpfendes Übel. Nicht Gesetz oder Tradition heiligen die Ehe, sondern allein die individuelle sexuelle Befriedigung, denn "körperliche Liebe ist ein höheres Gebot als das bloße Gesetz". Zur "Verbesserung" des genetischen Potentials forderte Margaret Sanger die Sterilisation der armen Bevölkerung, um - ganz im Sinne Darwins Überleben des Stärkeren und im Sinne der ihr bekannten Genetiker - eine Rasse von "Vollblütlern" hervorzubringen: "Mehr Kinder von Tüchtigen, weniger von Versagern."

Margaret Sangers Gedankenkonstruktionen deckten sich völlig mit Hitlers Theorien zur Züchtung einer arischen, rassistisch hochstehenden Elite. Massensterilisation und Euthanasie von angeblich untauglichen Menschen rechtfertigten die Nationalsozialisten mit der Rassenhygiene, die nachweislich aus dem Programm der Geburtenkontrollbewegung Margaret Sangers stammte.

Nach Bekanntwerden der logischen Konsequenzen von Hitlers Herrenmenschentum wandelte man den Begriff "Geburtenkontrollbewegung" um in die irreführende und schönfärberische Bezeichnung "International Planned Parenthood Federation (IPPF)" (Verband für geplante Elternschaft), deren Strategie es war, in den folgenden Jahren mit Hilfe der Vereinten Nationen die radikalen Ideen über Familienplanung, verpflichtende Sexualerziehung an den Schulen, Abtreibung und Sterilisation durchzusetzen und sie in politische Programme zu integrieren.

Der deutsche Zweig der IPPF ist das Gründungsmitglied Pro Familia (für die Familie). Feminismus und New Age als Vorreiter des Genderismus Die Bewegung, die der Gender-Diskussion den Weg geebnet hat, ist der Feminismus. Vor allem der radikale oder Gender-Feminismus in Verbindung mit der Bewegung von New Age hat in den letzten Jahrzehnten die Umformung oder besser die Umerziehung der öffentlichen Meinung intensiviert, als eine die Gesellschaft verändernde Bewegung auf der Grundlage eines New-Age-Menschenbildes, das die Vorbereitung war zum Menschenbild des Genderismus.

Es ging und geht den Gender-Feministinnen keineswegs um die Beseitigung von Ungerechtigkeit gegenüber der Frau z.B. im Berufsleben. Im Gegenteil, die Forderung nach Gleichberechtigung ist ihnen ein Dorn im Auge, denn wo für die Gleichberechtigung gekämpft wird, verlieren sie ihr eigentliches Ziel: die weibliche Macht in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft - unter Ausschaltung der Männer - zur Geltung zu bringen. Gender Mainstreaming ist exakt das Kontrollinstrument zur Aufhebung der Männerdominanz.

Familie, Mutterschaft und Schwangerschaft werden von den radikalen Feministinnen als Diskriminierung der Frau angesehen. Die Schwangerschaft sei barbarisch, als gesund könne man sie auch nicht bezeichnen. Es war dann auch die feministische Bewegung, die sich von Anfang an einig war im Kampf um die Freigabe der Abtreibung. Millionen Ungeborener wurden in den letzten Jahrzehnten abgetrieben.

Wir sterben aus, die westlichen Länder leiden unter der sogenannten demographischen Katastrophe und noch immer hat kein Umdenken stattgefunden. Auf der einen Seite wird für die Abtreibung gekämpft, auf der anderen Seite will man die künstliche Fortpflanzung in Anspruch nehmen. Wie dekadent muß eine Gesellschaft sein, um die Schizophrenie darin nicht zu erkennen.

Es geht auch hier den Gender-Feministinnen unverblümt um die Zerstörung der Familie, um die Zerstörung des Männlichen und Weiblichen, denn, das Ende der biologischen Familie, so heißt es in einem Studienprogramm, wird auch dem Bedürfnis für sexuelle Unterdrückung ein Ende bereiten. Es wird angestrebt, daß außereheliche, homosexuelle, lesbische Lebensweisen gesetzlich verankert und nicht lediglich toleriert werden.

Die feministische Gleichheit bedeutet nicht nur Gleichheit vor dem Gesetz oder Gleichheit in der Befriedigung von Grundbedürfnissen, sondern, daß Frauen keine Kinder austragen müssen. Die Zerstörung der biologischen Familie erlaubt das Emporkommen neuer Frauen und Männer, die sich von allen bisher existenten Menschen unterscheiden.

"Solange menschliche Wesen nicht in der Retorte entstehen, sondern von Frauen zur Welt gebracht werden müssen, so lange bleibt die Frau dem Manne gegenüber von vornherein im Nachteil." Daher wird statt der natürlichen Kinderzeugung die künstliche Befruchtung proklamiert, also in Vitro-Fertilisation. Außerdem verlangt die Strategie der Gender-Feministinnen, daß diese von ihnen geforderten Rechte als Weiterentwicklung der von der UNO geschützten Menschenrechte akzeptiert werden und benutzt die UNO, um dieses Recht weltweit zu forcieren.

### **Die eugenische Praxis**

Die in London als "Spiel der Möglichkeiten" angesteuerte "künstliche Befruchtung" hat im heutigen Wissenschaftsbetrieb konkrete Formen angenommen: Nach einem Bericht in der britischen Tageszeitung "Times" aus dem Jahre 2003 hat ein lesbisches Paar bei einem Unternehmen, das auf der Website "ManNotIncluded.com" (Mann nicht inbegriffen) abgerufen werden konnte, unter Angabe der Hautfarbe, Größe und Haarfarbe, beruflichen Qualifikationen und Hobbys das Spermium eines anonymen Spenders bestellt, der "sehr gesund war, braune Haare und blaue Augen" hatte.

Das Spermium wurde per Post frei Haus geliefert. Die künstliche Befruchtung konnte das Paar somit selbst vornehmen. Da die Reproduktionsmediziner in Homosexuellen und Lesben zukunftssträchtige Zielgruppen sehen, wurde mit dem in England praktizierten Verfahren eine wichtige Hürde genommen.

1965, also 3 Jahre nach dem Londoner Symposium, entwickelte John Money, Psychiater am Johns-Hopkins-Krankenhaus in Baltimore, USA, seine eigene Gottähnlichkeit und nahm auf seine Art sich konkret der "biologischen Zukunft des Menschen" an. Sexualität war - so könnte man sagen - sein Arbeitsgebiet und sein Spezialfach das Krankheitsbild von Trans- und Intersexuellen. Daraus entwickelte er, im Sinne von Simone de Beauvoir, die Theorie, daß ein Mädchen erfolgreich zu einem Mann und ein Junge ebenso erfolgreich zu einer Frau erzogen werden könne.

In einem aufsehenerregenden Artikel in der FAZ vom 7.9.2006 berichtete Volker Zastrow von einem Experiment Money's mit den eineiigen Zwillingen Bruce und Brian Reimer aus Kanada. Bei der Beschneidung mit einem elektrischen Instrument durch den Arzt wurde der Penis des einen Zwillingen so schwer verbrannt, daß "das Glied sich schwärzte und bald vollständig abfiel". Die verzweifelten Eltern hofften mit einer operativen Geschlechtsumwandlung, die ihnen von Money vorgeschlagen wurde, ihrem Sohn ein einigermaßen normales Leben bieten zu können.

Im Fall dieses Knaben Bruce glaubte nun der Psychiater Money seine Theorie erhärten zu können, daß man aus Männern ohne weiteres Frauen "basteln" könne. Es ging ihm letztlich

darum, den Beweis zu erbringen, daß die Geschlechtsidentität durch Erziehung entsteht und mit der biologischen Geschlechtlichkeit nichts zu tun habe und unterzog den inzwischen 22 Monate alten Bruce einer operativen Geschlechtsumwandlung.

Auf seine Anordnung hin war das Kind nun strikt als Mädchen zu erziehen. Doch mit beginnender Pubertät meldete sich der Mann in diesem umgestalteten Jungen, und er interessierte sich für Mädchen, da halfen weder die operative Geschlechtsumwandlung noch die Hormone, die diese bedauernswerte Kreatur schlucken mußte. Der Psychiater Money diagnostizierte jedoch sein Verhalten als lesbische Veranlagung.

Als man ihm endlich die Wahrheit eröffnete, wollte er von da an nur noch als Junge leben. Statt weiblicher Hormone nahm er nun männliche, ließ sich wieder, soweit dies überhaupt möglich war, umoperieren und heiratete sogar. 26 Jahre lebte er sodann als Mann, doch im Frühjahr 2004 erschoss er sich mit einer Schrotflinte. Sein Zwillingbruder Brian hatte sich schon ein Jahr zuvor mit Tabletten das Leben genommen.

Der Psychiater Money jedoch hat in all den Jahren, in denen er diesen unglücklichen Jungen behandelte, seine angeblich wissenschaftlichen Erfolge einer operativen Geschlechtsumwandlung an einem Kind, das eindeutig männliche Geschlechtsmerkmale aufgewiesen hat, in populärwissenschaftlichen Lehrbüchern und Publikationen veröffentlicht.

Seinem Hauptwerk, das 1973 herauskam, gab er den Titel "gender identity". Auch in der Presse wurde sein "Fall" aufgenommen und als Beweis für die Gender-Theorie herangezogen: In der New York Times Book Review konnte man lesen: "Wenn man einem Jungen sagt, er sei ein Mädchen und wenn man ihn als Mädchen erzieht, dann wird er sich weiblich verhalten".

Durch einen verantwortungslosen und ehrgeizigen Forscher und seine Helfer wurde die "Erbmasse" Mensch zum Gegenstand von Experimenten erniedrigt und die angeblichen Erfolge durch die Medien künstlich aufrecht erhalten. Ohne diese "Pionierarbeit" Moneys hätte jedoch die Gender-Theorie wohl kaum 1993 in die weltweite Frauenpolitik und in die bürokratische Alltagssprache der EU-Länder Eingang finden können. Die Wissenschaftsgläubigkeit der Medienleute und ihrer Konsumenten haben ein Übriges getan, daß die "Fehlkonstruktion" Mensch zum Gegenstand einer bejubelnden Manipulation werden konnte.

### **Gender als "Wissenschaft"**

Jede Ideologie will sich mit dem Mantel der Wissenschaftlichkeit schmücken, so auch der Genderismus. Die meisten Universitäten weltweit unterhalten Institute für gender-studies, wo Modelle entwickelt und gelehrt werden, bei denen die ganze Gender-Agenda Gegenstand des Studiums ist, inklusive die Möglichkeit, zwischen fünf verschiedenen Geschlechtern zu unterscheiden, statt zwischen biologisch zwei. An einigen Universitäten ist es sogar möglich geworden, einen Abschluß in Gender als Hauptfach zu erlangen.

Die Tatsache, daß das Gender-Prinzip vor allem auf der intellektuellen Ebene abgehandelt wird, macht es für den "Mann auf der Straße" so schwer zu erkennen, wo die Gefahr liegt. Doch die unmittelbaren Folgen einer universitären Ausbildung, die die Zerstörung moralisch-ethischer Werte zum Inhalt hat, bekommen wir alle zu spüren. "Von dem, was man heute an den Universitäten denkt, hängt ab, was morgen auf den Plätzen und Straßen gelebt wird!", schreibt der Philosoph José Ortega y Gasset, oder - so kann man hinzufügen - von dem, was in die politischen Programme aufgenommen wird. Und dies ist nicht wenig!

### **Gender in der Politik**

Die Pläne der in London versammelten Wissenschaftler enthielten auch die Forderung, ihre wissenschaftlichen Ergebnisse über die Schaffung des Neuen Menschen in politische Programme einzubinden. Daß dies schon seit Jahren erfolgreich durchgeführt wurde, beklagt der Biochemiker Erwin Chargaff in einem seiner letzten Bücher: Die Wissenschaftler würden alles unternehmen, um sich die Rechte ihrer Forschungsergebnisse zu sichern.

"Sie beraten Regierungen und flüstern ihnen zu, welche Förderprogramme aufzulegen und welche Gesetze abzuschaffen sind. Sie sind Unternehmer und Lobbyisten in eigener Sache. Statt um pure Erkenntnis ringen sie heute vornehmlich um den größtmöglichen Profit."

Seit 1996 ist Gender Mainstreaming als Strategie zur Durchsetzung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in allen EU-Staaten verbindlich. Sie beinhaltet für alle politisch-administrative Systeme die Verpflichtung, ihre eigenen Programme, Entscheidungen und Regelungen daraufhin zu prüfen, ob sie (etwa indirekt) ein Geschlecht benachteiligen.

Gender Mainstreaming wurde zu einem politisches Konzept, mit dem in der Berufarbeit systematisch geschlechtsbezogene Benachteiligungen aufgespürt werden können. 1999 hat die Bundesregierung "Gleichstellungspolitik mittels der politischen Strategie des Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe" festgelegt.

Ziel der Gender Ideologen ist eine klassenlose Gesellschaft, die sich vor allem von der grundlegendsten Klasse befreien will: von der Klasse des Geschlechts. Daher eine 50/50 Quotenregelung für Männer und Frauen für sämtliche Arbeits- und Lebensbereiche. Manche sprechen sogar von 70/30, also 70 % Frauen, 30 % Männer. Die Männer jedoch sollen dazu bestimmt werden, 50 % der Säuglings- und Kinderpflege zu übernehmen. Alle Frauen müssen aber mit oder ohne Kinder jederzeit einer vollzeitigen Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Kinderbetreuung und -pflege übernimmt der Staat.

Die Welt ist allerdings nicht besser geworden, seit Frauen sich Positionen in Wirtschaft und Politik erobert haben. Es sind Frauen, die die Abtreibungsgesetze in die Wege leiten und befürworten - bis kurz vor der Geburt. Es sind Frauen, die sich für das embryonale Stammzellengesetz stark gemacht haben. Damit soll jedoch nicht gesagt werden, daß Frauen an verantwortungsvollen Posten nicht gute Arbeit leisten können, darum geht es hier nicht. Es ist der Zwang zur Quotenregelung um jeden Preis, gegen den wir uns wenden müssen, weil damit ganz gezielt die Zerstörung der Familie vorangetrieben wird.

Wie weit die Diktatur des Genderismus schon gediehen ist, zeigt ein Blick auf den "Entschließungsantrag" des Europäischen Parlaments vom 11. Januar 2006. Dort wird Homophobie, "die irrationale Furcht vor und Aversion gegen Homosexualität und schwule, lesbische, bisexuelle und transsexuelle Menschen", gleichgestellt mit Rassismus, Xenophobie und Antisemitismus.

Nach dem Programm der Gender-Ideologen soll das Konzept Gender in das gesamte Bildungswesen, vom Kindergarten über die Schule bis zur Hochschule und an das gesamte Aus- und Weiterbildungssystem integriert werden. Am Ende soll das stehen, was in einem politischen Programm der SPD formuliert wurde: "Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden."

Die Ablehnung alles Männlichen scheint immer groteskere Formen anzunehmen. Anlässlich der 51. Session am Sitz der Vereinten Nationen in New York forderte die "Kommission für die Stellung der Frau" die Einstellung jeglicher Form von Diskriminierung gegenüber dem weiblichen Geschlecht - vor allem würde die Abtreibung eine lautlose Form der Diskriminierung darstellen.

Es ging den Feministinnen jedoch nicht um die Ablehnung der Abtreibung im Allgemeinen. Wogegen sie sich wehrten ist der Kindermord (wie sie sich ausdrückten) des weiblichen Fötus. Der männliche Fötus hingegen kann ohne weiteres abgetrieben werden. Es ist eine Welt des absoluten Wahnsinns, die sich uns hier geöffnet hat.

### **Die Familie im sozialistischen Programm**

Nach den Vorstellungen von Engels und Lenin sah das sozialistische Programm vor, die Privathaushalte möglichst aufzulösen, die Frauen zur Arbeit zu zwingen und die Kinder in Heimstätten unterzubringen. Für den Marxisten Wilhelm Reich war die monogame Dauerehe der

Kern der Zwangsfamilie, sie müsse daher abgeschafft werden, da die sexuellen Bedürfnisse der Menschen die Fesseln traditioneller Normen sprengen.

Darüber hinaus mache das Einspannen von Mann und Frau in den Produktionsprozeß die Familie auf jeden Fall überflüssig. Um die Revolution erfolgreich durchführen zu können, müsse der Jugend sexuelle Freiheit gewährt werden. Durch die zu erwartende Eheunfähigkeit würden Ehe und Familie somit automatisch untergehen. Nach Reich muß die Neuordnung des geschlechtlichen Lebens mit der Umerziehung des Kindes beginnen. Es sieht tatsächlich danach aus, als ob wir die in der ehemaligen Sowjetunion durchgezogenen Praktiken mit Eifer nachholen möchten.

### **Zusammenfassung**

- 1) Drastische Reduzierung der Weltbevölkerung.
- 2) Abschaffung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Für die rechtliche Bestimmung des Geschlechts der Menschen dürfen nicht mehr die äußeren Geschlechtsmerkmale ausschlaggebend sein, sondern nur noch das subjektive Empfinden des Menschen.
- 3) Abschaffung der Vollzeit-Mütter.
- 4) Freien Zugang zu Verhütung für alle, auch für Jugendliche, Abtreibung (nach neuer Sprechweise "reproduktive Gesundheit") soll Menschenrecht werden. Förderung homosexuellen Verhaltens, was ganz entschieden zur Reduzierung der Weltbevölkerung beiträgt.
- 5) Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt. Die Absicht der Gender-Ideologen ist, das Empfinden der Jugend so zu manipulieren, besonders durch die verpflichtende Sexualerziehung in der Schule, durch den ganzen Einfluß der Medien, der Jugendliteratur, der Musik, daß ihre Haltung zu Ehe und Familie gestört, wenn nicht gar verunmöglicht wird. (1951 formulierte Bertrand Russell, was heute offensichtlich geworden ist: Es steht zu hoffen, daß eines Tages jeder jeden zu allem überreden kann, wenn er seine Patienten (so bezeichnete er die Jugend) nur jung genug in die Hände bekommt und vom Staat mit genug Geld und dem erforderlichen Apparat versehen wird.)
- 6) Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.
- 7) Eine 50/50 Männer/Frauen Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Unterschiedliche Begabungen sollen als "Geschlechterstereotype" gebrandmarkt werden.
- 8) Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbsarbeit nachgehen.
- 9) Religionen, die diese Ideen nicht mittragen, sollen der Lächerlichkeit preisgegeben werden. (Eine der perfidesten Methoden, um einen Menschen mundtot zu machen, ist, ihn dem Gespött auszuliefern. Wenige halten diesem Druck stand. Jene, die verstehen, dem Gelächter der Welt entgegenzutreten, erfahren massive Bedrohungen, sie werden als Fundamentalisten, als Sektierer, als Rassisten diffamiert, ausgegrenzt oder strafrechtlich verfolgt.)

Die Schaffung des "Neuen Menschen" durch Gender Mainstreaming ist der vorläufig letzte Angriff auf den christlichen Glauben, auf die christliche Familie. Es ist eine substantielle Entwürdigung des Geschöpfes und des Schöpfers, eine folgenschwere Mißachtung der gottgegebenen Ordnung.

Es scheint, daß wir nach dem "Mythos des 20. Jahrhunderts" mit seinem totalitären Regime des Nationalsozialismus in die "Neue Weltordnung der Sexualität" als den Mythos des 21. Jahrhunderts eingetreten sind, in der ein von allen Bindungen befreiter, emanzipierter Mensch den neuen Totalitarismus in der Gestalt von Gender-Mainstreaming vorbereitet.

Was ist über uns gekommen, daß wir im Begriff sind, die "Civitas Dei" mit einer "Civitas Gendri" vertauschen zu wollen? "Wir haben Gott vergessen, und darum ist alles so gekommen", wäre auch heute wieder die Antwort von Alexander Solschenizyn. In seiner Londoner Rede 1983 sprach er vom mangelnden Bewußtsein für die Erhabenheit des Göttlichen und der dadurch hervorgerufenen allgemeinen Umnachtung der Völker, die zu den geistigen Erschütterungen im letzten Jahrhundert geführt haben.

"Die Apokalypse unserer materialistischen Epoche, deren Wurzeln bis in die Tiefe der Geschichte hinabreichen, ist das letzte Stück des Kreuzweges der Menschheit ins verwirklichte Christentum." ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Hans-Jürgen Mahlitz schrieb am 3. Mai 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Ende eines Antifa-Märchens

Schon lange vor der Machtergreifung Hitlers plante Stalin den Krieg gegen Deutschland

Deutsch-sowjetische Demarkationslinie, 22. Juni 1941: Im Morgengrauen tritt die Wehrmacht zum Angriff auf die Rote Armee an, stößt auf wenig Widerstand, scheint erneut einem Blitzkrieg-Sieg entgegenzueilen. Soweit die historisch gesicherten, unbestreitbaren Fakten. Aber war dies ein Überfall oder ein Präventivschlag? Und waren die Sowjets wirklich die Opfer der Aggression oder sind sie lediglich zu früh und "auf dem falschen Fuß" erwischt worden?

Hier gehen die Meinungen noch heute weit auseinander, und oft genug sind sie immer noch stärker von ideologischen Positionen als von Fakten bestimmt. Nur wenige Autoren schafften es in den letzten zwei, drei Jahrzehnten, der Maxime Leopold von Ranke ("zeigen, wie es eigentlich gewesen ist") treu zu bleiben.

Einen erneuten Anlauf, das Geschichtsbild von "politisch korrekten" Vorgaben zu befreien, unternimmt in diesen Tagen der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial. In seinem neuen Buch "Kampfplatz Deutschland" zeichnet er "Stalins Kriegspläne gegen den Westen" (so der Untertitel) akribisch nach und verweist alle gängigen Thesen vom antifaschistischen Befreiungskampf der friedliebenden Sowjetunion endgültig ins Reich der Märchen. Diese Pläne - und auch der Beginn ihrer konkreten Umsetzung - datieren nämlich aus der Mitte der 20er Jahre, einer Zeit also, da der fälschlich als Faschismus bezeichnete National-Sozialismus Hitlers machtpolitisch noch keine Rolle spielte.

Schon zu Lenins Zeiten war Deutschland aus Moskauer Sicht der Schlüssel zur Weltrevolution. Der russische Oktober-Revolutioner war anfangs allerdings davon überzeugt, die "werk tätigen Massen" im Nachkriegsdeutschland würden alsbald das zarte Pflänzlein der jungen Demokratie zertrampeln, eine Räterepublik nach bolschewistischem Muster errichten und so den entscheidenden Grundstein zur kommunistischen Weltherrschaft legen.

Erst als die ersehnte, von Deutschland ausgehende Weltrevolution allzu lange auf sich warten ließ, schwenkten Lenin und sein Nachfolger Stalin um. Ab 1924/25 galt die Devise, das selbsternannte "Vaterland aller Werktätigen" müsse notfalls im Alleingang und mit Waffengewalt den immer noch "kapitalistischen" Rest der Menschheit sozialistisch beglücken. Und schon 1927 ließ der neue "Rote Zar" sich von seinem Politbüro gigantische Aufrüstungsprojekte absegnen. Die Realisierung, also der Ausbau der Roten Armee zur mächtigsten Angriffstreitmacht aller Zeiten, scheiterte jedoch zunächst am desolaten Zustand der sowjetischen Industrie und am finanziellen Mangel.

Die Ende 1929 ausbrechende Weltwirtschaftskrise der westlichen Industrienationen ermunterte Stalin, trotz aller Rückschläge ein neues, noch gewaltigeres Rüstungsprogramm aufzulegen. Er sah sich durch den legendären "Schwarzen Freitag" in seiner Erwartung bestärkt, eine militärisch erstarkte Sowjetunion brauche nur noch in Ruhe abzuwarten, bis der kapitalistische Westen hinreichend geschwächt sei, um dann von der Roten Armee endgültig hinweggefegt zu werden.

Aber auch dieses Kalkül ging nicht auf. Die Weltkriegs-Siegermächte und schließlich auch das im Diktat von Versailles so tief gedemütigte und ausgebeutete Deutschland erholten sich von der Krise. So mußte Stalin sein Weltrevolutions-Konzept 1933, nach der Machtergreifung Hitlers und dessen unbestreitbaren innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolgen, wieder einmal total umstellen. Nun spekulierte er darauf, daß die kapitalistischen Länder sich in selbstzerfleischende "Bruderkriege" hetzen ließen.

Darauf war die Moskauer Außenpolitik total ausgerichtet, und begleitet wurde sie von massi-

ver militärischer Aufrüstung. Im August 1939 wählte der Moskauer Machthaber sich dem Ziel entscheidend näher gerückt; als er mit Hitler paktierte, war der Wortbruch schon programmiert, allerdings noch ohne festes Datum. Und daß der andere Diktator dies genauso sah, macht Stalins Strategie nicht weniger verlogen.

Beide Diktatoren bereiteten also den Angriff auf den Vertragspartner vor. Und nicht nur darin waren sie sich gleich. So verfügten auch beide über durchaus fähige Geheimdienste, handelten aber beide nach der Devise, daß "nicht sein kann, was nicht sein darf".

In Berlin war man im Frühsommer 1941 fest überzeugt von einem "Siegeszug ohnegleichen", wie Hitler laut Goebbels-Tagebuch noch sechs Tage vor dem Angriff tönte; die Rote Armee sei so schwach, daß sie "innerhalb weniger Wochen zerschlagen" werde.

Auf der anderen Seite schlug Stalin alle Warnungen - bis hin zum exakten Angriffsdatum - in den Wind und ließ sich in seinen Planungen nicht stören. Er wollte in Ruhe den Aufmarsch einer Streitmacht von über fünfeinhalb Millionen Soldaten, ausgerüstet mit über 25.000 Panzern und fast 20.000 Flugzeugen, abschließen und zugleich abwarten, bis die deutsche Wehrmacht durch den Krieg im Westen noch weiter geschwächt wäre. Da soll man sich von Fakten nicht irritieren lassen.

Stalin mußte sich seine Fehleinschätzung am 22. Juni 1941 eingestehen; bei Hitler dauerte es noch einige Wochen, bis er erkannte, "wie ungeheuerlich dieser Staat gerüstet war". Erst zu diesem Zeitpunkt, also mit schwindender Siegeszuversicht, setzte sich in Berlin die Präventivschlag-These durch. Zuvor hatte man von einem sowjetischen Angriff, dem es zuvorzukommen gelte, nichts wissen wollen.

Bei der Darstellung der von Anfang an aggressiven Politik Stalins gegenüber Deutschland und dem Westen kann man Bogdan Musial weitgehend folgen. Er bietet eine Fülle überzeugender Belege, nicht zuletzt begünstigt durch die gründliche Auswertung russischer Archive.

Weniger nachvollziehbar ist seine Argumentation, wenn es um die Rolle Polens geht: Warschau als das völlig unschuldig zwischen die bösen Deutschen und die genauso bösen Sowjets geratenes Opfer - das ist wohl doch etwas zu einseitig.

Nicht ganz fair ist es auch, daß er Autoren wie Werner Maser, Joachim Hoffmann, Ernst Topitsch, Heinz Magenheimer oder Gerd Schultze-Rhonhof, die schon früher - oft auf deutlich schwächerer Basis an Akten- und Archivmaterial - zu ähnlichen Schlüssen gekommen waren, nicht erwähnt.

Anerkennung verdient jedoch Musials Mut, mit der Entlarvung Stalins als einem Hitler durchaus ebenbürtigem Aggressor seine eigene frühere Meinung zu revidieren.

### **Bogdan Musial**

Der 1960 in Polen geborene Prof. Dr. Bogdan Musial lebt seit 1985 in Deutschland; 1992 wurde er eingebürgert. Von 1999 bis 2004 arbeitete der promovierte Geschichtswissenschaftler am Deutschen Historischen Institut in Warschau.

Vor zehn Jahren wurde erstmals eine breitere Öffentlichkeit auf ihn aufmerksam, als er gravierende Fehler und Fälschungen in der sogenannten Wehrmachtsausstellung des Hamburger Tabak-Millionärs Jan Philipp Reemtsma offenlegte. Die Ausstellung stellte die Wehrmacht als kriminelle Organisation dar und diskriminierte die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs pauschal als Verbrecher; nicht zuletzt dank der Hinweise Musials mußte sie 1999 geschlossen werden.

Mit seinem Buch "Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen" ... hat der deutsch-polnische Historiker sich erneut den Unmut der Verfechter linker "political correctness" zugezogen.

### **Werner Maser**

Der 1922 in Ostpreußen geborene Historiker Prof. Dr. Werner Maser vertrat schon 1994 in seinem Buch "Der Wortbruch" die These, im Sommer 1941 sei nicht nur Hitler, sondern auch

Stalin zum Angriff entschlossen gewesen. Maser damals im Gespräch mit dem Autor: "Von zwei aggressiven Diktatoren war Hitler lediglich der etwas schnellere."

Neben der Darstellung des Weges, der in den Zweiten Weltkrieg führte, war ein weiterer Schwerpunkt seines wissenschaftlichen Schaffens die Auseinandersetzung mit dem Führungspersonal des Dritten Reiches. Seine 1971 veröffentlichte Hitler-Biographie steht auf einer Ebene mit Joachim Fests Standardwerk zu diesem Thema.

Maser holte Hitler vom Podest der Mythen herunter, zeigte ihn als reale Gestalt und machte ihn und das von ihm angeführte System als politisches Phänomen erklärbar. Nach dem Ende des Sowjetsystems fanden die Werke des vor einem Jahr verstorbenen Historikers zunehmend auch in den Ländern des ehemaligen Ostblocks Anerkennung.

### **Ernst Topitsch**

Der 1919 in Wien geborene Philosoph, Soziologe und Historiker Prof. Dr. Ernst Topitsch hat schon 1985 mit seinem Buch "Stalins Krieg - Moskaus Griff nach der Weltherrschaft" der These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands widersprochen und auf die aggressive Langzeitstrategie Stalins verwiesen.

Damals mußte der österreichische Gelehrte sich noch in erheblichem Maße auf Indizien und Mutmaßungen stützen, da osteuropäische Quellen gar nicht oder nur selektiv im Sinne der kommunistischen Machthaber zur Verfügung standen und im Westen schon seine Fragestellung als "revisionistisch" verpönt war. Um so eindrucksvoller - und auch erfreulicher - ist es, wie stark das heute zugängliche Archivmaterial seine damaligen mutigen Thesen untermauert. 2003 ist Ernst Topitsch im Alter von 84 Jahren verstorben.<<

Bei dem Referendum vom 12. Juni 2008 stimmten 53,4 % der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon.

Ungeachtet der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrages beschloß der Europäische Rat am 18./19. Juni 2008, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2008 (x887/...):

### **>>Überwindung des Unrechts**

Alfred M. de Zayas legt "50 Thesen zur Vertreibung" vor

Der Verfasser von "50 Thesen zur Vertreibung", Alfred M. de Zayas, ist amerikanischer Völkerrechtler (Harvard) und Historiker und seit zwei Jahrzehnten Mitglied des Kuratoriums "Internationales Forum für Menschenrechte e.V.". Er war hoher Uno-Beamter und Chef der Petitionsabteilung im Büro des Uno-Hochkommissars für Menschenrechte in Genf, bis er 2003 in den Ruhestand trat, um dann als Völkerrechtsprofessor am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf, an der Universität British Columbia (Vancouver), und an der Geneva School of Diplomacy weiterhin zu lehren.

De Zayas zweites Buch, die "Anmerkungen zur Vertreibung", enthielt bereits 22 "Thesen zur Vertreibung", die den Kern der hier besprochenen 50 Thesen bilden. Es handelt sich um 17 historische und 18 völkerrechtliche Thesen, die notwendigerweise gewisse Schlußfolgerungen nach sich ziehen.

Diesen Schlußfolgerungen kann man zustimmen, zum Beispiel der These 50: "Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige 'ethnische Säuberungen' zu verhindern. Eine gründlichere Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Vertreibung der Deutschen in ihrem gesamteuropäischen und menschenrechtlichen Kontext und sinnvolle, für alle Seiten tragbare Anstrengungen zur Überwindung der Unrechtsfolgen würden eine solche Prävention fördern. Die 'Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen' und das geplante 'Sichtbare Zeichen' in Berlin können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich strikt an der historischen Wahrheit und am Völkerrecht orientieren."

Kaum ein Wissenschaftler hat sich so lange und so interdisziplinär mit der Vertreibung beschäftigt. Da er Mitglied des Beirats der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" ist, dürfen

wir hoffen, daß er in die neue Forschungs- und Dokumentationsstelle in Berlin - das sogenannte "Sichtbare Zeichen" im Deutschlandhaus - berufen wird.

Nun ist de Zayas vor allem Menschenrechtler und betrachtet die Vertreibung der Deutschen nicht nur historisch, in ihren umfassenden Zusammenhängen (Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon, Ribbentrop-Molotow-Pakt, Generalplan Ost), sondern vor allem in ihrer menschenrechtlichen Dimension.

Dabei beruft er sich auf die Worte des ersten Uno-Hochkommissars für Menschenrechte, Dr. José Ayala Lasso (Ecuador), der 1995 in der Paulskirche zu Frankfurt/Main und 2005 in Berlin die deutschen Vertriebenen eindeutig als Opfer anerkannte und ermutigte. Allerdings bemerkt de Zayas die Anomalie, daß die deutschen Medien diese bedeutenden Worte Ayala Lassos weitgehend ignorierten, genauso wie die Medien die Worte der Anerkennung und der Caritas von Papst Johannes Paulus II. und von Benedikt XVI. zu den Vertriebenen schlichtweg außer acht lassen.

Die Thesen setzen sich vehement gegen die Bagatellisierung der Vertreibung, gegen Aufrechnungen, gegen Kollektivschuld, gegen die Täter-Opfer-Schablone ein. Sie lehnen die pietätlose Haltung einiger deutscher Historiker ab, die die Vertreibung durch die Verbrechen der Nazis erklären und sogar rechtfertigen wollen. Die Thesen sind aber kein "Plädoyer" für die Vertriebenen. Sie sind ein "Plädoyer" für die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte und für die Notwendigkeit, aller Opfer mit Ehrfurcht zu gedenken.

Als Historiker zeigt de Zayas, daß die deutsche Ostsiedlung weitestgehend friedlich vor sich ging, daß die meisten deutschen Bauern und Kaufleute in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Böhmen, Mähren usw. bereits im 12. und 13. Jahrhundert dorthin siedelten, meistens auf Einladung und nicht als Eroberer. Eigentlich läßt sich die populärwissenschaftliche Idee eines deutschen Dranges nach Ostens weniger belegen als ein slawischer Drang nach Westen. Immerhin sei der Zweite Weltkrieg nur der Anlaß, nicht aber die Ursache der Vertreibung gewesen.

De Zayas gehört nicht zu den Zeitgeist-Historikern, die sich dem politischen Wind anpassen. Er hat in den einschlägigen deutschen, amerikanischen, britischen, französischen, schweizerischen Archiven gründlich geforscht.

Er sprach mit mehreren Teilnehmern an der Potsdamer Konferenz, interviewte den politischen Berater von Eisenhower, Robert Murphy, der das Vorwort zu "Nemesis at Potsdam" schrieb. Er sprach mit dem Chef der Deutschlandabteilung im US State Department, James Riddelberger, mit George F. Kennan, mit dem Verfasser des Artikels XIII. des Potsdamer Communiqués (nicht Abkommen!), Sir Geoffrey Harrison, mit dem Verfasser des Artikels IX (über die Oder-Neiße Linie), Sir Dennis Allen, mit etlichen anderen Wissensträgern und vor allem mit den Opfern - den Vertriebenen.

Er hat neue Dokumente und Erkenntnisse zu Tage gefördert, die in den Thesen einen klaren, konkreten und konzentrierten Ausdruck finden.

Didaktisch sind die Thesen für den Geschichts- und Politikunterricht an Gymnasien hervorragend geeignet. Hoffen wir, daß die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen es auch so sehen.

Alfred de Zayas: "50 Thesen zur Vertreibung", ... London und München 2008 ...<<

Die "Badische Zeitung" berichtete am 27. Juni 2008: >>**Seit an Seit gegen die EU-Reform**

Nach CSU-Mann Gauweiler klagt jetzt auch die Linke in Karlsruhe gegen den Lissabon-Vertrag

Beim Verfassungsgericht laufen immer mehr Klagen gegen den Vertrag von Lissabon ein. Bekanntester Beschwerdeführer war bisher CSU-Querkopf Peter Gauweiler. Am Donnerstag zog nun auch die Linke im Bundestag nach und stellte in Berlin ihre Verfassungsklage vor.

"Ich bin wirklich Anhänger der europäischen Integration", sagte Fraktionschef Gregor Gysi.

Deshalb wolle er, "daß die große Mehrheit Ja zu Europa sagt". Zunächst aber geht die Fraktion gegen den Lissabon-Vertrag vor, mit dem sich die EU neue effizientere Strukturen geben will. Gerügt wird vor allem die angeblich mangelnde Demokratie in Europa.

Der Einfluß der Regierungen sei immer noch zu groß, die Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sei zu schwach. Mit dem Lissabon-Vertrag hat dieses alte Lamento wenig zu tun - im Gegenteil, bei der Reform bekämen sowohl das Europäische Parlament als auch der Bundestag mehr Befugnisse.

Gerügt wurde von Gysi und Kollegen auch, daß über europäische Militärmissionen die Regierungen im EU-Ministerrat entscheiden sollen. Damit werde das in Deutschland geltende Prinzip der "Parlamentsarmee" ausgehebelt. Doch auch damit dürften die Linken in Karlsruhe nicht durchkommen. Schließlich kann die Regierung ihre Zustimmung von einem Ja im Bundestag abhängig machen.

Beim Konservativen Gauweiler steht dagegen die deutsche Souveränität im Mittelpunkt der Klage. Er findet, daß durch die Zustimmung zum Reformvertrag "die souveräne Staatlichkeit" Deutschlands aufgegeben werden. Damit wird er wohl in Karlsruhe nicht durchdringen. Denn der Lissabon-Vertrag überträgt kaum neue Befugnisse auf die EU und verändert bei der EU-Rechtsetzung vor allem die Verfahren. Unterstützt wird Gauweiler übrigens vom Freiburger Rechtsprofessor Dietrich Murswiek. Bundespräsident Horst Köhler hat den Lissabon-Vertrag bisher nicht unterzeichnet. Vermutlich wird er warten, bis Karlsruhe entschieden hat. Solange ist Deutschland völkerrechtlich nicht gebunden.

Die Verfassungsrichter haben in den vergangenen Wochen mächtig Dampf gemacht. Schon Ende Juli sollen Bundesregierung und Bundestag ihre Stellungnahmen zu den Klagen abgeben. Man könnte meinen, die Richter wollen den Europapolitikern unbedingt noch Vorgaben für die nächsten Verhandlungen mit auf den Weg geben. Denn im Herbst wird auf einem EU-Gipfel entschieden, wie es nach der Niederlage bei der irischen Volksabstimmung mit dem Vertrag von Lissabon weitergeht.

Das Verfahren in Karlsruhe betreut der als EU-Skeptiker bekannte Verfassungsrichter Udo di Fabio. Denkbar ist aber auch, daß das Verfassungsgericht nur möglichst schnell die inzwischen neun eingereichten Klagen erledigen und ablehnen will - damit Köhler den Vertrag rasch ratifizieren und Deutschland dem EU-Projekt neuen Schwung geben kann.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. Juli 2008 (x887/...):

#### >>**Zehn Gebote der sozialistischen Moral**

Vor 50 Jahren erstellte die SED auf ihrem V. Parteitag ein atheistisches Pendant zu Moses Forderungskatalog

Mit sächselnder Fistelstimme verkündete SED-Generalsekretär Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag vom 10. bis 16. Juli 1958 die "Zehn Gebote der sozialistischen Moral" und erhielt dafür stürmischen, lang anhaltenden Beifall der Delegierten. Dem Generalsekretär schwebte eine sozialistisch-atheistische Kultur als Ersatz der bürgerlich geprägten, weithin schon säkularisierten christlich-abendländischen Kultur vor Augen. Eines der Kernstücke dieser neuen Kultur sollte eine dem marxistisch-leninistischen Menschen- und Weltbild verpflichtete Moral sein.

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung ist Moral Ausdruck von Klasseninteressen. Demzufolge hatten die traditionellen sittlichen Auffassungen der deutschen Gesellschaft die Funktion, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung zu ermöglichen und zu erhalten.

Der Klassenkämpfer Lenin hatte daraus die Folgerung gezogen: "Alles, was notwendig ist, um die alte Gesellschaftsordnung der Ausbeutung zu vernichten und die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen, ist moralisch."

Ulbricht und die SED hatten dementsprechend eine auf den Klassenkampf bezogene Auffassung von Sittlichkeit: "Nur der handelt sittlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus

einsetzt."

Karikaturisten des 19. Jahrhunderts stellten gelegentlich Karl Marx als einen neuen Moses (mit den Gesetzestafeln des Klassenkampfes) dar. In der Rolle eines neuen Moses sah sich wohl auch Walter Ulbricht, als er, deutlich auf die Zehn Gebote anspielend, die neue Moral in zehn Punkten darlegte.

Zwar jubelten ihm die eingefleischten kommunistischen Delegierten zu. Aber wer draußen im Lande die Rundfunkübertragung hörte und nicht zu den 100prozentig überzeugten Genossen gehörte, konnte nur schwerlich von der Jubelstimmung erfaßt werden. Zum einen war da die negative Ausstrahlung Ulbrichts, der wegen seines Auftretens, seines Aussehens und seiner Stimme immer etwas von einer politischen Witzfigur an sich hatte, zu der die erhabenen klingenden neuen Gebote nicht so recht passen wollten. Zum anderen war da die Diskrepanz zwischen den moralischen Postulaten und der oft erbärmlichen Wirklichkeit von Lebensführung und Politik der politischen Kaste der DDR.

Ulbrichts Zehn Gebote waren entsprechend der SED-Ideologie stark politisiert. Der echte Sozialist (Kommunist) soll aus proletarischer Vaterlandsliebe und gemäß der internationalen Solidarität (zu den sozialistischen Ländern und den nationalen, kommunistisch inspirierten Befreiungsbewegungen) handeln (Gebot 1, 2, 10). Er soll uneigennützig, diszipliniert, leistungsorientiert gute Taten für den Aufbau des Sozialismus erbringen (Gebot 2, 4, 5), wobei insbesondere das Volkseigentum zu schützen und zu mehren ist.

War früher die Zerstörung der bürgerlichen Familie ein Kampfziel der Kommunisten, so ist die Familie im Aufbau des Sozialismus ein schützenswertes Gut: "Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen." (Gebot 8). Und: "Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten."

Diese "Normen der sozialistischen Moral und Ethik" spiegeln, so deutete die SED-Exegese es aus, die "neuen Beziehungen zwischen den Menschen sowohl in der Produktion als auch im gesamten gesellschaftlichen Leben". Die neuen Zehn Gebote seien dem, was die christlichen Kirchen verkündeten, klar überlegen. Die kirchlichen Zehn Gebote seien dazu geschaffen, Sklavenhalter und Feudalherren, Kapitalisten und Imperialisten zu unterstützen, und hätten zu erbarmungsloser Ausbeutung, Unterjochung, Ausplünderung geführt. Die Gebote der sozialistischen Moral aber würden die Menschen glücklich und frei machen.

Mit dieser Polemik verstieß die SED gegen die eigenen Grundsätze für die Kirchenpolitik, die das Politbüro im März 1954 formuliert hatte. Danach sollten die dem Christentum noch nicht entfremdeten Bürger nicht in ihren religiösen Gefühlen verletzt werden. Die entscheidende Passage lautete damals:

"Unter den Anhängern aller Religionsgemeinschaften muß eine feste Massenbasis für den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens, gegen die amerikanische und Bonner Kriegspolitik, für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, für die aktive Teilnahme an der friedlichen Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik und für die Stärkung der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern, vor allem den Völkern der Sowjetunion, geschaffen werden. Dieser Kampf entspricht den Interessen der christlichen Menschen. Er muß so geführt werden, daß er in keiner Weise die religiösen Gefühle und Empfindungen dieser Menschen verletzt."

Aus solchen taktischen Überlegungen hatte man in der DDR darauf verzichtet, die primitiv-aggressiven Formen kommunistischer Gottlosenpropaganda aus der Zeit der Weimarer Republik wieder aufleben zu lassen - Propaganda etwa folgender Machart:

"Beten, Singen, Weihrauchdünste, / Frommer Zauber, heil'ge Lehren! / Alles eitel Priesterkünste, / Die Proleten zu betören! / Raus, Prolet, heraus / Aus dem Gotteshaus! / Schmeißt die Pfaffen raus! / Raus, Prolet, heraus! ..."

Aber die religiösen Gefühle von Christen wurden verletzt, wenn im Jahr der Verkündigung der neuen Moral (die keinerlei Rückbindung an Gott kannte) die SED- Broschüren in Massenaufgabe verbreiten ließ wie etwa "Der Sputnik und der liebe Gott". Darin wurde dargelegt, bei den Flügen in den Weltraum seien keinerlei Anzeichen für die Existenz des lieben Gottes gefunden worden. Alle Bildungsinstitutionen und die SED-gesteuerten Massenmedien atmeten diesen Geist des Atheismus. Christen mußten sich da wie Deppen und Hinterwäldler vornehmen.

Anhänger der neuen Moral konnten nun bei Schandtaten des SED-Regimes ein gutes Gewissen haben, dienten sie doch dem Aufbau des Sozialismus. Christen hingegen sahen sich beispielsweise bei der Haßpropaganda gegen den Westen im Konflikt mit dem christlichen Gebot der Nächstenliebe.

Letztlich erreichte die SED nicht ihr Ziel, die DDR-Bevölkerung mit Hilfe der neuen Zehn Gebote zu einem Verhalten zu erziehen, das sich völlig am Kollektiv orientierte. Die Niedergangsphase und der Untergang des DDR-Systems machten dies überdeutlich.

### **Die zehn Gebote**

- (1) Du sollst dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.
- (2) Du sollst dein Vaterland lieben und stets bereit sein, deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht einzusetzen.
- (3) Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.
- (4) Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.
- (5) Du sollst beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.
- (6) Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.
- (7) Du sollst stets nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.
- (8) Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.
- (9) Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten.
- (10) Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.<<

**26.07.2008**

Israel: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 26. Juli 2008 über die israelische Staatsgründung: >>Churchill - ein Zionist?

*Von Benny Morris*

Winston Churchill galt unter seinen konservativen Parteifreunden als Förderer der israelischen Staatsgründung und Freund der Juden. Doch neue britische Studien belegen: So einfach und schlicht war die Haltung des Premierministers nicht.

Winston Churchill, der große britische Staatsmann, ist als lebenslanger Freund der Juden, des Zionismus und Israels in die zionistische Geschichtsschreibung eingegangen. Doch die Geschichte ist komplizierter. Gleich zwei Bücher - Michael Makovskys "Churchill's Promised Land" (Yale University Press) und Martin Gilberts "Churchill and the Jews" ("A Lifelong Friendship", Holt Paperbacks, ab Sept. im Handel) - haben die historische Rolle Großbritanniens in Palästina/Israel und die schwierige Frage nach dem Verhalten der Großmächte im Holocaust zuletzt in ein neues Licht gestellt.

Was die Juden angeht: Churchill, der den Zionismus eine "noble Vision" nannte, gehörte zum Zirkel jener britischen Politiker, die die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 durchsetzten und Großbritannien so darauf verpflichteten, die Errichtung einer jüdischen "Heim-

statt" in Palästina zu unterstützen. Diese Politiker, darunter Premierminister David Lloyd George und Außenminister Arthur James Balfour, waren der Überzeugung, die westliche Zivilisation verdanke den Juden viel: den Monotheismus und die Bibel.

In gewissem Maß war ihnen auch bewußt, wie viel Juden zum ethischen und intellektuellen Fortschritt der Menschheit in der Neuzeit beigetragen hatten. Sie alle waren der Überzeugung, die Christenheit habe die Juden Jahrhunderte lang schlecht behandelt, und sie alle waren, in gewissem Maß, als "Restaurationisten" davon überzeugt, daß die Christenheit Wiedergutmachung leisten sollte, indem sie den Juden helfe, ins Land Israel zurückzukehren. Zudem glaubten einige von ihnen, eine solche Restauration würde der Ankunft des Messias und der Erlösung vorausgehen.

Bis hin zum Zweiten Weltkrieg jedoch waren in der britischen Oberschicht antisemitische Vorurteile weit verbreitet, manche ihrer Mitglieder waren gar unverhohlene Antisemiten. Herbert Asquith, von 1908 bis 1916 britischer Premier, beschrieb die Juden als "verstreuten und unattraktiven Stamm"; von Anthony Eden (erst Außen-, dann Premierminister) hieß es, er liebe die Araber und hasse die Juden.

Von antisemitischen Vorurteilen berührt waren die meisten, unter ihnen auch Churchill. So neigte man der Vorstellung zu, daß "die Juden" mächtige Akteure auf der internationalen Szene und - eigentlich ein Paradox - (als Kapitalisten) entweder zu reich und ausbeuterisch oder (als Kommunisten) zu radikal und subversiv wären. Churchill war lebenslang anfällig dafür, den politischen Einfluß der Juden in Washington oder dem Moskau der Jahre 1917-1925 zu übertreiben. Eine zeitlang identifizierte er sogar den "Bolschewismus" mit den Juden.

Doch es reichte noch tiefer. 1937 schrieb Churchill vor dem Hintergrund des Antisemitismus der Nazis einen pro-jüdischen Artikel, der nie veröffentlicht wurde. Er enthielt folgende Passage: "Es wäre leicht, (den Antisemitismus) der Schlechtigkeit der Verfolger zuzuschreiben, doch das stimmt nicht mit allen Tatsachen überein ...(denen) man ins Auge sehen muß ...

Darüber sollten insbesondere die Juden selbst nachdenken. Denn es mag sein, daß sie, unabsichtlich, zur Verfolgung einladen - daß sie teils selbst verantwortlich gewesen sind für die Feindseligkeit, unter der sie nun leiden."

Zugleich unterhielt Churchill, so wie sein Vater Randolph vor ihm, enge persönliche und bedeutende geschäftliche Beziehungen zu Juden (darunter einige Rothschilds und dem Bankier Sir Ernst Cassel).

In seiner Jugend tadelte er seine Mutter für eine antisemitische Bemerkung und immer wieder einmal beklagte er, was er als den Antisemitismus seiner Kabinettskollegen und des britischen Beamtentums begriff. So beschimpfte er Ernst Bevin, den antizionistischen britischen Außenminister (1945-1951), als Antisemiten. Oft machten seine konservativen Parteifreunde Churchill zum "Vorwurf", die Juden zu "mögen" und mit dem Zionismus zu sympathisieren. (General Edward Louis Spears, im Zweiten Weltkrieg Churchills Statthalter in der Levante, behauptete, Churchill sei "zu angetan von den Juden".)

Nichtsdestoweniger bleibt Winston Churchills Bilanz - in der Praxis - zwiespältig. Es stimmt, in der politischen Wildnis der Dreißigerjahre war er es, der vor Adolf Hitler und den Nationalsozialisten warnte und die Verfolgung der Juden anprangerte. Und in den 1940ern war er es, der für eine Verurteilung des Völkermords an den Juden durch die Alliierten sorgte. Doch wie Roosevelt tat auch er nichts, um die alliierten Kriegsflugzeuge umzulenken und die Todeslager oder die Bahnstrecken, die zu ihnen führten, zu bombardieren.

Darüber hinaus trug er nur zögerlich zur Gründung einer "Jewish Brigade Group" innerhalb der britischen Armee bei, die 1945 unter jüdischer Flagge in Italien gegen die Deutschen kämpfte. Während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität (1939-40) und als Premierminister (1940-45), wobei er zugleich das Amt des Verteidigungsministers versah, hielt die Royal Navy am Weißbuch von 1939 fest, blockierte Palästinas Küsten und verhinderte die

Einreise "illegaler" jüdischer Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Europa. Churchills Palästina-Politik erweist sich bei genauerer Betrachtung ebenfalls als unentschieden. 1921-22, damals war er Kolonialminister, trennte er trotz zionistischer Proteste Transjordan vom Mandatsgebiet und reduzierte damit die mögliche "Heimstatt" um 75 Prozent. In seinem "Weißbuch" von 1922 führte Churchill das Kriterium wirtschaftlicher "Absorptionsfähigkeit" ein, um zu entscheiden, wie viele jüdische Immigranten nach Palästina dürften - eine Meßlatte, die von Whitehall später instrumentalisiert wurde, um die Einwanderung zu begrenzen und die arabische Mehrheit im Land zu sichern. In den Dreißigerjahren und Mitte der Vierzigerjahre wurde die Einwanderungsbegrenzung von Churchill wiederholt unterstützt. Auch was den arabisch-zionistischen Konflikt betrifft, war Churchill unentschieden. Gegen den Islam und "die Araber" hatte er lebenslang eine Aversion. Über den Islam schrieb er einmal: "Wie gräßlich die Flüche, die der Mohammedismus seinen Anhänger auferlegt! Neben der fanatischen Ekstase ... gibt es diese schreckliche fatalistische Apathie ... unwirtschaftliche Gebräuche, schludriger Ackerbau, träge Handelsmethoden ... Die Religion lähmt die soziale Entwicklung ihrer Anhänger. In der Welt gibt es keine rückschrittliche Kraft, die stärker wäre."

Die Araber nannte Churchill wechselweise "einfältige Wilde" oder "minderwertig und grausam". Und, politisch gesehen: Im Ersten Weltkrieg hatten die Araber die Osmanen gegen die Briten unterstützt; 1936-39 hatten sie in Palästina und 1941 im Irak gegen Großbritannien rebelliert; im Zweiten Weltkrieg hatten sie überwiegend die Achsenmächte unterstützt.

Dennoch hatte Churchill 1937 die Empfehlungen der Peel-Kommission zurückgewiesen, zu denen auch die sofortige Schaffung eines jüdischen Staates gehörte (wenn auch nur auf 20 Prozent der Fläche Palästinas). Und als er sich 1943-44 endlich durchgerungen hatte, die Teilung gutzuheißen, unterstützte er den Vorschlag, den Juden 15 Prozent von Palästina zu geben. So oder so aber gelang es Churchill nicht, diesen Vorschlag im Kriegskabinettt durchzusetzen; der Plan starb einen stillen Tod, noch bevor Churchill nach den Labor-Sieg vom Juli 1945 aus dem Amt schied.

In der entscheidenden Phase der Jahre 1945-48 dann versagte Churchill, nun Oppositionsführer, völlig, wenn es darum ging, sich für den Zionismus einzusetzen. Der anti-britische jüdische Terrorismus von rechts, der im November 1944 seinen Freund Lord Moyne, den britischen Nahost-Minister, in den Tod riß, mag Churchill abgestoßen haben. Doch war er auch vom Wunsch getrieben, weder seine (überwiegend antizionistischen) konservativen Parteifreunde noch die Araber gegen sich aufzubringen, die er im aufkeimenden Kalten Krieg für wichtige Verbündete hielt.

Weder begrüßte er im November 1947 die historische Teilungs-Resolution der UN-Vollversammlung noch begrüßte er die Schaffung eines jüdischen Staates noch verurteilte er im Mai 1948 den pan-arabischen Angriff auf Israel. Erst im Dezember 1948/Januar 1949 fand er seine pro-zionistische Stimme wieder.

Doch einmal mehr klaffte eine riesige Lücke zwischen seinen Worten und seinen Taten. Von 1951 bis 1955 erneut Premier, mißlang es ihm, die unterkühlten britisch-israelischen Beziehungen zu verbessern. Nach Grenzzusammenstößen ergriff Whitehall ausnahmslos für die arabische Seite Partei; verkaufte Israel nicht die Waffen, die es brauchte; und versuchte, Israel dazu zu zwingen, große Teile seines Territoriums gegen einen Nichtangriffsabkommen mit den Arabern zu tauschen ("Plan Alpha"). Wie schon 1940-45 beugte sich Churchill, nun alt und krank, sowohl den Mandarinen von Whitehall als auch den konservativen Parteifreunden als auch den vermeintlichen Erfordernissen einer globalen Realpolitik.

Trotz alledem die beiden Bücher zum Thema - und das von Makovsky ist das bessere - zeigen, daß Churchill im Herzen Philosemit und überzeugter Zionist war. Oft zitierte er Benjamin Disraelis Ausspruch: "Der Herr behandelt die Nationen, wie die Nationen die Juden be-

handeln."

Er hielt die Juden für eine "bemerkenswerte" Rasse (wie die meisten Engländer des Fin de siècle dachte er in Begriffen der Rasse!), er war von ihrem historischen Anrecht auf das Land Israel überzeugt; er glaubte, daß ihre Entwicklung des Landes dieses Recht erneuere und daß die Juden ein "zivilisierender" Faktor in dieser barbarischen Region seien (so ähnlich wie die Briten weltweit). Churchills Zionismus aber war, in den Worten Makovskys, obschon real, stets der Realpolitik und britischen Interessen "untergeordnet und überwiegend sentimental."<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 29. Juli 2008 über den US-Unternehmer Henry Ford:

### >>**Henry Ford und die Nazis - Der Diktator von Detroit**

**Unternehmer, Wohltäter - und Hitlers Vorbild:** Der amerikanische Autofabrikant Henry Ford revolutionierte nicht nur die Fließbandproduktion, mit seinen antijüdischen Thesen inspirierte er auch den deutschen Diktator - und erhielt dafür 1938 eine besondere Auszeichnung der Nazis. ...

Gute Beziehungen zu Deutschland pflegte Henry Ford schon seit den zwanziger und dreißiger Jahren, als seine Firma mit General Motors um den lukrativen deutschen Markt konkurrierte. Hitler selbst bewunderte die amerikanische Art der Massenproduktion, und besonders bewunderte er Henry Ford, der ihm mit seinen antisemitischen Schriften eine Inspiration war, wie er 1931 einem Reporter aus Detroit erzählte. Der spätere Reichskanzler hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Porträt des Fabrikanten neben seinen Schreibtisch gehängt.

#### **Antisemitische Thesen**

Henry Ford lenkte die Ford Motor Company von Anfang an wie ein Diktator. Es war wohl dieser Führungsstil, der 1928 die "New York Times" veranlasste, ihn als "Mussolini of Highland Park" zu bezeichnen. So war Ford vielleicht ein Wohltäter - aber mit eigenem Überwachungsstaat.

Ford gebar sich indes nicht nur wie ein Diktator, wie Hitler war auch er ein überzeugter Antisemit. Ausdruck dessen: der "Dearborn Independent", eine Zeitung, die Ford von 1919 bis 1927 herausgab. In seinen Artikeln unterstellte der Autor "den Juden" beispielsweise Faulheit und Raffgier: "Mehr als jede andere Rasse zeigt er (der Jude - Anm. d. Red.) eine ausgeprägte Abneigung gegen körperliche gewerbliche Arbeit, gleicht dies durch seine ebenso entschiedene Eignung zum Handel aus." Mehrere gerichtliche Klagen gegen solche Inhalte zwangen Ford schließlich, die Zeitung einzustellen.

1920 veröffentlichte Ford mit seinem Buch "The International Jew: The World's Problem" eine Sammlung antisemitischer Pamphlete, die zuvor im "Dearborn Independent" erschienen waren. Die These des Buchs lautete, das "Weltjudentum" habe sich zusammengeschlossen, um mit Hilfe seiner Macht im Wirtschaftssektor die Weltherrschaft zu erlangen.

Hitler hatte das Buch bereits in den zwanziger Jahren gelesen und bezeichnete es als große Inspiration. Die 1921 erschienene deutsche Übersetzung war später in NSDAP-Kreisen äußerst beliebt. Im gleichen Jahr finanzierte Ford auch die Übersetzung und Veröffentlichung der "Protokolle der Weisen von Zion" in den USA. Die Sammlung fiktiver Protokolle, die eine Weltverschwörung des "internationalen Judentums" beweisen sollten, ist die wahrscheinlich erste weitverbreitete Verschwörungstheorie. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 (x887/...): >>"50 Thesen zur Vertreibung"

Interview der Preußischen Allgemeinen Zeitung mit Prof. Dr. Alfred de Zayas über sein neuestes Buch

**PAZ:** Was bezwecken Sie mit diesen Thesen?

**Alfred de Zayas:** Erstens habe ich darin das Wesentliche aus meinen Büchern "Die Nemesis von Potsdam", "Die deutschen Vertriebenen" und "Heimatrecht ist Menschenrecht" kurz und

prägnant zusammengefaßt. Damit sind die Thesen für den Geschichts- und Politikunterricht besonders geeignet. Zweitens möchte ich zur Diskussion über das geplante Dokumentations- und Forschungszentrum über Vertreibungen beitragen.

*PAZ: Was halten Sie von diesem "sichtbaren Zeichen" in Berlin?*

**De Zayas:** Ich bin dafür. Allerdings muß man darauf achten, daß diese Einrichtung unabhängig ist und bleibt, und daß sie wissenschaftlich und nicht politisch arbeitet. Außerdem finde ich diese Wort-Schöpfung "sichtbares Zeichen" sehr merkwürdig - falls das denn der endgültige Name sein sollte. Man sollte einen Namen wählen, der nüchtern die Aufgabe dieser Einrichtung beschreibt, etwa: Forschungs- und Dokumentationsstelle über Vertreibungen. Man muß die Dinge beim Namen nennen. Im Mittelpunkt muß der Mensch stehen - nicht Politik oder Ideologie.

*PAZ: Geht das ohne Beteiligung der Betroffenen?*

**De Zayas:** Natürlich nicht! Es liegt auf der Hand, daß die Opfer und ihre wichtigste Organisation, der Bund der Vertriebenen, dabei sein müssen. Es wäre doch undenkbar, etwa eine Gedenkstätte für die Opfer der ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien zu schaffen, ohne die Opfer intensiv mit einzubeziehen.

*PAZ: Ihr neues Buch "50 Thesen zur Vertreibung" wurde in weniger als zehn Wochen ohne Werbung über 3.200mal verkauft. Wie erklären Sie sich diesen Erfolg?*

**De Zayas:** Die Resonanz der Leser ist in der Tat überaus positiv, offenbar hat die Veröffentlichung eine Bedarfslücke getroffen. Es gibt kaum Bücher, die so klar und knapp über die Vertreibung informieren. Dazu kommen der aktuelle Anlaß der Debatte um das Zentrum in Berlin und nicht zuletzt ein sehr clever agierender, junger Verlag.

*PAZ: Sie zitieren in den 50 Thesen recht ausführlich den ersten Uno-Hochkommissar für Menschenrechte José Ayala Lasso. Warum?*

**De Zayas:** Dr. Ayala Lasso aus Ecuador ist ein Mensch, der sich ohne jede Diskriminierung für alle Opfer von Menschenrechtsverletzungen einsetzt. Es war bedeutend, daß er die deutschen Vertriebenen als Opfer anerkannte und ihnen 1995 als amtierender Uno-Hochkommissar ein Grußwort schickte. Zehn Jahre später kam er persönlich nach Berlin und sprach vor 6.000 Vertriebenen auf dem Tag der Heimat anläßlich "60 Jahre Vertreibung". Er hat sich für das Recht auf die Heimat unterschiedslos aller Flüchtlinge und Vertriebenen eingesetzt - auch der deutschen.

*PAZ: Die deutschen Medien haben über beide Vorgänge kaum berichtet.*

**De Zayas:** In der Tat, und ich halte das für ein unverständliches Versagen. Es kann ja nicht unwichtig sein, wenn sich der amtierende Uno-Hochkommissar in dieser Weise für die Anliegen und auch für die Ehre von Millionen Deutschen einsetzt und exponiert. Es sagt einiges aus über die geistig-moralische Situation in Deutschland.

*PAZ: Ihre Bücher sind auch schon kritisiert worden.*

**De Zayas:** Natürlich, aber kein Kritiker hat bisher behauptet, daß meine Quellen nicht stimmten oder meine wissenschaftliche Methodik falsch wäre. Der Dissens liegt anderswo: Manche haben einfach ein Problem mit meiner Prämisse, daß das allgemeine Völkerrecht immer und für alle gilt - also auch zwischen 1945 und 1948 für die Deutschen - und mit den Schlußfolgerungen, zu denen diese Prämisse unvermeidlich führt.

Mehrere der vielen exzellenten Rezensionen, die meine Bücher bekommen haben, sind erst in den letzten zwei oder drei Jahren geschrieben worden. In den 70er und 80er Jahren wurden meine Bücher noch im "Spiegel", in der "Süddeutschen Zeitung" und im WDR glänzend besprochen, ja geradezu gefeiert - wenn das heute anders ist, dann deswegen, weil diese Medien sich geändert haben, meine Position ist die gleiche geblieben.

*PAZ: Was ist an Ihren Büchern besonders?*

**De Zayas:** Ich behandle die Thematik der Vertreibung der Deutschen als Völkerrechtler und

Historiker interdisziplinär. Dabei stelle ich die historischen Fakten in einen größeren historischen Kontext und beurteile sie nach völkerrechtlichen Normen und Prinzipien. Das haben andere Wissenschaftler bisher nicht getan. Entweder haben wir es mit Historikern zu tun, die oft wenig vom Völkerrecht verstehen, oder mit Völkerrechtlern, die die Historie nur unvollständig kennen. Außerdem habe ich Hunderte Vertriebene persönlich interviewt, um mir ein eigenes Bild zu verschaffen,

*PAZ: Das Leiden der von Nazi-Deutschland besetzten Länder nimmt in Ihren Veröffentlichungen heute einen breiteren Raum ein als früher, dennoch werden Ihre Arbeiten und auch Sie als Person von linken Medien heute kritischer gesehen ...*

**De Zayas:** Ja, und ich nehme es entsprechend zur Kenntnis. Es gibt in Deutschland inzwischen viele, die ein Buch über Flucht und Vertreibung erst dann positiv aufnehmen würden, wenn es mit dem Satz beginnt, daß die Nazi-Verbrechen die Vertreibung quasi rechtfertigen, und wenn es damit schließt, daß jede Wiedergutmachung für die Vertriebenen ausgeschlossen sein muß. Genau diese politisch-ideologische Linie werden Sie bei mir niemals finden, weil das Völkerrecht es eben anders will.

*PAZ: Was halten Sie von der sogenannten Opfer-Täter-Schablone?*

**De Zayas:** Die ist wissenschaftlich völlig unhaltbar und verletzt fundamentale menschenrechtliche Prinzipien. Schuld ist immer individuell, nie kollektiv. Die Nazis haben das anders gesehen und auch Stalin, der ganze Völker wegen angeblicher Kollaboration deportiert hat. Es ist schon bedrückend, daß solche Kategorien jetzt in der deutschen öffentlichen Diskussion mit umgekehrten Vorzeichen wieder auftauchen. Der Gedanke an die Kollektivschuld muß aus menschenrechtlichen Gründen endgültig abgelehnt werden.

*PAZ: Hitler war aber zweifelsohne der Hauptschuldige.*

**De Zayas:** Am Zweiten Weltkrieg ja, aber nicht an der Vertreibung. Um ihm auch noch die Schuld an diesem Verbrechen anlasten und jede Wiedergutmachung ablehnen zu können, spricht man dann vom "kausalen Nexus" zwischen beiden Ereignissen. Ein kleines Gedankenexperiment zeigt schon, wie heikel das ist: Sicher wäre die Vertreibung ohne Hitler und den Zweiten Weltkrieg nicht möglich gewesen. Aber Hitlers Machtergreifung wäre ihrerseits ohne das Unrecht der Verträge von Versailles und St. Germain von 1919 völlig undenkbar gewesen.

So öffnet dieses Argument Tür und Tor dafür, je nach dem willkürlich gewählten Ausgangspunkt jedes Unrecht auf der Welt zu exkulpieren. Ein etwas makabres Wort für diesen Umgang mit Wahrheit und Recht heißt "Geschichtspolitik". Aber das Völkerrecht funktioniert anders: Es gibt Dinge, die sind absolut verboten und zudem unverjährbar. Geschehen sie trotzdem, müssen sie wieder gutgemacht werden - egal welche Nationalität Täter und Opfer haben.

*PAZ: Welche der 50 Thesen ist für Sie am wichtigsten?*

**De Zayas:** Vielleicht die letzte: "Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige 'ethnische Säuberungen' zu verhindern. Eine gründlichere Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Vertreibung der Deutschen in ihrem gesamteuropäischen und menschenrechtlichen Kontext und sinnvolle, für alle Seiten tragbare Anstrengungen zur Überwindung der Unrechtsfolgen würden eine solche Prävention fördern. Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und das geplante 'sichtbare Zeichen' in Berlin können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich strikt an der historischen Wahrheit und am Völkerrecht orientieren."

Alfred de Zayas: "50 Thesen zur Vertreibung", ... London/Hamburg 2008 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 (x887/...): >>>Klassiker aktualisiert

Opferzahlen und mehr

Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristi-

scher Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen dokumentiert ("Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Aufl. 2007) und den "Kult mit der Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.

"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor.

Der Autor berichtete im einzelnen von den verschiedenen Opferkategorien und wägt divergierende Zahlenangaben seiner Quellen sorgfältig ab, wobei er große Über- und Untertreibungen besonders anspricht. Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.

Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.

Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer.

Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger Unwissenheit entschuldigen läßt.

Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.

Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen.

Heinz Nawratil: "Die deutschen Nachkriegsverluste - Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs", ... Graz 2008 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Oktober 2008 (x887/...): >>"Völkerrecht à la carte"

Straßburger Menschenrechtsgerichtshof weist Beschwerde von Vertriebenen zurück

Der Menschenrechtsgerichtshof hat die Klage von 23 Vertriebenen aus dem Gebiet des heutigen Polen abgewiesen. Deutschen Zeitungen war die Entscheidung des Rechtsstreits "Preußische Treuhänder vs. Polen" nur kurze Meldungen wert. Polnische Medien verglichen das Urteil hingegen mit dem Sieg Polens über die Kreuzritter in der Schlacht bei Tannenberg (Grunwald) im Jahre 1410.

Auch 19 Jahre nach dem Ende des Kommunismus scheinen Polen und Deutsche in unterschiedlichen Welten zu leben. Ein von Deutschen angestregtes Gerichtsverfahren, das den östlichen Nachbarn jahrelang in Atem gehalten hat und potentiell über 12 Millionen Deutsche betrifft, ist den meisten deutschen Medien kaum der Erwähnung wert. Selbst das Urteil, das Ende vergangener Woche in Polen zu einem Ausbruch nationaler Emotionen führte, ist ihnen kaum eine Meldung wert, sowenig wie das Echo in Polen selbst.

"Viele Politiker und Medien haben die Straßburger Entscheidung wie nach der Schlacht bei Grunwald als einen historischen Sieg gegen Deutschland gefeiert. Schlimme Schlagzeilen ent-

standen, die wir hier nicht auch noch publizieren wollen", berichtet der in Posen erscheinende Internet-Dienst "PolskaWeb" in seinem deutschsprachigen Angebot.

Die Fakten: 23 Kläger, vereint in der "Preußischen Treuhand" unter Leitung von Rudi Pawelka, dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, hatten nach langer Vorbereitung im November 2006 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eine Eingabe eingereicht, die die Republik Polen zur Wiedergutmachung insbesondere der Enteignungen verpflichten sollte. Diese Eingabe hat der siebenköpfige Senat nun "ratione temporis" (aus Zeitgründen) als unzulässig abgewiesen. Das Gericht nimmt in dem 21-seitigen Urteil zur ursprünglichen Enteignung oder zur Vertreibung nicht Stellung, sondern argumentiert überwiegend formal, daß diese Vorgänge vor dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahre 1950 (in Polen erst 1994) geschehen seien.

Allerdings haben die Kläger geltend gemacht, daß ihre Enteignung im Zuge eines unverjährbaren Verbrechens gegen die Menschlichkeit geschehen sei und schon deswegen ein andauerndes Unrecht (Dauerdelikt) darstelle, das auch heute noch Wiedergutmachung verlange. Dieses Argument war für das Gericht nicht ganz leicht zu widerlegen, zumal der offenbar ähnlich gelagerte Präzedenzfall einer aus Nordzypem vertriebenen Griechin vorliegt. Hier hat das Straßburger Gericht die Türkei zu Rückgabe bzw. Entschädigung nach dem Eigentumsentzug im Jahre 1974 verpflichtet.

Und so hat das Gericht es doch nicht bei dem bloßen Terminhinweis "die Enteignungen geschahen vor 1950" belassen können, sondern sich auf mehreren Seiten mit den damaligen Vorgängen rechtlicher und tatsächlicher Art befassen müssen. Genau hier ist das Urteil in etlichen Punkten fragwürdig. So wird - um nur ein Beispiel zu nennen - die Abschlusserklärung der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 als "Potsdamer Abkommen" bezeichnet und wie ein völkerrechtlicher Vertrag bewertet.

"Das Straßburger Gericht hätte ohne weiteres zugunsten der Beschwerdeführer entscheiden können", bedauert der US-amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas den Richterspruch. "Wie so oft hat der Gerichtshof aber politisch geurteilt." Das sei "Völkerrecht à la carte. Das Völkerrecht nimmt mit jedem Urteil Schaden, in dem die Opfer eines derartigen Verbrechens leer ausgehen", bedauert der langjährige UNO-Jurist. "Eine mögliche Konsequenz wäre, daß die Treuhand nun mit in den USA lebenden Vertriebenen eine Sammelklage nach US-Recht anstrengt", erläutert de Zayas.

Es sei bezeichnend, daß mit der Straßburger Entscheidung auch das Recht einer jüdischen Alteigentümerin (Irene Zieboldt aus Breslau) unter die Räder gekommen sei. Dies belege aber nur die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Für unerträglich hält de Zayas den Hinweis des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, den er mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier vor der Presse gab: "Das ist das Ende (gemeint: der Treuhand-Klage) auf das wir zusammen seit dem Jahr 2004 hingewirkt haben."

De Zayas: "Es muß geprüft werden, ob diese Aussage zutrifft und wenn ja, mit welchen Methoden hier zwei Regierungen auf ein zur Unabhängigkeit verpflichtetes Gericht Einfluß genommen haben", erinnert er an das Prinzip der Gewaltenteilung.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 31. Oktober 2008: >>... **Gruselstimmung Halloween - Heidnischer Brauch oder Heidenspaß?**

An Halloween scheiden sich die Geister: Für die einen ist es ein zweiter Karneval, für die anderen ist es bloß ein "heidnischer Kult". Vor allem die Kirchen versuchen, ein Gegengewicht zur allgemeinen Gruselstimmung zu schaffen. Denn Halloween fällt auch auf einen hohen wichtigen Feiertag.

Freitagnacht wird es wieder schaurig schön: Kürbis-Fratzen, menschliche Fledermäuse mit blutunterlaufenen Augen und Vampirzähnen. Am Vorabend des Allerheiligen-Festes ist Halloween angesagt. Glaubt man wissenschaftlichen Studien, betreiben die Deutschen dieses Fest

mit besonderer Freude am Gruseligen. Während in den USA auch freundliche Tierkostüme wie Kuh- oder Äffchenverkleidungen üblich seien, würden in der Bundesrepublik fast nur Horrorszene mit Monstern und Schreckensgestalten inszeniert, hat die Universität Dortmund vor wenigen Jahren festgestellt.

Heidnischer Brauch oder Heidenspaß? Was für die einen ein schöner Anlaß ist, sich zu Beginn der dunklen Jahreszeit zu verkleiden und ausgelassen eine andere Form von Karneval zu feiern, ist für andere eine Attacke auf die kirchlichen Feiertage des Reformationstags und des Allerheiligenfestes.

Den meisten Deutschen allerdings, das ergab eine in dieser Woche veröffentlichte Umfrage, ist Halloween schlicht und einfach egal. 60 Prozent interessieren sich nicht für das Fest der Kürbisse und Monster, ergab eine Umfrage des Internetportals "immowelt.de".

Glaut man dem Freiburger Volkskundler Werner Mezger, so ist der Halloween-Brauch sogar schon wieder auf dem Rückzug, auch wenn er weiterhin von Geschäftsleuten, Medien und Kindern dankbar aufgegriffen wird. Für den Kulturwissenschaftler ist das aus den USA importierte Halloween kein fest eingewurzelter Brauch im herkömmlichen Sinn. "Halloween hat Event-Charakter. Ein Brauch dagegen wächst, steuert sich selbst und entsteht an der Basis", analysiert er.

Diese Einschätzung hält allerdings die Kirchen nicht davon ab, alle Jahre wieder vor einer oberflächlichen Spaßkultur zu warnen und die kirchlichen Feiertage nicht den Gruselpartys zu überlassen. Der Augsburger katholische Bischof Walter Mixa verurteilte Halloween als "heidnischen Gruselkult". Im Gegensatz dazu sei Allerheiligen ein "Fest des Lichtes und der frohen Botschaft vom ewigen Leben". Auch der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick kritisierte die Verdrängung christlicher Feiertage durch Halloween.

Seit einigen Jahren versuchen katholische und evangelische Gemeinden ein Gegengewicht zu Halloween zu schaffen, indem sie Gebetsnächte, Konzerte und Lesungen veranstalten und zu einer "Nacht der offenen Kirchen" einladen. In evangelischen Gemeinden werden gar "Lutherbonbons" verteilt, damit der Geschmack am Reformationstag nicht verloren geht.

Alle Jahre wieder gibt es auch Konflikte zwischen lautem Gruselvergnügen und dem Feiertagsgesetz, das beispielsweise in Bayern den Allerheiligentag als "stillen Feiertag" schützt. Das bayerische Innenministerium wandte sich deshalb in den vergangenen Tagen gegen Versuche, Halloween-Partys als nicht-öffentliche Veranstaltungen zu deklarieren, um auch nach Mitternacht an Allerheiligen weiterfeiern zu können. Um 24 Uhr müsse Schluß sein mit dem Grusel-Feiern. Der ernste Charakter von Allerheiligen müsse gewahrt bleiben.

In München und Nürnberg hatten Veranstalter Partys als nicht-öffentlich deklariert, um deren Verbot an sogenannten stillen Tagen wie Allerheiligen zu umgehen. Die Stadtverwaltungen kündigten an, ein solches Vorgehen nicht zu tolerieren. Ein Sprecher des Münchner Kreisverwaltungsreferats drohte mit einem Bußgeldverfahren. Die Stadt Nürnberg will Anzeige erstatten, sollte eine angekündigte Party über Mitternacht hinausgehen.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Oktober 2008 über Deutschlands Platz in der Geschichte? (x878/...):

**>>Deutschland im Spiegel der Nachwelt (Ein Rückblick aus dem Jahre 3000 n. Chr.)**

These: Mit dem Höllenritt von Dezember 1941 bis Mai 1945 hat sich Deutschland am Ende der zwei Weltkriege für immer ins Gedächtnis der Menschheit eingebrannt.

An was wird oder könnte sich erinnern, wer als Bürger dieser Erde mit großem zeitlichen Abstand an Deutschland denkt? Was fällt ihm dazu ein - wenn überhaupt etwas? Es ist die Frage nach dem was bleiben könnte.

Wir springen 1.000 Jahre in die Zukunft und nehmen einen fiktiven Zeitpunkt an, um von dort einen Blick zurück auf die deutsche Nationalgeschichte zu werfen. Werden wir in der Rückschau insbesondere auf die zwei Weltkriege nur Misere, Unglück, Verbrechen sehen und erin-

nen? Also im Grunde eine Wahrnehmung haben, die im Wesentlichen unserer heutigen zu Beginn des 21. Jahrhunderts entspricht?

Oder könnte es vielleicht noch eine andere Geschichte geben, die wir in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Zerknirschung der Niederlage nicht oder noch nicht sehen können, die verdrängt worden ist, die noch verborgen ist, aber mit dem zeitlichen Abstand hervortritt oder hervortreten kann? Wird dieser "fiktive" Rückblick tröstlich sein oder nur das bestätigen, was heute ohnehin vorherrschende Meinung ist?

Nehmen wir an, daß die Menschheitsgeschichte die nächsten 1.000 Jahre so verläuft, daß Erinnerung wach gehalten wird und möglich bleibt. Was könnte in der ferneren Zukunft die Menschen in Staunen versetzen? Was werden sie im Gedächtnis bewahren, sei es bewundernd, sei es als Negativbeispiel? Was mag den Pyramiden Ägyptens gleichkommen, der Demokratie Athens im 5. Jahrhundert v. Chr., der imperialen Macht des antiken Roms?

Oder - um den Eurozentrismus zu verlassen - den Kriegszügen des Mongolen Dschingis Khan, der Ausbreitung des Islam in wenigen Dezennien nach dem Tode Mohammeds, der unvergleichlichen Dauerhaftigkeit und Integrationskraft Chinas über mehrere Jahrtausende? Was könnte der "stupor mundi" sein, der die Menschen der Zukunft in seinen Bann schlägt? Was wird Bestandteil dessen, das die Menschheit nie vergißt?

Auch bei entschiedener Ablehnung des Eurozentrismus und seiner Geschichtsinterpretationen wird die Menschheit der späteren Zukunft nicht umhin können, das Aufblühen Europas in der Renaissance, Europas Dominanz in der Kriegskunst bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts, die Entwicklung der Wissenschaften seit der Aufklärung, die europäischen Siedlungsbewegungen fast über den ganzen Erdball durch Portugal, Spanien, Holland, England und Rußland und schließlich Europas globale imperiale Stellung im 19. Jahrhundert zu studieren und anzuerkennen. Es erscheint schlicht unumgänglich, daß dies immer Teil menschlicher historischer Selbstvergewisserung bleiben wird und muß.

Diese Dynamik ging von einigen wenigen Nationen am westlichen Ausläufer des asiatischen Kontinents aus. Es entstand etwas völlig Neues, das am Ende mit Ablegern, insbesondere den USA, die ganze Welt durchdrang und den Erdball erstmals "globalisierte". Es war ein Quantensprung, an dem die einzelnen Nationen ihren jeweiligen und unterschiedlichen Anteil hatten. Wie man im antiken Griechenland das dem Neuen stets aufgeschlossene, dynamische Athen mit den Begriffen Demokratie, das konservative Sparta mit überlegener militärischer Disziplin verbindet, wird man wahrscheinlich die einzelnen Nationen Europas mit bestimmten Vorstellungen assoziieren, so verkürzt sie auch immer sein mögen: Spanien mit der Entdeckung und Eroberung Lateinamerikas, Frankreich mit der Großen Revolution 1789, England/Großbritannien mit der Industrialisierung und dem Empire usw.

### **Deutschlands Platz in der Geschichte?**

Wird Deutschland in einer solchen Rückschau überhaupt vorkommen? Uns fehlt im Vergleich mit anderen europäischen Nationen doch einiges. Der deutsche Nationalstaat im eigentlichen Sinne ist im Vergleich zu Frankreich, Rußland, England/Großbritannien, Spanien mit seiner Gründung 1871 verhältnismäßig jung, die Nationalgeschichte vergleichsweise kurz. Wir werden keine deutschsprachigen Kolonien in der Welt hinterlassen, die das Andenken an das Mutterland pflegen könnten.

Wer wird deutsche Philosophie, der wohl markanteste deutsche Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte, überhaupt noch lesen oder gar verstehen? Wer wird von Hegel, Marx oder Heidegger mehr als vielleicht die Namen kennen? Deutsche Wissenschaftler haben großartige Beiträge geleistet, französische, britische, russische aber nicht minder. Nichts Auffälliges also. Vielleicht wird die klassische deutsche Musik weiter leben - vielleicht. Werden die Deutschen - um einen Vergleich mit dem antiken Griechenland zu ziehen - dem stummen Theben gleichen, das zwar den großen Dichter Pindar (522/518 - 445 v. Chr.) hervorgebracht hat, aber

ansonsten farblos geblieben ist und vergessen wurde?

Europas Weltgeltung wurde im 1. Weltkrieg untergraben und im 2. Weltkrieg endgültig zerstört. Wer also nach Jahrhunderten die Ursachen des Niedergangs Europas erforscht und zu erklären sucht, wird unweigerlich auf den Namen Deutschlands stoßen. Die Selbstzerstörung Europas ist aufs engste mit dem 1871 gegründeten Deutschen Reich verbunden. Das Interesse an deutscher Geschichte wird sich im großen zeitlichen Abstand mit allergrößter Wahrscheinlichkeit auf die Epoche der zwei Weltkriege richten.

Das Heilige Römische Reich deutscher Nation, die Reformation Luthers, die preußische Geschichte werden vermutlich wenig bis keine Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Aber der Kampf der Deutschen einschließlich der Österreicher gegen praktisch alle anderen Großmächte Europas und die USA wird die Nachwelt interessieren, eben weil er das Ende der Weltstellung Europas zur Folge hatte. Denn nahezu zeitgleich mit der Niederlage Deutschlands brach auch das britische Empire, das französische Kolonialreich und nur wenig später 1989 mit der Auflösung der Bindekraft der - deutschen - Ideologie des Marxismus auch das russische Sowjetimperium zusammen.

Insofern können wir sicher sein, daß der deutsche Name in der Weltgeschichte überleben wird. Können wir also beruhigt zurücklehnen und abwarten, was die Meinungsbildung der fernerer Zukunft so bringen möge? In gewisser Weise bleibt uns gar nichts anderes übrig. Wir wissen nicht, was diese Zukunft beinhaltet, sie ist offen. Gleichwohl ist es immer ratsam, an der Meinungsbildung über die eigene Identität mitzuwirken und die Konsensfindung nicht nur Dritten zu überlassen.

Dies um so mehr als die Sieger in der Regel die Geschichte schreiben und in ihrem Sinne deuten. Sie definieren, was Recht, Unrecht, Schuld etc ist oder zu sein hat. Wir Deutsche sind in der - glücklichen - Lage, auch als Besiegte noch unsere Stimme erheben und uns Gehör verschaffen zu können. Wir sollten es zumindest versuchen.

### **Historische Deutung der zwei Weltkriege durch Sieger und Besiegte**

Die Sieger der 2 Weltkriege haben ihre Sicht der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mannigfach dargestellt und verbreitet. Knapp zusammengefaßt trägt danach das Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II die Schuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs 1914 (Kriegsschuldartikel des Vertrags von Versailles 1919), weil es nach einem Weltreich strebte. Es hat die Kriegsverbrecher, insbesondere Kaiser Wilhelm II, seinerzeit weder ausgeliefert noch vor Gericht gestellt. Die deutschen Revanchisten fanden in Hitler den Frontmann für eine neuerliche Konzentration der Kräfte in einer Diktatur und für die Wiederaufnahme des Krieges um die Weltherrschaft. Sie stürzten Europa und die Welt in einen verbrecherischen Krieg, der letztlich 50-60 Millionen Menschen, unter ihnen 6 Millionen ermordete Juden das Leben kostete.

Diesen Menschheitsfeind galt es - so die Sieger - mit allen Mitteln bis zur bedingungslosen Kapitulation nieder zu ringen. Das ganze Land wurde besetzt und um rund ein Viertel seines Territoriums amputiert. Die Kriegsverbrecher wurden von den Alliierten nach 1945 in Nürnberg vor Gericht gestellt und größtenteils hingerichtet. Es war aus der Sicht der Sieger mehr als vollauf gerechtfertigt, diesen Feind, das "Böse" schlechthin, nicht nur militärisch sondern auch moralisch zu vernichten. Vielfach wurde die folgende deutsche Teilung als eine gerechte Strafe gesehen. Etwa so lautet schlagwortartig der von den Alliierten in der internationalen Gemeinschaft herbeigeführte Konsens über das Deutschland des 20. Jahrhunderts.

Die deutsche Geschichtsschreibung und insbesondere die maßgebende deutsche Publizistik haben nach 1945 die Deutung der Sieger der 2. Weltkriege überwiegend übernommen. Entsprechend wird geforscht und publiziert. Die Ergebnisse dieser Forschung liegen jetzt zahlreich vor, sie sind zweifellos wichtig. Wir wissen, daß die Wehrmacht vor allem im Osten schwere Kriegsverbrechen begangen hat und daß dem Holocaust 6 Millionen der Juden Euro-

pas zum Opfer gefallen sind. Nahezu alles ist publiziert und der Öffentlichkeit zugänglich. Nichts soll verschwiegen werden.

Selbsterkenntnis ist gut, Übertreibungen weniger. Heute scheint indes fraglich, ob die Aufdeckung noch einer Untat der Wehrmacht und weiterer Einzelheiten des Holocaust unsere Erkenntnisse entscheidend erweitern und zur Selbstläuterung oder zur sog. Bewältigung der Vergangenheit beitragen können. Die moralische Selbstläuterung durch ein Mehr an Wissen stößt an Grenzen. Manchmal kommt man um die Frage nicht umhin, ob sich die Deutschen nicht nach 1945 in der Zerknirschung und Selbstkasteiung von Besiegten mit der Obsession von Flagellanten die Schuldzuweisungen der Sieger zu eigen gemacht haben, ja diese zu überreffen versuchen?

### **Was ist überhaupt Geschichte?**

Aber die Geschichte ist keine moralische Veranstaltung. Ganz einfach ausgedrückt, werden nicht immer die Guten belohnt und die Bösen bestraft. Mitunter ist es umgekehrt. Waren denn die Germanen die Guten, weil sie die Römer der Antike besiegten? Oder ist der Islam die bessere Religion, weil die Araber das früher christliche östliche Mittelmeer und Nordafrika eroberten und zum Islam bekehrten? Waren die Kommunisten Stalins tatsächlich besser als die Nazis, weil sie gesiegt haben? Waren die Falangisten im spanischen Bürgerkrieg die Guten, weil General Franco mit der Unterstützung Hitlers und Mussolinis die Republikaner besiegte? Waren die Maoisten die Guten und Tschiang Kai-schek und seine Anhänger die Schlechten, weil Mao letztere aus China vertrieb?

Hegels "siegreicher Weltgeist", die "List der Vernunft", die ordnende Hand, die alles letztlich zum Guten lenkt, gibt es nicht. Das gilt auch für alle Theorien, die an Hegel anknüpfen, bis hin zu Karl Marx. Geschichte ist - leider nicht (oder noch nicht?) - die Geschichte der Entfaltung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten.

Moderne Geschichtstheorien (Hans-Georg Gadamer, Hayden White, Michel Foucault u.a.) stellen ohnehin die Geschichte als Gegenstand der Wissenschaft in Frage. Danach können wir heute die Vergangenheit nicht kennen sowenig wie spätere Generationen unsere Geschichte zu verstehen vermögen. Geschichtsschreibung ist Hayden White und Claude Lévi-Strauss zufolge nur "eine neue Form von Mythologie (und) nicht der Gegensatz von Mythos". Lévi-Strauss formuliert: "Ich neige zu der Ansicht, daß in unseren Gesellschaften die Geschichte die Mythologie abgelöst hat und deren Funktionen erfüllt. ..." (C. Lévi-Strauss, Mythos und Bedeutung, Frankfurt/M 1995, S.64).

Hayden White geht noch weiter und behauptet, was Historiker betrieben, sei Literatur, und - so kann man hinzufügen - Literatur, die den Romanen von Schriftstellern unterlegen ist ("Metahistory, Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa", Frankfurt/M 1991, S. 563).

Wir können hier die modernen Geschichtstheorien nicht in extenso ausbreiten, so interessant und aufschlußreich das wäre. Bezeichnend ist jedoch die wiederkehrende Kritik, daß Geschichtswerke nicht mehr als eine Reihe "fortgesetzter Metaphern" sind, die Ereignisse interpretieren. Historiker interpretieren Ereignisfolgen, die von anderen Historikern bereits interpretiert wurden. Die Ereignisse bleiben dieselben, aber die Geschichte wird eine andere, in die diese Ereignisse eingeordnet werden. "Wir sind frei, die 'Geschichte' so zu verstehen, wie es uns gefällt, so wie wir frei sind, mit ihr zu tun, was wir wollen" (Hayden White).

Soviel postmoderne Beliebigkeit wollen wir denn doch nicht an die deutsche Geschichte anlegen und die Überprüfbarkeit und Plausibilität von Zusammenhängen durch Historiker hochhalten und verteidigen. Festzuhalten bleibt freilich, daß Geschichte kein ein für allemal feststehender, sakrosankter Kanon unverrückbarer Wahrheiten ist. Künftige Generationen werden mit Sicherheit anders urteilen als wir, andere Metaphern abrufen und in einen anderen, aus ihrer Zeit heraus plausiblen Interpretationszusammenhang einfügen.

## **Demokratie, Menschenrechte, Freiheit**

Die unzureichende Demokratisierung des Bismarck-Reichs und die Abkehr Deutschlands von der Demokratie 1933 werden als ein wesentlicher Grund für die deutsche Katastrophe in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts angesehen. Die Rückkehr in den Schoß der Nationen als Demokratie gilt uns Heutigen als absoluter Wert, an dem der deutsche Sündenfall vor 1945 gemessen wird. Die Frage ist, ob das im längeren zeitlichen Abstand noch so sein wird?

Zunächst ist festzuhalten, daß es keinen deutschen Demokratie-Rückstand im Kaiserreich im Vergleich zu Gesamteuropa, also einen sogenannten "deutschen Sonderweg" gegeben hat; man denke etwa an das russische Zarenreich, aber auch Italien etc. Das deutsche Kaiserreich hatte z.B. vor Großbritannien das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt. Es gab vor 1914 vielleicht einen Trend, aber keinen europäischen demokratischen Gleichklang, aus dem Deutschland ausgeschert wäre. Ähnliches gilt für 1933: in Moskau regierten Stalin und die Kommunisten, Italien war bereits eine faschistische Diktatur, in den Staaten Mittel- und Osteuropas herrschten von wenigen Ausnahmen abgesehen alles andere als demokratische Verhältnisse.

Die entscheidende Frage ist das aber nicht. Die Frage ist vielmehr, welchen Wert an sich Demokratie in einigen Jahrhunderten haben wird. Ein Blick in die "bekannte" Geschichte lehrt, daß wir uns keineswegs allzu großem Optimismus hingeben dürfen. Bezogen auf die menschliche Gesamtgeschichte waren die demokratischen Phasen immer nur sehr kurz und geographisch eng begrenzt. So das antike Athen im 5. Jahrhundert v. Chr., die römische Republik der Antike bis Cäsar, wenn man sie denn überhaupt als Demokratie ansehen will, und einige europäische Staaten ab dem 19. Jahrhundert und im 20. Jahrhundert mit einem auf den "Westen" beschränkten Siegeszug der Demokratie nach dem 2. Weltkrieg. (Aber schon ziehen Anfang des 21. Jahrhunderts wieder dunkle Wolken auf, wenn man an China oder Rußland denkt.)

Die Demokratie bedeutet nicht das "Ende der Geschichte", um einen Begriff von Francis Fukuyama zu gebrauchen (The End of History and the last Man, 1993). Die Geschichte geht weiter. Innere und äußere Entwicklungen werden die Demokratie verändern und aushöhlen, wie einst die Römische Republik, die nach Cäsar nur dem Namen nach noch bestand. Die Demokratie in den USA von heute hat im übrigen mit der Demokratie der Schweizer Urkantone im 14./15. Jahrhundert nichts gemein. Traditionslinien sind oft konstruiert und fragwürdig.

Wenn die Demokratie von allen - schlechten - Verfassungen noch immer die beste ist, so hat es sie immer nur in wenigen glücklichen Phasen der Menschheitsgeschichte und nur auf engem Raum gegeben. Es sind Momente der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Blüte und Expansion, die einer begrenzten Zahl von Menschheitsbürgern Wohlergehen, Selbstbestimmung und Teilhabe am politischen Prozeß ermöglichten. Oft auf Kosten Dritter: die Bürger Athens ließen Sklaven für sich arbeiten, die Römische Republik beutete die meisten Völker des Mittelmeerraumes aus und auch die Gesellschaften des freien Westens verhalten sich nach Meinung vieler bis heute ausbeuterisch gegenüber der sog. Dritten Welt.

Wo das Wohlergehen durch wirtschaftliche Schwierigkeiten und äußere Bedrohungen gefährdet wird, setzen erst unmerklich, dann unübersehbar Veränderungsprozesse ein, selbst wenn die Fassade eine Zeitlang noch weiter bestehen bleibt. Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung und Mitbestimmung als Teilhabe am politischen Leben werden ihre Bedeutung verändern. Man muß kein notorischer Pessimist sein, um eine solche Entwicklung auch für unsere Gesellschaften voraus zu sehen. Die Jahrhunderte schleifen alles ab und formen alles um.

Wenn dem so ist, kann man davon ausgehen, daß der Verlauf der deutschen Geschichte in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts in 500, 1.000 oder mehr Jahren nicht am Versagen an der Demokratie gemessen werden wird. Das Urteil wird sich an anderen Kriterien, die Erinnerung an anderen Dingen festmachen. Das mag man aus heutiger Sicht entschieden ablehnen oder zu-

mindest bedauern. Dennoch müssen sich die Deutschen von heute mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Demokratie, die sie gewissermaßen als Lehre aus der Geschichte als Wert schlechthin verinnerlicht haben, keinen Ewigkeitswert hat.

Sie ist vor der Geschichte sogar ein höchst vergängliches Gut, dem nur unter besonders günstigen Umständen eine gewisse Lebensdauer gegeben ist, gewissermaßen eine Verfassung für Schönwetterperioden. (Das sollte uns heute freilich nicht hindern, dieses Gut so lange und so entschlossen wie möglich zu verteidigen und hochzuhalten.) Demokratische Zeiten sind die kostbaren Momente der Menschheit, in ein paar hundert Jahren vielleicht so etwas wie das verlorene Paradies.

### **Kriegsschuld, Angriffskrieg, Kriegsverbrechen**

Die Alleinschuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs wurde von den Siegermächten Deutschland angelastet. Die deutsche Geschichtsforschung und Publizistik hat dies bis Anfang 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mehrheitlich zurückgewiesen. Mit Fritz Fischers Werk "Der Griff nach der Weltmacht" (1961) fand in den 60er Jahren eine Umkehrung statt. Mittlerweile wird Fischer in der deutschen Forschung überwiegend wieder revidiert und lediglich eine deutsche Mitverantwortung angenommen. In den maßgebenden deutschen Medien ist letzteres meist noch nicht angekommen und es wird für das große Publikum gedankenlos von deutschen Angriffskriegen 1914 und 1939 berichtet. Das ist falsch, aber relativ belanglos.

Das Deutsche Reich war vor 1914 ohne Zweifel eine aufstrebende Macht, die das europäische Gleichgewicht ökonomisch und demographisch in Frage stellte. Etablierte Mächte wie Großbritannien und das zaristische Rußland, die ihre Weltreiche in zahllosen Kriegen schon zusammengerafft und erobert hatten: die Briten das Empire rund um den Globus, die Russen ein gigantisches Territorium von Warschau bis Wladiwostok, von Helsinki bis Tiflis, fühlten sich herausgefordert.

Ähnliches gilt für Frankreich, das nach Afrika und Indochina ausgegriffen hatte, sich aber mit dem Verlust Elsaß-Lothringens nicht abfinden wollte. Das Deutsche Reich entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts eine derartige Potenz, daß das übrige Europa mit vereinten Kräften diese neue Macht im Herzen des Kontinents im 1. Weltkrieg nicht niederzwingen konnte. Es bedurfte des Eingreifens der außereuropäischen Macht der USA, um Deutschland 1918 zu besiegen.

Schon aus heutiger Sicht war die deutsche Politik unter Wilhelm II nicht imperialistischer als die britische, russische oder französische und auch die der USA. Hohles Pathos und große Töne haben - salopp ausgedrückt - in dieser Zeit außer Wilhelm II auch andere europäische Politiker und Staatsmänner geschätzt (z.B. Benjamin Disraeli, britischer Politiker und Staatsmann). Die europäischen Staaten und die USA expandierten in die Welt und gerieten untereinander in Streit um Teile des Kuchens. Die etablierten Mächte schlossen sich zusammen, um den deutschen Neuankömmling nicht hoch kommen zu lassen, denn sie hatten etwas zu verteidigen und zu verlieren.

Insbesondere die britische Propaganda denunzierte das Deutsche Reich als imperialistisch und süchtig nach Weltherrschaft. Denn das weltumspannende "Imperium" beanspruchten die Briten nicht nur selbst, sie hatten es in ihrem Selbstverständnis mit ihrem Empire auch inne. (Ein ähnliches Selbstverständnis haben die "Masters of the Universe", die "Herren der Welt", des Finanzdistrikts der Londoner City Anfang des 21. Jahrhunderts entwickelt. Gemeinsam mit der New Yorker Wall Street haben sie in der Folge die Welt in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 gestürzt.) London wollte vor 1914 das ungeschmälerte Empire nicht nur um jeden Preis behalten sondern nach Möglichkeit noch ausbauen. Es war schlicht der Kampf von Rivalen.

Mit der Niederlage 1918 und den Vertragsbedingungen von Versailles 1919 waren bereits alle Würfel gegen Deutschland gefallen. Die Entente-Mächte taten alles, damit Deutschland nie-

mals zu gleicher politisch-historischer Größe wie Großbritannien oder Frankreich würde aufsteigen können. Am liebsten hätten sie schon damals das Deutsche Reich, das ja erst knapp 50 Jahre bestand, wieder zerschlagen. Deutschland war als Nation, um ein Bild zu gebrauchen, gewissermaßen im Jünglingsalter gestoppt worden. Etwaige Entfaltungsmöglichkeiten wurden abgewürgt. (Von den Entente-Mächten war das auch so gemeint und ist in Deutschland so angekommen.)

Was dann nach 1918/1919 aus Deutschland kam, war ein Aufbegehren, die kleinbürgerliche Radikalisierung der Nazis, die alles nochmals mit unzulänglichen geistig-politischen und materiellen Mitteln auf eine Karte setzten und verloren. Das Bürgertum zog weitgehend mit, weil es den Nazis gelang, seine nationalen Ambitionen und Frustrationen zu bedienen. Der bürgerliche Ehrgeiz war noch da, auch wenn ihm die politischen Grundlagen und die Erfahrung fehlten. Gläubigkeit und/oder Treue ersetzen nun mal nicht den politischen Verstand. Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg.

Der Hitler-Stalin-Pakt vom 24. August 1939 wird von den betroffenen Nationen in Mitteleuropa vielfach als der eigentliche Kriegsbeginn gesehen - zu Recht. Der Beginn der Kriegshandlungen wenige Tage später und die vorangegangenen beidseitigen deutsch-polnischen Provokationen sind Folge dieses Paktes. Die britische Politik hat zur unflexiblen polnischen Haltung und damit zum Kriegsausbruch auch einiges beigetragen. Wenn dem so ist, muß zumindest der Sowjetunion Stalins eine "Mitschuld" am Ausbruch des 2. Weltkriegs zugemessen werden. Schließlich hat sich Stalin mit der Besetzung des Baltikums und Ostpolens kurz danach zielstrebig und vertragsgemäß an der Aufteilung der Kriegsbeute beteiligt.

Die Ausdehnung des Krieges auf immer neue Kriegsschauplätze von Norwegen über Griechenland bis Nordafrika war ganz im Sinne Churchills, der sich davon eine Verzettelung und Schwächung der Wehrmacht versprach - die dann auch eintrat. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941 erklärt sich zum Teil aus dieser Kriegslogik und Kriegsdynamik, der schon Napoleon 1813 erlegen war. Auch wenn Napoleons Außenminister Talleyrand den Satz auf etwas anderes gemünzt hatte, wäre man versucht mit ihm zu sagen: "C' était pire qu'un crime, c'était une faute" (schlimmer als ein Verbrechen - ein Fehler).

Ab Dezember 1941 hatte Hitler mit dem Scheitern der Wehrmacht vor Moskau und dem Eintritt der USA in den Krieg das Vabanquespiel des Alles oder Nichts endgültig verloren. Danach kam bis 1945 etwas anderes, ich komme darauf zurück. Zwar war Frankreich 1940 besiegt worden, Großbritannien kämpfte danach mit Churchill weiter, um das Empire zu sichern. In seiner berühmten Antrittsrede vom 13. Mai 1940 "Blut, Schweiß und Tränen" hatte er bereits implizit die "bedingungslose Kapitulation" Deutschlands gefordert, die er im Januar 1943 in Casablanca als Forderung der offiziellen Politik der Alliierten durchsetzte.

Churchill wollte von Anfang an Deutschland als Rivalen, diese Gefahr für das Empire, wie er es sah, ausschalten. Die Weltgeltung Britanniens, die historische Mission Londons und der "angelsächsischen Völker" in der Welt galt es für Churchill mit allen Mitteln zu bewahren. Rivalen - oder die man als solche wahrnahm - mußten niedergerungen werden. Das war nicht neu und war schon britische Politik gegenüber Frankreich unter Ludwig XIV im 17. und Napoleons I im 18./19. Jahrhundert gewesen. Grundgedanke dieser Politik war die "balance of power", das Gleichgewicht der europäischen Mächte, die London eine Schiedsrichterrolle in Europa und freie Hand auf den Weltmeeren gab.

Die Nachwelt wird sich in einigen Jahrhunderten kaum mit diesen Kriegsschuldfragen aufhalten. (Vielleicht ordnet man in diesen zeitlichen Zusammenhang auch die sog. Bush-Doktrin ein, die einen Präventiv-Krieg rechtfertigt, um eine Bedrohung von den USA abzuwenden; zur Anwendung kam die Doktrin z.B. im Irak-Krieg 2003, eine Bedrohung bestand objektiv nicht, sie war konstruiert.)

Schließlich weiß man seit dem Trojanischen Krieg, daß der Raub der Helena zwar den offizi-

ellen Kriegsgrund abgab, dahinter aber andere Interessen standen, die zu dem von Homer besungenen 10-jährigen Krieg um die Vorherrschaft am Bosphorus führten.

Deutsche Politik mag zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht immer geschickt agiert haben. Das Kernproblem war aber das Auftreten und Aufstreben einer neuen Macht in der Mitte Europas, die das europäische Gleichgewicht störte. Es gelang den europäischen Mächten nicht, aus dieser heiklen Situation auf friedlichem Wege eine neue Balance zu finden. So wurde der Konflikt auf traditionelle Weise mit den Waffen ausgetragen. Die verheerenden materiellen und moralischen Schäden und Folgen hatte niemand voraus gesehen. (Anfang des 21. Jahrhunderts wird versucht, daraus Lehren u.a. für den Umgang mit dem aufstrebenden China zu ziehen - hoffentlich mit Erfolg.)

Die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse krankten von vornherein schon daran, daß Stalins Schergen mit zu Gericht saßen. Die Sieger haben 1945 in Nürnberg den Angriffskrieg und seine Vorbereitung zu einem neuen Straftatbestand erklärt. Bis dahin galt der Satz: "nulla poene sine lege", d.h. die rückwirkende Strafbarkeit war ausgeschlossen. Die höchsten Funktionäre des Nazi-Regimes wurden vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg verurteilt, die meisten zum Tode.

Auf eine allgemein akzeptierte Definition des Angriffskriegs konnte sich die internationale Gemeinschaft freilich bis heute, d.h. 60 Jahre nach Nürnberg nicht einigen. Das Massaker an Zivilisten durch Bodentruppen ist ohne jede Frage ein Kriegsverbrechen. Deutsche Kriegsverbrechen wie u.a. Oradour in Frankreich, Lidice in der damaligen Tschechoslowakei, in Polen und Rußland wurden angeklagt und bestraft. Derartige Verbrechen sind unter allen Umständen unnachlässig zu verfolgen und zu sühnen.

Massaker aus der Luft, wenn bei Luftangriffen Hunderte, Tausende, ja Zehntausende Zivilisten, Frauen, Kinder, alte Männer, umgebracht werden, wie in Hamburg 1943, Dresden 1945, Hiroshima und Nagasaki 1945, aber ebenso - wenn auch in erheblich kleinerer Größenordnung - in Coventry, Rotterdam und Warschau, blieben in Nürnberg ungeahndet. Aber Massaker bleibt Massaker, insbesondere bei Flächenbombardements auf urbane Zentren.

Anklagepunkt waren in Nürnberg auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vertreibung von rd. 14 Millionen Deutschen aus den Ostgebieten, in deren Verlauf 1,5 - 2 Millionen umkamen, war ohne jeden Zweifel ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, fiel allerdings in den Augen der Sieger nicht unter diesen Tatbestand. (Notabene: die Nazigrößen mußten nach 1945 natürlich in irgendeiner Form zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden.

Unmittelbar nach Kriegsende war der Nürnberger Prozeß eine "pragmatische Lösung": rechtliche Probleme, wie Rückwirkungsverbot, Gleichbehandlungsgrundsatz und der Ruch von Siegerjustiz wurden in Kauf genommen, um eine absolut gerechtfertigte Bestrafung individueller Schuld zu begründen.) Der Holocaust spielte in Nürnberg eine eher nebensächliche Rolle, ich komme auf den Holocaust zurück.

Die USA sind bis heute der Charta zur Errichtung des UN-Strafgerichtshofs in Den Haag nicht beigetreten. Sie drohen unverhüllt damit, US-Bürger, sollten sie vor das Tribunal gestellt werden, mit Gewalt zu befreien. In diesem Zusammenhang wird von US-Seite betont, daß Nürnberg eben keinen Präzedenzfall geschaffen habe. Freimütig wird nebenbei anerkannt, das es sich lediglich um einen Akt der Zivilisierung von Siegerjustiz gehandelt habe (z.B. George F. Will, The International Criminal Court. A Court that is hostile to the rule of law, in: International Herald Tribune v. 12.07.2002). So besehen wird von den Nürnberger Prozessen keine Orientierung ausgehen, sie sind kein Merkposten für die Nachwelt.

### **Kriegsverlauf und Judenmord**

Im Dezember 1941 blieb die Wehrmacht vor Moskau stecken, die Sowjetunion konnte nicht überrannt und besiegt werden. Am 11. Dezember 1941 erklärte Hitler den USA den Krieg, die USA hatten schon zuvor Großbritannien und auch die Sowjetunion tatkräftig unterstützt. Ab

Dezember 1941 konnte der Krieg von Deutschland objektiv nicht mehr gewonnen werden. Ein Sieg gleichzeitig gegen die USA, die Sowjetunion und Großbritannien mit ihren Verbündeten war schlicht unmöglich.

Im gleichen Dezember 1941 fiel auch die Entscheidung zur koordinierten, systematischen Ermordung der Juden im Machtbereich des 3. Reiches, die dann auf der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 administrativ umgesetzt wurde (dazu u.a. Saul Friedländer, einer der weltweit renommiertesten Holocaust Forscher, Interview in: Der Spiegel, 41/2007, S. 214).

Ende 1941 hatte sich der Krieg schon über 2 Jahre hingezogen; die Juden waren seit 1933 ausgegrenzt, drangsaliert und verfolgt worden. Der Krieg und die Judenverfolgung bekommen mit dem Dezember 1941 aber eine neue, fatale Dimension. Die Vernichtung der Juden im Machtbereich der Nazis und die Fortsetzung und Steigerung des nicht zu gewinnenden, "verlorenen" Krieges bis zum Kriegsende Mai 1945 müssen zusammen gesehen werden. Sie sind die zwei Seiten derselben Medaille.

Der Dezember 1941 ist das Schlüsseldatum. Nicht nur der zeitliche Zusammenhang der Entscheidungen spricht dafür. Wer je in dramatischen, existentiellen, politischen Entscheidungssituationen stand - und der Dezember 1941 war für Hitler mit Sicherheit eine solche - wird sich dieser Einsicht nicht verschließen können.

Hitler hat die drohende Niederlage damals mehr als geahnt, er blickte in den Abgrund. Dafür spricht viel, nicht nur Indizien (wie u.a. die Rückzugspläne des deutschen Generalstabs aus Rußland). Ein politischer Hohlkopf war Hitler nicht, im Machtpoker kannte er sich aus. Sein kometenhafter Aufstieg vom einfachen Agitator zu Beginn der Weimarer Republik bis zum Rußlandfeldzug 1941 spricht für sich.

Er mußte sich der hoffnungslosen Lage nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 vor Moskau bewußt gewesen sein; denn wiederholt hatte er betont, daß es einen Zweifrontenkrieg wie im 1. Weltkrieg unbedingt zu vermeiden gelte, weil er nicht durchzuhalten sei. Auf der Gegenseite war sich Churchill seit Dezember 1941 absolut sicher, daß er trotz Rückschlägen in den kommenden Jahren letztlich als Sieger aus dem Krieg hervorgehen würde.

Die drohende Niederlage vor Augen hat Hitler ein infernalisches Untergangs- und Vernichtungsszenario in Gang gesetzt, dessen Opfer nicht nur die Juden, sondern das deutsche Volk und die Weltgeltung Europas werden sollten. Die Juden in seinem Machtbereich konnte er physisch vernichten, das deutsche Volk in einen Verzweiflungskampf stürzen und damit seine Existenz als Nation in Frage stellen. Das britische Empire, das schon im 1. Weltkrieg Risse gezeigt hatte, würde den von Hitler ins Auge gefaßten, prolongierten Konflikt nicht überstehen.

In seinem Kampf gegen Hitler bis zur "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands spielte Churchill Hitler in die Hände, weil er dem deutschen Durchhaltewillen bis zum Schluß 1945 mit der Forderung nach "bedingungsloser Kapitulation" eine, wenn nicht die entscheidende Motivation gab. Frankreich war ohnehin besiegt. Am Ende der Kriegshandlungen würden Millionen Juden vernichtet, Deutschland in Ruinen liegen und Europa als Machtfaktor in der Welt ausgelöscht sein. Die Welt sollte ihn auch ohne Sieg nie vergessen. Er würde einen Untergang inszenieren, der sich in das Gedächtnis der Welt einbrennen sollte.

Wenn Hitler eine Gabe hatte, dann die der politischen Inszenierung. Er schuf Bühnen für die Politik, die die Zeitgenossen immens beeindruckten, ja hinrissen (ob man das in späteren Zeiten nun unverständlich und eher komisch findet oder nicht): so u.a. die Reichsparteitage, die Olympischen Spiele 1936. Die Filme von Leni Riefenstahl legen noch heute Zeugnis davon ab.

Nicht alles war seine Erfindung. Er kupferte bei Mussolini und bei Stalin ab, schuf aber auch eigenes. Die gigantischen Ausbaupläne für Berlin, die er sich von Albert Speer entwerfen ließ,

dokumentieren seinen Inszenierungstrieb und -willen. Sie legen Zeugnis ab von einer Bauwut, die für die Ewigkeit von ihm künden sollte. Er wollte vor der Geschichte als einer der ganz Großen dastehen, als einer von denen, die man nicht vergißt. Das Umkippen des Krieges im Dezember 1941, die drohende sichere Niederlage veränderte die Voraussetzungen. Nur noch in der grandiosen Inszenierung des Untergangs konnte er zu jener Unsterblichkeit gelangen, die er mit seinen Bauten nicht mehr erreichen konnte.

Den millionenfachen Mord an den Juden würden die Juden in der Erinnerung wach halten, die außerhalb seines Machtbereichs lebten - so wie die Juden u.a. die Flucht mit Moses aus Ägypten, die Verschleppung an die Ufer von Tigris und Euphrat im 6. Jahrhundert v. Chr. festgehalten und in unvergeßlichen Metaphern tradiert hatten. ...

Die Deutschen wiederum würden sich jahrhundertlang fragen, wie es möglich war, daß sie bis zum Schluß für eine Sache kämpften, die ihr eigener Untergang war - materiell und moralisch. Hitler sah übrigens voraus, daß die Deutschen nach dem Krieg unmittelbar vom "Hosianna" auf das "Kreuzige ihn" übergehen würden. Europa und die Welt würden sich auch noch nach großem zeitlichen Abstand über diese Zeit beugen, weil sie das Ende einer der glanzvollsten Perioden der Menschheitsgeschichte bedeutete, die mit der Vorherrschaft Europas seit der Renaissance einher ging.

Die Deutschen kämpften von der Kriegswende im Dezember 1941 bis zum Schluß im Mai 1945 einen verlorenen Krieg. Rund 5 ½ Millionen Männer fielen, davon im letzten Kriegsjahr ebenso viele wie in den Kriegsjahren zuvor. Die Städte in der Heimat versanken spätestens ab 1944 schutzlos im Bombenhagel der alliierten Luftflotten in Schutt und Asche. Millionen Familien wurden obdachlos, hunderttausende Zivilisten fielen den alliierten Bomberangriffen zum Opfer. Trotzdem wurde der Kampf bis zur Schlußphase in und um Berlin durchgehalten. Von Mitte April 1945 bis zur Kapitulation in Berlin hatte die Rote Armee nochmals nach offiziellen Zahlen 306.000 Mann Verluste.

In den allerletzten Kriegstagen bis zur Eroberung des Reichstags durch die Rote Armee fielen auf den wenigen hundert Metern zwischen dem Berliner Spreeknie, wo heute das neue Kanzleramt und die Schweizer Botschaft stehen, tausende deutscher und russischer Soldaten den Kämpfen zum Opfer. Die Rote Armee hatte auf dem Reichstag bereits die Rote Siegesfahne gehißt, da wurde aus dem Keller und oberen Stockwerken des Reichstags noch immer zurück geschossen. Ähnliches gilt für den Abwehrkampf an der Westfront, u.a. bei Aachen im Hürtgenwald, im Elsaß. Da fiel kein Kartenhaus bei der ersten ernsthaften Erschütterung zusammen, wie vielfach in den heutigen deutschen Medien suggeriert wird.

Es ist diese kompromißlose, entschiedene Gegenwehr bis zum bitteren Ende, die schon für die Generation der Kinder und Enkel der damaligen Wehrmachtssoldaten kaum oder gar nicht nachvollziehbar ist, obwohl sie der Erlebnisgeneration noch am nächsten stehen. Das dürfte nicht nur mit der "post-heroischen" Zeit zusammenhängen, in der wir Anfang des 21. Jahrhunderts in den westlichen, insbesondere europäischen Gesellschaften leben.

Bis zur alliierten Landung im Sommer 1944 in der Normandie und dem sowjetischen Durchbruch im Mittelabschnitt der Ostfront mag man sich ja noch in der Illusion gewiegt haben, es könne alles noch halbwegs gut ausgehen. Ab Sommer 1944 nicht mehr, jeder Zweifel war ausgeschlossen. An allen Fronten folgte Niederlage auf Niederlage. Die Verluste wurden immer höher. Das Schlachtfeld verlagerte sich auf das Reichsgebiet, schließlich auf Berlin.

Trotzdem wurde der Kampf fortgesetzt. Für viele entscheidend war die frühe alliierte Forderung nach der "bedingungslosen Kapitulation". Dazu waren die meisten nicht bereit; dann lieber Untergang im Kampf. Die Lähmung der inneren Opposition gegen Hitler und seine Kriegsführung war die Folge. Preußische Militärdisziplin, die unnachsichtige Verfolgung von sogenannten Wehrkraftzersetzen mögen auch eine Rolle gespielt haben.

Die Dolchstoßlegende, die an der Fiktion eines im Felde unbesiegten deutschen Heeres am

Ende des 1. Weltkriegs festhielt, hatte sicherlich ihre Wirkung: so etwas durfte sich nicht wiederholen. Wie weit mythische Vorstellungen von Götterdämmerung, Nibelungentreue etc. bei Einzelnen mitgespielt haben, läßt sich kaum erfassen. Hitler hing diesen Mythenbildern an, er suchte sie auf der großen Weltbühne zu inszenieren und zu verwirklichen - was ihm gelang.

Ab Dezember 1941 begann die systematische, organisierte Ermordung von 6 Millionen Juden in Hitlers Machtbereich. Wie schon ausgeführt gehören beide Entscheidungen zusammen: die Fortsetzung des nicht zu gewinnenden Krieges und der Genozid an den Juden. Hitler wollte die Juden, derer er habhaft werden konnte, in seinen Untergang und den Untergang seines Reiches mit hinein reißen.

Er versprach sich davon eine unvergeßliche Steigerung der von ihm in Gang gesetzten Gewaltorgie. Der Holocaust lief ab wie geplant. Vielfach auch auf Kosten einer effizienten Kriegsführung. Transportmittel wurden u.a. nicht für den dringend benötigten Nachschub eingesetzt, sondern für Menschentransporte nach Auschwitz, Treblinka.

Auch wurde der Holocaust vor der Bevölkerung soweit wie möglich geheim gehalten (Peter Longerich, "Davon haben wir nichts gewußt", München 2006, S. 324 ff.). Das Kriegsgeschehen und der Genozid an den Juden lassen sich nicht trennen, sie greifen ineinander und bedingen sich gegenseitig. Jonathan Littell hat das in seiner Romanfiktion, "Die Wohlgesinnten" (Deutsche Ausgabe 2008) treffend und bleibend dargestellt. "Was man Nachwelt nennt, ist das Fortleben der Werke", Marcel Proust.

### **Aus der zeitlichen Distanz**

Wie könnte die Nachwelt diese Geschehnisse aus langem zeitlichen Abstand beurteilen? Sicherlich wäre es unzureichend und zu einfach, allein auf Adolf Hitler abzustellen. Selbstzerstörende Kräfte gab es im Europa der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts allenthalben. Die Aufklärung, die abendländische Rationalität war vielfach im Begriff "umzuschlagen", wie Theodor W. Adorno es formuliert hat.

Der Kommunismus z.B. war eine Idee, die die Menschheit beglücken sollte, brachte aber Unglück, Verbrechen und millionenfachen Tod. Der Kapitalismus oder der Markt, der angeblich alles richtet, verursachte 1929 ... eine schwere Wirtschaftskrise, die Millionen Menschen auf der ganzen Welt arbeitslos machte, Gesellschaften zerrüttete und in Deutschland in die Machtergreifung der Nazis mündete. (Es ist zu hoffen, daß die Auswirkungen der Finanzkrise 2007/2008 weniger dramatisch sein werden.)

Die Wissenschaft erfüllte ihr Heilversprechen nur teilweise und brachte u.a. mit der Atombombe Tod und Verderben bis hin zum drohenden Untergang der Menschheit. Wissenschaft ist nicht als solche gut. Die Aufklärung und ihre Rationalität lief völlig aus dem Ruder, sie schlug ins Unmenschliche um. Die Exzesse der Rationalität, die nur nach dem Nützlichen und Machbaren fragte, waren die Folge eines umfassenden Werteverlustes, Folge einer radikalisierten Aufklärung, die alles in Frage stellte und umstürzte.

Europa verlor die Selbstgewißheit. Es begann an sich und seiner historischen Mission zu zweifeln. Untergangphantasien machten die Runde. Offenkundig waren Auflösungserscheinungen: Ungewißheiten und Orientierungslosigkeit, die nicht selten in Aggressivität umschlugen. Besonders ausgeprägt war dies in Deutschland, dessen Gesellschaft durch die Niederlage im 1. Weltkrieg nachhaltig erschüttert und besonders verunsichert war. So oder ähnlich könnte eine Diagnose aus der zeitlichen Distanz lauten.

Der Antisemitismus war, wie nicht zu übersehen ist, keineswegs auf Deutschland beschränkt. Es gab in den meisten Ländern Europas und den USA einen latenten Antisemitismus, oft in Form eines gesellschaftlich akzeptierten Salon-Antisemitismus. Kaum ein Staat war bereit, die aus Nazi-Deutschland vertriebenen Juden aufzunehmen. In Deutschland verdichtete sich der Antisemitismus zum Holocaust erst im Dezember 1941, als der Krieg bereits verloren war. Vorher hatte es antisemitische Hetze, Drangsalierungen und Verfolgungen gegeben, aber kei-

nen systematischen und organisierten Genozid.

Nachdem man weiß, wohin das in Krisenzeiten führen kann, wird es hoffentlich in mehreren hundert Jahren keinen Antisemitismus mehr geben. Der sich seit der Gründung Israels ausbreitende Antisemitismus in der arabischen, islamischen Welt mit zunehmend religiöser Grundierung - etwas was es vorher im Islam nicht gab - ist allerdings Grund zur Beunruhigung.

Der hoffnungslose Krieg Deutschlands mit dem entfernten Verbündeten Japan praktisch gegen den Rest der Welt ab Dezember 1941 bis zur finalen Schlacht um Berlin im April/Mai 1945 dürfte die Nachwelt nicht nur als Rätsel interessieren: gewissermaßen als Fallstudie einer Gesellschaft, deren letzte kämpfende Vertreter nach jahrelangem hoffnungslosem Krieg schließlich in Berlin physisch vernichtet werden mußten.

Es war bisher üblich, daß ein derartiger Widerstand in späteren Zeiten heroisiert und glorifiziert wurde. Man denke an den hoffnungslosen Kampf des Spartanerkönigs Leonidas an den Thermopylen gegen die Perser 480 v. Chr. Wahrscheinlich hat auch Hitler und seinen engsten Getreuen etwas Ähnliches vorgeschwebt. Den Soldaten in Stalingrad hielten sie Leonidas und seine Spartaner als leuchtendes Beispiel vor.

Im Deutschland der Nachkriegszeit bis Anfang des 21. Jahrhunderts und von der alliierten Geschichtsschreibung wurde dieser Abwehrkampf weitgehend verschwiegen. Die Briten schwelgen geradezu in einer Herabwürdigung des angeblich "feigen" deutschen Feindes. Das Verschweigen scheint Teil des Exorzismus zu sein, mit dem man jedweder Verherrlichung des Nazi-Regimes begegnet, ein Tabuthema, das man ungern berührt.

Das nützt freilich nichts. Spätere Generationen werden sich vor einer Wiederauferstehung der Nazi-Ideologie nicht mehr zu fürchten brauchen und dieses Thema unbefangener angehen. Vielleicht wird man in dieser kriegerischen Unbeugsamkeit einen markant deutschen Charakterzug sehen, eine Bündelung sogenannter deutscher Sekundärtugenden. Voraussichtlich wird von diesem Totenkampf für die Nachwelt eine gewisse Faszination ausgehen.

Dies um so mehr, als er auf das engste mit dem Genozid an den europäischen Juden verbunden ist. Nach 1945 hat man gehofft und glaubte annehmen zu können, daß der Genozid nun für immer gebannt sei und der Vergangenheit angehöre. Leider haben wir in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts erfahren müssen, daß dem nicht so ist:

Ruanda, Kambodscha, Bosnien/Srebrenica, Sudan/Darfur sind traurige Beispiele für das Gegenteil. Die Türkei weigert sich bis heute beharrlich, den Völkermord an den Armeniern im 1. Weltkrieg einzugestehen.

Wie gehört das zusammen: Völkermord auf der einen, schwere Krisen, Krieg um die Existenz, sei es der eigenen Nation oder des eigenen Volkes auf der anderen Seite? Welche Prädispositionen begünstigen in solchen Situationen kollektive Radikallösungen, die im Genozid gipfeln können? Wenn die Menschen in künftigen Generationen keinen moralischen Quantensprung machen, wofür leider wenig spricht, muß man davon ausgehen, daß der Genozid in Extremsituationen auch künftig nicht ausgeschlossen werden kann. Dann wird der 2. Weltkrieg vom Dezember 1941 bis Mai 1945 ein Fallbeispiel sein, das möglicherweise auf einige Fragen Aufschluß geben kann.

Das Kriegsende 1945 besiegelte auch das Ende der europäischen Vorherrschaft in der Welt. Zwar durften Churchill, später auch de Gaulle für Frankreich unter den Siegern Platz nehmen. Churchill konnte schon seit 1943 keinen entscheidenden Einfluß mehr auf Kriegsverlauf und Nachkriegsordnung nehmen, wie er schmerzlich erfahren mußte. Frankreich war ohnehin geschlagen worden. Das Empire, für das Churchill gestritten hatte, zerbrach unmittelbar danach. Dem Kampf gegen Hitler hatte Churchill entgegen seiner Zielsetzung das Empire geopfert. Entscheidend ist die Verlängerung des Krieges, die dem britischen Empire letztlich das Kreuz brach.

Großbritannien war 1945 so erschöpft, daß es die Gestaltung der Nachkriegsordnung anderen, den USA und Stalin überlassen mußte. Der Konkurrent Deutschland war zwar ausgeschaltet, aber Großbritannien lag selbst am Boden. Das gleiche galt für Frankreich. Als europäische Großmacht hatte allein die Sowjetunion bis zur Zeitenwende 1989/1990 überlebt.

Die klassischen Mächte Europas: Frankreich, Großbritannien, Deutschland waren 1945 entmachteter. Europa hatte die Möglichkeit, seine Zukunft selbst zu bestimmen, zumindest für eine längere Zeitspanne verloren. Deutschland war besiegt, die Großmachtstellung von London und Paris stand nur noch auf dem Papier.

Der Aspekt einer aus den Fugen geratenen europäischen "balance of power", die nicht mehr das Zurechtstutzen sondern das Ausschalten eines Gegners und Mitspielers im europäischen Mächtekonkordat zum Ziel hatte, wird als eine Art kollektiver Suizid Europas die Nachwelt ebenfalls faszinieren. Das gilt besonders dann, wenn auf dem Globus eine multipolare Welt entsteht, wie es zu Beginn des 21. Jahrhunderts den Anschein hat. Diese multipolare Welt wird vor Problemen stehen, die denen Europas im 20. Jahrhundert gleichen.

Wenn nicht alles täuscht wird die Nachwelt nach vielen Jahrhunderten von Deutschland demnach in Erinnerung behalten:

- 1) den objektiv hoffnungslosen Kampf gegen eine übermächtige Koalition bis zur letzten Schlacht um Berlin 1945,
- 2) den Genozid an den europäischen Juden, der mit dem seit Dezember 1941 radikalisierten Krieg untrennbar im Zusammenhang steht und
- 3) das Ende der europäischen Vorherrschaft in der Welt infolge des Kampfes von Churchill um die endgültige Ausschaltung Deutschlands als Konkurrenten. An diesen drei Punkten könnte sich abarbeiten, wer aus deutscher Sicht zum überlieferten Bild unserer Geschichte für die Nachwelt beitragen will.

Das ist zugegeben eng und irgendwie schade. Denn damit geraten die eigentlich wichtigen deutschen Beiträge zur europäischen Geschichte, die deutsche Philosophie und die klassische Musik, ins Abseits und möglicherweise in Vergessenheit. Es bleibt jedoch dabei:

Mit den zwei Weltkriegen und dem Höllenritt von Dezember 1941 bis Mai 1945 hat sich Deutschland für immer ins Gedächtnis der Menschheit eingebrannt und ist - man kann es auch so ausdrücken - der Geschichtslosigkeit entronnen. Manche mögen eine deutsche Geschichtslosigkeit einer solchen deutschen Geschichte vorgezogen haben. Ändern können sie es nicht mehr.

### **Die zeitliche Bedingtheit historischen Wissens**

Martin Heidegger hat herausgearbeitet, daß die Suche nach dem absoluten zeitlosen Fundament der Erkenntnis aus dem Vergessen der menschlichen Zeitlichkeit kommt. Der Mensch wird in das "Sein geworfen", über das er in der kurzen Zeit, in der er lebt, keine Verfügung hat. Die Geschichtlichkeit des Menschen ist eine Bedingung der Möglichkeit des Verstehens. Die geschichtliche Gebundenheit ist die Vorstruktur des Verstehens, der Mensch kann sich davon nicht lösen.

Das gilt auch für unsere Gegenwart. Wir sind in diese Vorstruktur, in unsere zeitgebundenen Vorurteile eingebunden (vgl. M. Heidegger, Sein und Zeit, Tübingen 1986, 16. Aufl., S. 114). Die Zeitgebundenheit unseres heutigen Verstehens der jüngsten deutschen Geschichte ist offenkundig. Frei machen können wir uns davon nicht. Wir können unseren Zeithorizont, die kurze Phase unserer Existenz nicht überschreiten. Wir wissen nicht, in welchen Sinnzusammenhang die Menschen in einigen hundert Jahren die deutsche Geschichte der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts sehen und stellen werden. Es wird ein anderer sein als heute.<<

Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Udo Ulfkotte (1960-2017) schrieb am 1. November 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Widerstandslose Aufgabe

Am Sonntag wurde in Duisburg die größte Moschee in Deutschland eingeweiht, nur Tage davor wurde im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg die erste Moschee im Gebiet der neuen Länder eröffnet, kurz zuvor eine weitere in Ingelheim. Regelmäßig gratulieren Politiker und Kirchen bei den oft offiziellen Festveranstaltungen. In Duisburg redete Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, ein katholischer Bischof und ein evangelischer Repräsentant sprachen Grußworte, die Einweihung bildete den Auftakt zu einer ganzen Festwoche.

Der in Ingelheim eingeweihte und von Politikern und Kirchenvertretern ebenfalls euphorisch gefeierte Neubau heißt "Fatih-Sultan-Moschee". Der Name ist wohl nicht zufällig gewählt. Der türkische Sultan Mehmet II. trug den Beinamen "Fatih" ("der Eroberer"). Im Jahre 1453 hat dieser Christenhasser das bis dahin christliche Konstantinopel überrannt, alle Christen zusammentreiben, pfählen und köpfen lassen. Er zerstörte das christliche Byzantinische Reich. Das von ihm angeordnete Blutbad war grauenvoll.

Überall in Europa nennen muslimische Mitbürger heute ihre neu entstehenden Moscheen nach den großen Christenhassern ihrer Geschichte. Viele klatschen, wenn etwa mit immer neuen "Fatih"-Moscheen die Gefühle europäischer Christen mit Füßen getreten werden. Bloß nicht den Islam "beleidigen". Kämen Christen auf die Idee, eine Basilika etwa nach dem Kreuzfahrer Gottfried von Bouillon zu benennen? (Womöglich - eine besonders absurde Vorstellung - eine neu gebaute Kathedrale mitten in einem islamischen Land?)

Wollen wir die Wahrheit nicht wissen? Politiker begrüßen, daß die europäische Hauptstadt Brüssel "multikulturell" ist. 57 Prozent der Neugeborenen sind dort derzeit Muslime. Wie in vielen europäischen Städten ist auch dort Mohammed der häufigste Vorname für männliche Neugeborene. Brüssel wird nach Angaben der Universität von Löwen (Leuven) in etwa 15 Jahren eine mehrheitlich islamische Stadt sein.

Die Entwicklung zieht sich durch ganz Europa. Und überall geben wir unsere Werte auf: In Dänemark zahlt seit diesem Jahr die erste Kirche Schutzgeld an Muslime, um ihre Christen beim Kirchgang vor Übergriffen zu schützen. Wir haben zwar Gesetze in Europa, die eigentlich für alle gelten, dennoch akzeptieren wir inzwischen sogar islamische "Scharia-Gerichte", und schon gestatten wir unter bestimmten Voraussetzungen Muslimen die Polygamie. In Ländern wie Schweden diskutiert man über einen Strafnachlaß für "Ehrenmörder" - alles andere könnte ja den Islam beleidigen.

Ein "Kampf der Kulturen" findet nicht statt - wir geben unsere Werte widerstandslos auf. Unsere Kinder werden uns bittere Fragen stellen. Dann aber dürfte es zu spät sein, die Entwicklung noch aufzuhalten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. November 2008 (x887/...): >>"Wir fühlen mit Ihnen"

Konrad Löw über Judenverfolgung in München

Nein, die Deutschen waren keine ausgemachten Judenhasser. Trotz Judenverfolgung und Holocaust gab es genügend Menschen, die ihre jüdischen Nachbarn mochten, ihnen beistanden oder ihnen gar das Leben retteten.

Der PAZ-Autor Konrad Löw hat es sich zum Ziel gemacht, zumindest die Bewohner seiner Heimatstadt gegen den Vorwurf der Kollektivschuld zu verteidigen. "Die Münchner und ihre jüdischen Mitbürger 1900 bis 1950 im Urteil der NS-Opfer und -Gegner" heißt sein neues Buch, in dem er erklärt, daß München zwar als die Geburtsstadt der NS-Bewegung in die Geschichte eingegangen sei, dies jedoch nicht bedeutete, daß die Bewohner der bayrischen Landeshauptstadt alles unwidersprochen mitgemacht hätten, was von den Nationalsozialisten ausgegangen sei.

Allerdings war der öffentliche Widerspruch eine absolute Seltenheit, es war vielmehr der Alltag, in dem die Menschen ihren jüdischen Nachbarn Mut zusprachen. So berichtet der Jude Hermann Klugmann über Mißbilligung in den Mienen der Zuschauer beim Abriß der Münch-

ner Hauptsynagoge. "Als ich an einem Tage in der Abendstunde von der halb niedergerissenen Synagoge wegging, gesellte sich ein Mann zu mir ... Er sagte zu mir: 'Sie gehören doch auch zu der jüdischen Gemeinde?' Als ich sehr zögernd antwortete, meinte er: 'Haben Sie keine Angst, wir Katholiken fühlen mit Ihnen' und entfernte sich."

Andere berichten, daß sie zwar Repressionen von Seiten der Behörden ausgesetzt gewesen seien, jedoch keinerlei persönliche Verunglimpfung erfahren hätten. Nur widerwillig entschieden sich die meisten von ihnen zur Auswanderung, denn, so ist nun mal die traurige Wirklichkeit, wer bis nach 1941 blieb, weil er seine Nachbarn und Freunde in München nicht verlassen wollte, der überlebte nur selten. Denn selbst die besten deutschen Freunde konnten zumeist den Abtransport in Konzentrationslager nicht verhindern, die meisten Deutschen versuchten es auch gar nicht, zumal sie häufig auch erst im Nachhinein davon erfuhren.

Konrad Löw zitiert viele Zeitzeugen, die belegen, daß es in München Mitmenschlichkeit gab. So mancher Jude kehrte schließlich auch nach 1945 in seine Heimatstadt zurück.

Ein wenig verwirrend ist es manchmal, daß der Autor ziemlich flott hintereinander mehrere teilweise bereits erwähnte Zeitzeugen zitiert, ohne nochmals wenigstens den Vornamen zu nennen. Auf diese Weise ist die Zuordnung der einzelnen Personen manchmal nur durch Zurückblättern auf einige Seiten zuvor möglich. Auch die Kapitel hätten manchmal klarer strukturiert werden können.

Dank an den Autor für seine Arbeit, die anhand vieler Belege zu verdeutlichen vermag, daß es bei der Judenverfolgung keineswegs nur wenige gute und viele böse Deutsche gab. Er zeigt, daß eine reine Schwarzweiß-Malerei bei der Judenverfolgung viel zu oberflächlich ist.

Konrad Löw: "Die Münchner und ihre jüdischen Mitbürger 1900 bis 1950 im Urteil der NS-Opfer und -Gegner", ... München 2008 ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 berichtete im November/Dezember 2008 (x853/...): >>Weltweite Christenverfolgung durch den Islam

Von MICHAEL MANNHEIMER

"Juden und Christen sind dem Schweißgestank von Kamelen und Dreckfressern gleichzusetzen und gehören zum Unreinsten der Welt ... Alle nichtmuslimischen Regierungen sind Schöpfungen Satans, die vernichtet werden müssen."

Dies ist nicht etwa ein Zitat eines durchgeknallten Muslims aus dem finsternen Mittelalter. Kein Geringerer als Ayatollah Khomeini, höchster schiitischer Geistlicher und in der Hierarchie der Schiiten somit gleichzusetzen mit der Rolle des Papstes im Christentum, qualifizierte mit eben diesen Worten auf zahlreichen seiner öffentlichen und weniger öffentlichen Veranstaltungen pauschal alle Christen, Juden und sonstige "Ungläubige" der Welt ab.

In den 80er Jahren fanden seine Worte kaum international Beachtung. Heute jedoch, im Jahr 6 nach den verheerenden Anschlägen in New York, in einer Zeit eines global gewordenen islamischen Terrorismus, wird zunehmend klar, daß sie der verbale Auftakt einer weltweiten Kampfansage seitens radikaler Muslime gegen den Rest der Welt waren: Wie selten zuvor in seiner Geschichte zeigt sich der Islam in seiner fundamentalsten und archaischesten Form. Global - sowohl in islamischen wie auch in nicht-islamischen Ländern - kämpfen fanatische muslimische "Gotteskrieger" für den Siegeszug des Islam und für die unmittelbare und am Wort klebende Umsetzung der Suren des Koran.

Bei den Suren handelt es sich um sog. "Verbalinspirationen" - also um wortwörtliche Einflüsterungen Allahs, des "einzigen und wahren Gottes". Für die strenggläubigen saudischen Wahabbiten spricht Allah die Sprache des Koran, arabisch also. Folgerichtig muß Allah Araber und die arabische Nation das auserwählte Volk Gottes sein.

Jede Kritik an auch nur einem Wort des Koran, und mag es noch so unbedeutend erscheinen, wird noch heute als Gotteslästerung in den meisten muslimischen Staaten bestraft, in Saudi-Arabien etwa gar mit der Todesstrafe. Im Prinzip darf der Koran auch heute nicht in andere

Sprachen übersetzt werden, da eine solche Übersetzung allein schon die arabische Sprache Allahs verfälsche und eine Interpretation des arabischen Ursprungstextes beinhalte. Weltweit mußten und müssen die Koranschüler den Koran daher in seiner Ursprungssprache lernen.

Meist verstehen sie davon nicht mehr als eine phonetische Lautfolge einer fremden Sprache. Die Übersetzung und Interpretation der koranischen Inhalte war jahrhundertlang ausschließlich Korangelehrten vorbehalten. Die Gläubigen hatten kritiklos das zu glauben, was ihnen vorgetragen wurde. Die interpretatorische und theologische Machtstellung der Imame und Ajatollahs war und ist bis zum heutigen Tage unumstritten.

Eine Adaption der Inhalte des Koran an die sich verändernden Zeiten hat es nie gegeben. Und genau hier liegt das Problem:

Denn an mehr als 200 (!) Stellen ruft der Koran zur Verfolgung, ja zum Mord an "Ungläubigen" auf. Das ist einzigartig innerhalb der Weltreligionen und ohne Frage eine der Hauptursachen für den weltweiten islamitischen Terrorismus. Gewiß, es gibt auch Verse aus der mekkanischen Ära Mohammeds, in welcher er versucht hat, mit relativ friedlichen Mitteln die schon lange vor der Entstehung des Islam im Vorderen Orient lebenden Juden und Christen für seine neue Religion einzunehmen.

Doch nach seiner Vertreibung nach Medina durch eben jene Christen und Juden (622) änderte Mohammed radikal seine Strategie gegenüber den "Ungläubigen", wie der muslimische Sammelbegriff gegenüber allen Nicht-Muslimen bis auf den heutigen Tag lautet. Wer nicht zum Islam übertrat, wurde verfolgt, getötet oder versklavt.

Ein besonders brutales Vorgehen zeigte Mohammed dabei im Jahre 627 n. Chr. gegenüber dem jüdischen Stamm der Quraiza (Banu Kureiza): in seinem Bestreben, Medina "judenrein" zu machen, ließ er siebenhundert Männer dieses jüdischen Stammes (andere Quellen berichten von über tausend Männern) enthaupten und deren Frauen und Kinder versklaven. Es wird berichtet, daß Mohammed bei diesem Massaker selbst aktiv teilgenommen haben soll.

Die Juden- und Christenverfolgung durch den Islam hat eine lange Tradition und geht bis auf die Tage Mohammeds zurück. In der Geschichte des Islam gab es zwar immer wieder Zeiten einer relativ friedlichen Koexistenz zwischen Muslimen und "Ungläubigen". Doch diese waren vom öffentlichen Leben weitestgehend ausgeschlossen und wurden mit der "Dhimmi-Steuer", der Sondersteuer für "Ungläubige" belegt. Dhimmis, zu denen Juden und Christen zählen, haben kein Recht, Waffen zu tragen, auch dürfen sie (bis zum heutigen Tage) die heiligen Städte Medina und Mekka nicht betreten. Männliche Dhimmis dürfen keine Muslimin heiraten - umgekehrt jedoch ist es möglich (die geheirateten weiblichen Dhimmis wurden bis heute stets zwangsislamisiert).

Eine Zeugenaussage eines Dhimmis gegenüber einem Muslimen hat vor Gericht keinen Wert. Ein besonders groteskes Beispiel fiel Napoleon auf: Bei seinem Ägypten-Feldzug bemerkte er Männer, die verkehrt herum auf ihren Pferden saßen. Auf seine Nachfrage, was dies für eine merkwürdige Sitte sei, erfuhr er, daß dies die in Ägypten vorgeschriebene Reiterhaltung für Ungläubige (Dhimmis) sei.

### **Die Situation heute**

In kaum einer Zeit wurden die Christen so stark verfolgt wie in der Gegenwart. Nach Quellen der "Evangelischen Allianz" wird alle drei Minuten ein Christ wegen seines Glaubens hingerichtet - überwiegend in islamischen Ländern. Die "Katholische Kirche Schweiz" berichtet, daß pro Jahr 100.000 Christen wegen ihres Glaubens von Muslimen ermordet oder zu Tode gefoltert werden. Jeder zehnte Christ ist nach Angaben der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" Opfer von Diskriminierung und Gewalt.

Laut dem Weltverfolgungsindex der Menschenrechtsorganisation "Open Doors" aus dem Jahre 2006 sind Christen die weltweit meistverfolgte Religion. "Millionen Christen leiden wegen ihres Glaubens unter Benachteiligungen oder Verfolgung - sei es in islamischen Ländern, tota-

litären Staaten oder in Gebieten, in denen Gewalt herrscht. Sie gelten häufig als Bürger zweiter Klasse, denen selbst humanitäre Grundrechte verwehrt werden", lautet das vernichtende Urteil von Open Doors zur Menschenrechtssituation der Christen.

Open Doors hat in seinem Weltverfolgungsindex eine Rangliste von 50 Staaten erfaßt, in denen Christenverfolgungen vorkommen. Zur Ermittlung dieses Index benutzt Open Doors einen eigens hierfür erstellten Fragebogen aus 50 Fragen. Die Antworten werden mit einer Punktzahl bewertet.

Die Gesamtsumme der Punkte für ein Land bestimmt dessen Position im Weltverfolgungsindex. Recherchiert werden dabei verschiedene Aspekte der Religionsfreiheit wie etwa dem rechtlichen und offiziellen Status von Christen (Ist Religionsfreiheit in der Verfassung verankert? Haben Bürger das gesetzliche Recht, zum Christentum zu konvertieren?), aber auch eine Analyse der tatsächlichen Situation der im Lande lebenden Christen (Werden sie wegen ihres Glaubens zu Gefängnis- oder Arbeitslagerstrafen verurteilt? Werden sie in die Psychiatrie eingewiesen oder gar getötet?)

Es werden auch Gesichtspunkte bzgl. der Freiheit und der Einschränkungen der Kirche im jeweiligen Land untersucht (Dürfen Christen christliche Literatur drucken und verbreiten? Werden christliche Veröffentlichungen im untersuchten Land zensiert oder verboten? Werden Versammlungsorte von Christen oder deren Häuser aus christenfeindlichen Motiven angegriffen, angezündet oder anderswie zerstört?)

Das Fazit dieser weltumspannenden Studie ist erschreckend und aufschlußreich zugleich: In 6 der 10 Länder mit der schärfsten Christenverfolgung sowie in 37 der 50 erfaßten Länder herrscht der Islam. In weiteren 7 Ländern herrscht eine (überwiegend kommunistische) totalitäre Struktur (Nordkorea, Kuba, China, Vietnam, Laos, Weißrußland, Bhutan). Kennzeichen der restlichen 6 Länder sind meist soziale Unruhen oder langjährige Rebellenaufstände (Nepal, Südmexiko, Sri Lanka, Kolumbien, Kenia).

Ein Fazit der Studie: Die vorherrschende Staatsform aller 50 Verfolgerstaaten ist ein ausgeprägter staatlicher oder theokratischer Totalitarismus. Und tatsächlich zeigt der Islam in seiner ungefilterten und koranfixierten Ausprägung alle Anzeichen eines totalitären Systems.

Laut dem Totalitarismus-Modell nach Friedrich/Brzezinski sind die typischen Merkmale eines totalitären Staates:

- Utopische/religiöse/fanatische Ausrichtung einer "absoluten" Ideologie
- Einzige, hierarchisch organisierte Staatsgewalt
- Fehlen einer Gewaltentrennung (Legislative/Exekutive/Judikative)
- Vollständiges Monopol der Massenkommunikationsmittel - Physisches und/oder psychisches Terrorsystem (Kontrolle und Überwachung durch Geheimpolizei)
- Vollständige Repression von Andersdenkenden

Bassam Tibi, einer der führenden deutschen Islamexperten und selbst Muslim, beschreibt den Islam daher auch als "in seiner Grundstruktur totalitär, da er die menschliche Wirklichkeit in seiner Totalität bestimmt."

Im Jahr 1980 erließ die "Panislamische Konferenz" in Lahore (Pakistan) einen Geheimbeschluß folgenden Inhalts: "Das ganze Gebiet (Anmerkung: Naher Osten) ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind - die Koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, in Libanon, Syrien ... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen."

Ein Beschluß mit weitreichenden Konsequenzen: So schwand die jüdische Bevölkerung in den arabischen Staaten in der Zeit von 1948-2001 um sage und schreibe 91 Prozent von ursprünglich 855.000 Bewohnern jüdischen Glaubens auf die Restsumme von ganzen 7.800. Eine ganz aktuelle Form des "ethnic cleansing", die bislang von der westlichen Presse entwe-

der nicht bemerkt oder totgeschwiegen wird.

Nicht viel anders sieht es mit dem zweiten Hauptfeind der Muslime aus, den Christen. Mehr oder weniger von der Weltöffentlichkeit ignoriert, spielt sich nicht nur im Nahen und Mittleren Osten derzeit eine Christenverfolgung ab, über die die Monatszeitschrift Cicero (Potsdam) schreibt: "Wie zu Kaiser Neros Zeiten werden heute Christen in vielen Ländern diskriminiert, gefoltert oder umgebracht."

Wie es um die Lage von Christen im Einzelnen bestellt ist, soll in der Folge am Beispiel von zehn muslimischen Ländern aufgezeigt werden.

### **Die Fakten**

#### **Beispiel 1: Ägypten - Entführungen und Zwangsislamisierungen junger Christinnen**

In Ägypten lebten die koptischen Christen schon Jahrhunderte, bevor der Islam Staatsreligion wurde. Lange Zeit gab es - unterbrochen von immer wieder aufflammenden interreligiösen Feindseligkeiten - ein relativ friedliches Nebeneinander, bis sich die Situation durch die Gründung der Muslimbruderschaft 1928 durch den ägyptischen Fundamentalisten Hasan al-Banna in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts drastisch zu Ungunsten der Christen des Landes änderte.

Das Ziel der Muslimbruderschaft ist kein geringeres als eine islamische Weltrevolution mit dem Ausblick eines globalen islamischen Weltstaates. Alle islamistischen Terrororganisationen wie Hamas, Hisbollah, Al Kaida, Taliban oder die Kaukasus-Islamisten berufen sich auf die Schriften der ägyptischen Muslimbrüder und insbesondere auf die des Gründers al-Banna. Rein formell herrscht in Ägypten zwar Religionsfreiheit. Doch die Praxis sieht anders aus. So werden immer wieder ägyptische Christinnen von Muslimen entführt und nach ihrer Zwangsislamisierung mit einem ägyptischen Muslim zwangsverheiratet.

Ein Zurück in die christliche Religion ist für diese Frauen so gut wie ausgeschlossen. Und immer wieder werden christliche Kirchen von Muslimen angegriffen oder Häuser koptischer Christen zerstört. Im Februar 2007 nahm die Polizei im oberägyptischen Armant zwei koptisch-orthodoxe Familien fest, nachdem diese zur Polizeistation gekommen waren, um Brandanschläge auf ihre Häuser anzuzeigen. "Die Kopten wurden von der Polizei gezwungen ein Protokoll zu unterzeichnen, wonach sie ihre Häuser selbst angezündet hätten, um die Tat Muslimen anzulasten und Polizeischutz einzufordern", berichtet die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGFM.

Feindseligkeiten gegenüber Christen sind in Ägypten in den letzten 50 Jahren stark gewachsen. So gab es im Oktober 2005 in Alexandria einen Gewaltausbruch gegenüber Christen, nachdem die Muslimbrüder über 20.000 Kopien einer DVD unter Muslimen verteilt hatten mit Texten angeblicher anti-islamischer Predigten seitens der Kopten. Drei Menschen wurden bei diesem Aufruhr getötet, sieben Kirchen beschädigt und eine Nonne durch eine Messerattacke schwer verletzt.

Alle muslimischen Mordverdächtigen der Angriffe vom Januar 2000 in El Kosheh wurden mittlerweile freigelassen, nachdem das Interesse der Weltöffentlichkeit an diesem Massaker verblaßt war.

#### **Beispiel 2: Kamerun - Al Kaida will Christen aus dem Land vertreiben**

Im westafrikanischen Kamerun versuchen islamische Fundamentalisten, religiöse Unruhen zu entfachen. Vor allem aus dem benachbarten Nigeria dringen immer wieder islamische Gotteskrieger ein und schüren mit Flugblättern den Haß gegen Christen. Bei ihren Aktivitäten werden sie dabei logistisch und finanziell von der Al Kaida unterstützt. Islamische Extremisten rufen junge Muslime dazu auf, Christen aus dem Land zu jagen.

Nach Kirchenangaben wurden bereits zahlreiche christliche Familien mit Gewalt aus ihren Häusern vertrieben. Darüber hinaus werden junge Muslime aufgefordert, Christinnen zu heiraten und sie zum Übertritt in den Islam zu zwingen und auf diese Weise allmählich den muslim-

mischen Bevölkerungsanteil zu erhöhen.

Diese Methode geht bis auf die Zeiten Mohammeds zurück und hat sich in der Geschichte der weltweiten Ausbreitung des Islam als Königsweg im weltweiten Eroberungszug des Islam erwiesen und ist - nebenbei bemerkt - auch die Hauptursache der Konversionen zum Islam in den westlichen Ländern.

### **Beispiel 3: Eritrea - Über 200 Christen ihres Glaubens wegen in Haft**

Wie die evangelische Nachrichtenagentur "idea" am 5. September 2005 berichtete, werden im muslimischen Eritrea immer mehr Evangelikale verhaftet und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben zu Gunsten des Islam abzuschwören. Dabei liegt die Härte der Verfolgungen ganz im Ermessen der Behörden. In den letzten Jahren sind Verhaftungen von 883 Christen aus zwölf für illegal erklärten Religionsgemeinschaften bekannt geworden.

16 prominente Pfarrer wurden ins Gefängnis geworfen, darunter vor mehr als einem Jahr Pfarrer Haile Naizgi, der Leiter der größten Pfingstgemeinde Eritreas, Dr. Kifle Gebremeskel, Vorsitzender der Eritreischen Evangelischen Allianz sowie Pfarrer Tesfatsion Hagos von der evangelischen Rhema-Kirche in Asmara.

### **Beispiel 4: Somalia - Christen als Menschen zweiter Klasse**

Die Christen Somalias werden als Menschen zweiter Klasse denunziert. Die mittlerweile in den USA lebende Exil-Somalierin Ayan Hirsi Ali So beschreibt ihre familiäre und schulische Erziehung in Bezug auf Christen in ihrem Buch "Ich klage an" u.a. mit folgenden Worten: "Die anderen, die Kuffar, die Ungläubigen, sind asozial, unrein, barbarisch, nicht beschnitten, unmoralisch, gewissenlos und vor allem obszön: Sie haben keine Achtung vor Frauen. Ihre Mädchen und Frauen sind Huren, ihre Männer homosexuell ... Die Ungläubigen sind verflucht ... und Gott wird sie im Jenseits überaus hart bestrafen."

Am 17. September 2006 wurde eine italienische Nonne in der somalischen Hauptstadt Mogadischu von islamistischen Rebellen erschossen. Bei dem Angriff in einem Krankenhaus wurde auch ihr somalischer Mitarbeiter getötet. Laut inoffiziellen somalischen Informationen steht das Verbrechen im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Islam-Äußerungen von Papst Benedikt XVI. während seiner Regensburger Rede.

### **Beispiel 5: Türkei - Christen führen ein Dasein als Bürger zweiter Klasse**

Selbst im laizistischen Vorzeigestaat Türkei hat sich das Blatt gewendet. Die Türkei, dereinst von ihrem Gründer Atatürk als moderner, westlich ausgerichteter Staat gedacht, wandelte sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend in Richtung eines islamischen Fundamentalstaates. Ihr derzeitiger Präsident Erdogan sowie der amtierende Außenminister Gül machen aus ihrer islamistischen Einstellung keinen Hehl. Unter manchen Europapolitikern ist unvergessen, was Erdogan als Mitverfasser eines Manifests seiner Partei 1997 empfahl: Die Vernichtung aller Juden und den Kampf gegen den Westen, indem man die "Demokratie nicht als Ziel, sondern als Mittel" begreift.

Und bis heute wird Erdogans folgende entlarvende Äußerung (gehalten bei einer Rede als Oberbürgermeister von Istanbul) sowohl seitens der Medien als auch der EU-Politiker entweder verharmlost oder schlichtweg ignoriert: "Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten."

Diese Worte sollten besonders uns Deutsche nachdenklich machen. War es doch kein Geringerer als Joseph Goebbels, der in seinem Artikel mit dem Titel "Was wollen wir im Reichstag?" (in "Der Angriff" vom 30. April 1928) die Strategie der Nationalsozialisten mit folgenden Worten beschrieb: "Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist

das ihre Sache ..."

Wie Erdogan oder andere Muslimführer heute wurde zu seiner Zeit auch Goebbels von niemandem so recht ernst genommen. Der Staatsgründer Atatürk selbst würde in der jetzigen Türkei als "Ungläubiger" und Feind des türkischen Volkes gebrandmarkt.

War doch für ihn der Islam nichts weiter als "die absurde Theologie eines unmoralischen Beduinen." Seltsam nur, daß diese Worte ihres Staatsgründers bis zum heutigen Tage weder von türkischen noch Muslimen anderer Saaten als Prophetenbeleidigung verstanden werden.

Von dereinst 250.000 Griechisch-Orthodoxen in Istanbul sind knapp 2.000 übriggeblieben, von mehr als 2 Millionen christlichen Armeniern (in osmanischer Zeit) leben noch ganze 80.000 im Land. Die Ermordung von mehr als 1,5 Millionen christlicher Armenier durch die Jung-Türken gilt unter Historikern als erster Genozid im 20. Jahrhundert. Claude Mutafian (Universität Paris) schilderte die Geschichte der türkischen Verleugnung des Völkermordes. Kemal Atatürk, Gründer der Türkei, verleugnete die Existenz der Armenier, um den Anspruch der Turkvölker aus Mittelasien auf die Türkei zu rechtfertigen.

Erst 1965, mit dem Segen der Sowjetunion, "erwachten die Armenier", um den NATO-Partner Türkei an den Pranger zu stellen. Die Türkei hingegen spricht bis zum heutigen Tag von einem "Aufstand der Armenier" und "tragischen Kriegsereignissen".

Raymond Kevorkian, Universität Paris, beschrieb die Radikalisierung der Jungtürken nach den Balkankriegen und dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. "Der Prozeß eines sozialen Darwinismus setzte ein. Für die Türken galt gegenüber den Armeniern, der größten nicht-türkischen Volksgruppe neben Griechen, Juden und arabischen Syrern, das Prinzip: du oder ich." Kevorkian erzählt, wie die Armenier ausgeraubt, deportiert und schließlich ermordet wurden. Den Jungtürken ging es um eine "demografische Homogenisierung". Im März 1915 wurden "Sondereinheiten" zwecks "Liquidierung" der Armenier eingesetzt. Sie wurden in 30 "Schlachthäusern" konzentriert.

Beim Euphrat wurden sie durch enge Schluchten gejagt. Frauen und Kinder wurden "ausgefilitert", während die Männer ermordet wurden. Die Befehle kamen per Feldtelefon. Die Mörder behaupteten, "Dienst für die Heimat" geleistet und "Fremdkörper entfernt" zu haben. Obgleich dem Islam abgeneigt, hätten die Jungtürken die Religion für einen "ethnischen Nationalismus" instrumentalisiert.

Vergessen ist der zeitgleich stattgefundene Völkermord an über 500.000 christlichen Aramäern. Die Leidensgeschichte der aramäischen Christen ist weitgehend unbekannt; der ottomatisch-türkische Massenmord an über 500.000 von ihnen im Ersten Weltkrieg ist bisher von keinem einzigen Staat offiziell verurteilt worden.

Der heute in der Schweiz lebende Aramäer Simon sieht für die aramäischen Christen in der Türkei keine Zukunft: "Aufgrund von Anschlägen und Diskriminierung leben nur noch zwei- bis dreitausend aramäische Christen in der Türkei. Hunderttausende sind wie ich ins Ausland ausgewandert oder geflohen.

In wenigen Jahrzehnten werden wohl nur noch Geschichtsbücher über das einstmals blühende Leben der aramäischen Christen in der Türkei Auskunft geben. Ohne Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit im Ausland können die aramäischen Christen in der Türkei nicht überleben." Heute ist der Islamunterricht an der Volksschule für die wenigen übriggebliebenen aramäischen Christen in der Türkei obligatorisch. Wer als Christ beim Staat arbeitet oder in der Armee dient, muß massive Benachteiligungen in Kauf nehmen.

In der Türkei, die diese beiden Völkermorde bis zum heutigen Tag vehement bestreitet, steht bereits die öffentliche Erwähnung des Genozids an den Armeniern bis heute unter schwerer Strafe.

Derzeit stellen in der Türkei alle Christen zusammen, einschließlich der Ausländer, einen Bevölkerungsanteil von weniger als einem Prozent - Tendenz sinkend. Entgegen den offiziellen

türkischen Verlautbarungen führen Christen dort ein Dasein als Bürger zweiter Klasse. Kirchlichen Baumaßnahmen wird mit erheblichen Schikanen begegnet, kirchliche Einrichtungen werden immer wieder enteignet. Selbst kleinste bauliche Änderungen oder Renovierungsmaßnahmen an den Kirchen bedürfen der staatlichen Genehmigung. Oft warten die Gemeinden Jahre, bis eine solche eintrifft - wenn überhaupt.

1971 wurde die theologische Hochschule der griechisch-orthodoxen Kirche geschlossen, und im Jahre 1997 wurde den syrisch-orthodoxen Klöstern verboten, die aramäische Sprache zu lehren. Gleichzeitig sprießen die türkisch beeinflussten Moscheen in Europa wie Pilze aus dem Boden. In Deutschland etwa gab es im Jahre 1970 gerade mal 3 Moscheen. 1997 waren es bereits über 2.700.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und die evangelische Nachrichtenagentur idea haben den türkischen evangelischen Pastor Ahment Guvener zum "Verfolgten Christen des Monats 2003" benannt. Im April 2003 wurde Pater Perre Brunissen bei einer islamistisch motivierten Messerattacke in der südtürkischen Stadt Samsun schwer verletzt. Zweien zum Christentum konvertierten Türken, Hakan Tastan (37) und Turan Topal (46), drohen neun Jahre Gefängnis. Der Vorwurf:

Sie hätten den Islam beleidigt (Artikel 216 der türkischen Verfassung) und "vertrauliche Informationen über Staatsbürger gesammelt" (Artikel 135).

Im Februar 2006 wurde der katholische Priester Andrea Santoro bei einem Gebet in der Stadt Trabzon am Schwarzen Meer von einem türkischen Islamisten hinterrücks erschossen. Der Mörder schrie: "Allah ist groß!", bevor er abdrückte. In frischer Erinnerung sind die Morde an drei Bibelverlegern im osttürkischen Malatya Anfang dieses Jahres. Auffallend zurückhaltend war die Reaktion deutscher Medien auf diese islamistisch motivierten Morde im EU-Bewerberstaat Türkei. Kaum ein deutscher Politiker, der es wagte, entgegen der "political correctness" Stellung gegen diese Skandalmorde zu beziehen.

Keine deutsche Zeitung wagte es, die Verhöhnung und Beleidigung der Opfer und deren Angehöriger in einigen türkischen Zeitungen als Meldung aufzugreifen. Weder Ministerpräsident Erdogan, noch Außenminister Gül, noch der Gouverneur und kein einziger türkischer Bürgermeister waren bei der Beerdigung dabei.

#### **Beispiel 6: Nigeria - Mit der Scharia gegen Christen**

In Nigeria verfolgen die nördlichen, islamistisch orientierten Bundesstaaten weiterhin ihre Politik zur Einführung der Scharia. Seitdem hat es gegen Christen zahlreiche Prozesse und amtlich angeordnete Auspeitschungen gegeben. Kirchen wurden zerstört oder mußten verlegt werden, um sie aus den muslimischen Gebieten herauszubringen. Infolgedessen hält der Strom von Christen weiter an, die den Norden verlassen. Im islamischen Bundesstaat Zamfara startete der Gouverneur eine gegen Christen gerichtete Kampagne. Zahlreiche Kirchen wurden abgerissen. Dasselbe ist auch für den Bundesstaat Bauchi geplant.

Viele Christen entschlossen sich daraufhin zur Abwanderung. Der Bundesstaat Katsina ordnete an, daß Kirchen aus muslimischen Gebieten entfernt werden müssen. Im Bundesstaat Gombe wurden Kirchen angezündet. Rückblickend sagt die nigerianische Kirche, daß 89 ihrer Mitglieder während der Unruhen des Jahres 2000 in Kaduna getötet wurden.

#### **Beispiel 7: Saudi Arabien - Null Rechte für Christen**

Saudi Arabien, die Heimat des Islam, zählt zu den für Christen am bedrohlichsten Staaten. Im ganzen Land gibt es nicht ein einziges Kirchengebäude, obwohl ein Drittel der Bevölkerung Gastarbeiter sind, unter denen es auch viele Christen gibt.

Während ihres ganzen, manchmal jahrelangen Aufenthaltes, dürfen sie in der Öffentlichkeit keine christlichen Symbole zeigen, nicht die Bibel lesen und sich schon gar nicht zu Gottesdiensten oder Bibelkreisen versammeln. Früher wurden Christen, die bei ihrer Glaubensausübung erwischt wurden, einfach ausgewiesen. Mittlerweile häufen sich nächtliche Razzien,

bei denen Christen in Gefängnisse gesteckt und ihre Computer, Bibeln, Kassetten und Familienfotos konfisziert werden.

Im Lehrbuch für die erste Klasse wird Schülern beigebracht, daß Juden, Christen und andere Nicht-Muslime für das "Höllengefeuer" bestimmt sind. Zitat aus dem Buch: "Jede Religion außer dem Islam ist falsch!". Ein Lehrbuch für die vierte Klasse verlangt als Erfordernis von "wahrem Glauben" von den Schülern, "Polytheisten und Ungläubige zu hassen."

Das Lehrbuch für die achte Klasse warnt davor, die "Ungläubigen zu imitieren" und weist die Schüler an, "verdammenswerte Charakterzüge" bei Juden zu entdecken. Es lehrt sie auch, daß unter die "Ungläubigen" diejenigen Muslime zu zählen seien, die nicht der saudisch-wahabbitischen Glaubenspraxis folgen.

Im einem Lehrbuch für die neunte Klasse lernen die saudischen Teenager in apokalyptisch formulierten Worten, daß Gewalt gegen Christen, Juden und andere Ungläubige von Gott gebilligt wird.

Schließlich weist ein Lehrbuch für die elfte Klassen (Jungen) im Fach "Management, Sozialkunde, Naturkunde und technische Studien" Muslime an, keine Ungläubigen zu grüßen und keine Höflichkeiten mit ihnen auszutauschen. Der Gruß "Friede sei mit Dir!" sei ausschließlich für die (wahabbitischen) Gläubigen vorgesehen. Er kann anderen nicht entboten werden.

Wir erinnern uns: Der Großteil der Terroristen vom 11. September waren Staatsangehörige Saudi-Arabiens.

### **Beispiel 8: Sudan - Für Flüchtlinge gibt es eine "Nahrungsmittel-für-Religionsübertritt-Politik"**

Im islamistischen Sudan wird die christliche Minderheit seit 1986 verstärkt verfolgt. Christliche Schulen, Krankenhäuser und Kirchen werden gezielt bombardiert, christliche Leiter ermordet. Christen werden als Sklaven verkauft, Ländereien von Christen beschlagnahmt und Arabern übergeben. Im Norden gibt es für Flüchtlinge eine "Nahrungsmittel für Religionsübertritt Politik".

Die christliche Menschenrechtsorganisation "Jubilee Campaign" berichtet von zunehmenden Beweisen der Kreuzigung männlicher Bewohner ganzer Dörfer. Als der Vatikan 1992 dagegen protestierte, blieb die Antwort aus der Hauptstadt Khartum nicht lange aus: "Die Katholische Kirche ist zum Feind der sudanesischen Regierung geworden. Wir wissen damit umzugehen." Im Sommer des Jahres 2001 wurden nach Angaben des Radio Vatikan vier Katholiken verhaftet, ausgepeitscht und dann lebend gekreuzigt.

### **Beispiel 9: Malediven - Terror gegen Christen**

Man glaubt es kaum: Doch insbesondere im islamischen Ferienparadies Malediven hat die muslimische Gewalt gegen Christen dramatisch zugenommen. Im Christenverfolgungsindex von Open Doors rangiert der kleine Inselstaat mittlerweile auf Rang acht. Auf dieser zu den beliebtesten Urlaubszielen zählende Inselgruppe ist Religionsfreiheit ein Fremdwort. Christen und Anhänger anderer Minderheitsreligionen werden schwer benachteiligt. Einheimischen Muslimen droht bei einem Religionswechsel der Verlust der Staatsbürgerschaft.

Der Bau von Kirchen und anderen nicht-muslimischen Gebetsstätten ist verboten, jeder öffentliche christliche Gottesdienst unter den 20.000 ausländischen Arbeitskräften sowie den jährlich hunderttausenden Touristen ist untersagt.

### **Beispiel 10: Pakistan - Verhaftungen und Todesurteile gegen Christen**

Aus dem muslimischen Pakistan wird immer wieder von Entführungen christlicher Mädchen durch Muslime berichtet. Eine junge Christin ist eingekerkert worden, nachdem sie einer Schulfreundin von Christus erzählte. Den Eltern erzählte man, ihre Tochter habe den Wunsch geäußert, ihr christliches Zuhause verlassen zu wollen, weil sie sich zum Islam bekehrt habe.

Die örtliche Polizei lehnte die Bearbeitung einer Anzeige der Eltern ab, weil man sowieso nicht wisse, wo sich die Tochter im Moment aufhalte. Christen in Pakistan müssen jederzeit

mit der Todesstrafe durch den Strang wegen "Gotteslästerung gegen den Namen des Heiligen Propheten Mohammed" rechnen.

### **Beispiel 11: Indonesien - Auf dem Weg zum Gottesstaat**

Jahrzehntelang wurde Indonesien, der mit über 200 Millionen Menschen bevölkerungsreichste islamische Staat, als beispielhaft für interreligiöse Toleranz angesehen. Doch damit ist es - nicht erst seit den Bali-Anschlägen mit seinen 226 Toten definitiv vorbei. Unter massiver Einflußnahme seitens der iranischen Mullahkratie und saudischer Wahabbiten kam es zu einer erschreckenden Radikalisierung der Muslime in Indonesien.

Dies wiederum führte zu religiöser Gewalt, wobei die Minderheit der im Lande lebenden Christen zu leichten Zielen wurden. Die Inselgruppe der Molukken wurde dabei zum Hauptschlachtfeld. Laskar Jihad, eine besonders radikale muslimische Bewegung, hat sich zum Ziel gesetzt, das Christentum in diesem Gebiet gänzlich auszulöschen.

Am 25. April 2004 wurden in der Provinzhauptstadt Ambon der Direktor eines evangelikalen Bibelseminars und ein Student grausam ermordet. Vor ihrer Enthauptung wurden sie gefoltert, ihre Leichen wurden danach verbrannt.

Auf der Insel Sulawesi, einem der regionalen Rückzugsgebiete der Christen, wurden drei christliche Schülerinnen im Alter von 15, 16 und 19 Jahren von muslimischen Extremisten überfallen und enthauptet. Sie waren auf dem Weg zu ihrer christlichen Schule.

Ein viertes Mädchen überlebte schwer verletzt. Ihr Gesicht ist durch eine Machete gespalten worden. Trotz zahlreicher plastischer Operationen wird dieses Mädchen sein Leben lang entstellt sein.

Am 10. Oktober 1996 hat in der Stadt Situbondo, im Osten Javas, eine Menge von ca. 3.000 Muslimen 30 Kirchen überfallen und in Brand gesetzt, wobei sechs Personen getötet wurden. Die Menge war aufgebracht wegen des zu milden Urteils, das über einen jungen Muslim namens Saleh verhängt worden war. Die Aufständischen, die sehr wahrscheinlich von wohlorganisierten Agitatoren aufgewiegelt worden waren, waren überzeugt, daß der junge Saleh in der Nähe einer der Kirchen der Stadt versteckt worden sei und verdächtigten indonesische Christen, Saleh vor ihrem Zorn zu schützen.

Aufgrund dieser Gerüchte überfielen sie Kultstätten, Schulen, Waisenhäuser und Privatwohnungen, alle Gebäude, die im Zusammenhang mit den Christen standen. Ein Pastor der evangelischen Kirche, seine Frau und deren Kinder, waren zusammen mit einem Mädchen und einem Helfer in einem der Gebäude eingeschlossen und sind bei lebendigem Leibe verbrannt. Nach Angaben der Verantwortlichen der protestantischen Konfession (auch aufgrund von Augenzeugen und Polizeiberichten) soll der Aufruhr geplant und von Agitatoren, die integralistischen Gruppen angehören, gut organisiert worden sein.

Das habe sich auch erwiesen, so bestätigt die Presseagentur U.C.A. News vom 14.-24. Oktober 1996, durch die Schnelligkeit, mit der die Überfälle auf die Kirche durchgeführt worden seien: Die Brandsätze waren unmittelbar verfügbar, und die verschiedenen Gruppen gingen koordiniert vor.

Am 26. Dezember 1996 wurden im Westen der Insel Java, in Tasik Malaya, 13 Kirchen und eine christliche Schule zerstört. Idea Spektrum berichtet, daß die Übergriffe im Zuge eines Aufstands islamischer Extremisten erfolgten, die Regierungsgebäude, Schulen, Fabriken und Banken getroffen haben. Auch zwei Ehepaare seien in ihren Fahrzeugen getötet worden.

Ein anderer Vorfall ereignete sich in Manang (Zentral-Java), wo etwa 50 junge Muslime in den Verlauf eines Gottesdienstes in der Weihnachtsnacht eingedrungen sind, den Priester geschlagen haben, bis er bewußtlos wurde, Mobiliar stahlen und die Decke des Versammlungsraumes zerstörten. Außerdem erklärten die Jugendlichen, daß es in ihrem Dorf in Zukunft nicht erlaubt wäre, Christ zu sein und religiösen Feiern abzuhalten.

Am 30. Januar 1997 zerstörten die Integralisten zahlreiche Kirchen, einen chinesischen Tem-

pel und das Geschäft eines chinesischen Christen. Sie brachen ein in Rengasdengklok, ca. 50 Kilometer von Jakarta, und griffen die Gebäude mit Steinen und Stöcken an. Nach Angaben der örtlichen Polizei gab es keine Verletzten.

Ende Dezember wurden in der Stadt Tasik Malaya, im Westen Javas, vier Christen getötet und 15 verletzt. Mehr als 100 Gebäude und zwölf christliche Kirchen wurden stark beschädigt. In Situbondo starben fünf Menschen, der protestantische Pfarrer Isaac Christian, seine Frau und deren drei Kinder; 25 Kirchen und ein Tempel wurden zerstört.

Die indonesischen Chinesen und die christliche Minderheit sind immer im Visier muslimischer Anschläge, die nicht zuletzt wegen der miserablen wirtschaftlichen Lage organisiert werden. Darüber hinaus möchten militante Kreise den Islam zur einzigen für alle verbindlichen Religion des Landes machen. In den beiden letzten Jahren sind 1.300 Gebäude der katholischen Kirche schwer beschädigt worden.

### **Die Ursachen**

Doch weltweit beteuern islamische Geistliche unentwegt, Islam bedeute Frieden.

"Unsinn!", schreibt hierzu Hans-Peter Raddatz, einer der führenden westlichen Orientalisten und Mitverfasser der "Enzyklopädie des Islam". Seiner Wortbedeutung nach bedeute "Islam" nichts anderes als "Unterwerfung" und "völlige Hingabe" - und zwar an die Worte Mohameds und die Glaubensgrundsätze des Koran, so Raddatz.

Hauptziel des Islam sei die Unterwerfung aller Ungläubigen und letztendlich die Errichtung einer islamischen Weltherrschaft, dem globalen "Dar-al-Islam". Erst bei einer muslimischen Weltgemeinschaft zieht nach Überzeugung des Islam wahrer Frieden in die Welt ein. Bis dahin gilt es, alle Ungläubigen so lange zu bekämpfen, bis sie sich dem Islam unterworfen haben. Hierzu Bassam Tibi:

"Das Wort "Frieden" impliziert für einen Muslim die Erweiterung des Dar-al-Islam - des "Hauses des Islam" - auf die ganze Welt. Das unterscheidet sich vollständig von dem aufgeklärten Konzept des ewigen Friedens, welches das westliche Gedankengut beherrscht."

Wie um diesen Befund zu untermauern wußte Ayatollah Chomeini, derzeit oberster geistlicher Führer und damit Chef im Iran (bei seinen Ansprachen stets mit belehrend erhobenem Zeigefinger gestikulierend), die wahren Friedensprinzipien des Islam mit folgenden Worten zu charakterisieren: "Wirf deine Gebetsschnur fort und kaufe dir ein Gewehr. Denn Gebetsschnüre halten dich still, während Gewehre die Feinde des Islam verstummen lassen!"

Wir kennen keine absoluten Werte außer der totalen Unterwerfung unter den Willen des allmächtigen Allahs. Die Christen und Juden sagen: "Du sollst nicht töten!" Wir aber sagen, daß "das Töten einem Gebet an Bedeutung gleichkommt, wenn es nötig ist!" (Zitat aus einer seiner Reden im Jahr 2004).

Der im Londoner Exil lebende Abu Hamsa al-Masri, ein radikaler Muslimführer, weiß hierzu in einer seiner Predigten auf den Straßen Londons: "Die ganze Welt wird den Muslimen gehören - das ist ein Versprechen von Allah." Er versprach ferner seinen Zuhörern, daß "die heute lebenden Muslime noch einen muslimischen Herrscher im Weißen Haus erleben" würden. Auch Metin Kaplan, der anfangs belächelte "Kalif von Köln", machte nie ein Hehl aus den wahren Absichten des Islam. Kurz und bündig und damit für jedermann verständlich formuliert er den Glaubenshauptsatz des Islam: "Unser Ziel ist die Weltherrschaft des Islam!"

Al-Sarkawi, bis zu seiner Tötung durch die Amerikaner Stellvertreter von Al-Kaida im Irak, auch bekannt als "Der Schlächter des Irak", rief zum Dschihad auf, der den Islam und die Scharia auf der ganzen Welt verbreiten soll. "Die Angriffe (im Irak) werden erst nach einem weltweiten Sieg des Islam und der Errichtung der Scharia aufhören", so Sarkawi.

Dieser Satz muß in den Ohren westlicher Gutmenschen und notorischer Amerikakritiker schmerzen. Zeigt er doch, daß die heftig kritisierte US-Operation im Irak nicht wie stets behauptet Ursache, sondern lediglich (seitens der Islamisten) willkommener Anlaß für einen

weltweiten Dschihad ist.

Den Auftrag zur Weltherrschaft erhalten die Muslime von Allah persönlich. Aus dem Munde seines Propheten erfahren die Gläubigen: "Er ist's (Allah), der seinen Gesandten (Mohammed) mit der Leitung und der Religion der Wahrheit entsandt hat, um sie über jede Religion siegreich zu machen, auch wenn es den Götzendienern zuwider ist." (Heiliger Koran, Sure 61, Vers 9). In Sure 98, Vers 6 läßt Allah keinen Zweifel daran, was von den "Ungläubigen" zu halten ist:

"Siehe, die Ungläubigen vom Volke der Schrift (Anmerkung: gemeint sind Juden und Christen) ... sie sind die schlechtesten aller Geschöpfe!" Und damit jedermann weiß, wen Allah zu den Ungläubigen zählt, wird dieser Begriff geradezu im Stil einer wissenschaftlich-semanticen Begriffsbestimmung unzweideutig definiert: "Ungläubig sind gewiß diejenigen, die sagen: Christus, der Sohn Marias, ist Gott!" (Sure 5, Vers 17).

Wie Hohn mag dagegen die Erwiderung islamischer Geistlicher (meist gegenüber westlichen Medien) klingen, daß der Islam ein toleranter Glaube auch gegenüber anderen Religionen sei. Sie verweisen dabei regelmäßig auf den Koran selbst (Sure 2, Vers 256), in dem es heißt: "Es gibt keinen Zwang in der Religion."

Selbst westliche Philosophen und viele der deutschen, zumeist islamophilen Orientalisten, verweisen zur Untermauerung der Friedlichkeit des Islam immer wieder auf diesen Vers. Doch bereits der anschließende Satz in derselben Sure hebt diese scheinbare Toleranz gegenüber Andersgläubigen wieder auf.

"Der rechte Weg (des Glaubens) ist durch die Verkündigung des Islam klar geworden ..." heißt es dort, und spätestens in Sure 3, Vers 19 wird die Prädominanz des Islam wieder zurechtgerückt: "Als einzig wahre Religion gilt bei Allah der Islam."

Was muslimische Theologen darüber hinaus noch allzu gerne gegenüber westlichen Medien verschweigen ist Mohammeds klare Aussage, wie mit Menschen zu verfahren sei, die sich der Apostasie (des Glaubensabfalls) vom Islam schuldig gemacht haben. "Tötet denjenigen, der seine Religion wechselt!", wird Mohammed in der Hadith (den Überlieferungen des Lebens Mohammeds) zitiert.

Eine andere muslimische Quelle berichtet, daß Mohammed seine Feinde und Gegner regelmäßig durch Auftragsmörder umbringen ließ, darunter Dichter, Frauen und vor allem Juden (Tabari VII: 97 / Ishaq: 368). Wer weiß, daß für gläubige Muslime die Überlieferungen zu Mohammeds Leben neben dem Koran die zweite wichtige Glaubenssäule darstellen, sieht die Todesfatwa, die seit Jahrhunderten bis in die Gegenwart hinein (Salman Rushdie) gegen Kritiker und Feinde des Islam ausgestellt werden, damit nicht als Irrweisungen verblendeter Fanatiker, sondern als ein zentrales, heiliges Werkzeug der islamischen Glaubenstradition selbst: Gehen diese Fatwa doch auf den Religionsgründer selbst zurück.

Wie sehr selbst aufgeklärte westliche Orientalisten sich in diesem mittelalterlichen Verfolgungssystem verirren können, zeigt sich überdeutlich an Annemarie Schimmel, der "Grand Madame" der deutschen Orientalistik, die 1995 für ihr Lebenswerk der Verständigung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde. In einem Fernsehinterview zeigte sie Verständnis für die Empörung der islamischen Welt und der Todesfatwa gegen Salman Rushdie wegen dessen islamkritischen Werks *Die Satanischen Verse*.

In einem Berliner Modellversuch wurde an verschiedenen Schulen Islam-Unterricht eingeführt. Nach wenigen Wochen waren die muslimischen Schüler kaum mehr zu erkennen: Muslimische Mädchen erschienen nur noch mit Kopftuch zum Unterricht, Freundschaften zu nicht-muslimischen Klassenkameraden wurden abgebrochen und viele der muslimischen Schüler setzten sich nicht mehr mit ihren christlichen Klassenkameraden an eine Schulbank. Muslimische Schülerinnen weigerten sich, am Sexualkunde-Unterricht teilzunehmen, ge-

mischter Sportunterricht wurde seitens muslimischer Schülerinnen boykottiert.

Diese Entwicklung kam nicht von ungefähr. Wurden die Koranschüler doch im Islamunterricht (der verfassungswidrig der staatlichen Schulaufsicht (Art. 7 Abs. 1 GG) entzogen war) mit Suren wie den folgenden konfrontiert: "O die ihr glaubt. Nehmet nicht die Juden und die Christen zu Freunden. Sie sind Freunde gegeneinander.

Und wer von euch sie dennoch zu Freunden nimmt, der gehört fürwahr zu ihnen. Wahrlich! Allah weist nicht dem Volk der Ungerechten den Weg!" (Sure 5, Vers 51) oder, noch deutlicher in Sure 8, Vers 55: "Siehe, schlimmer als das Vieh sind bei Allah die Ungläubigen, die nicht glauben!" Und damit auch dem letzten Muslim klar wird, welches Verhalten Allah von ihm Ungläubigen gegenüber verlangt, läßt Mohammed seine Rechtgläubigen im Koran wissen: "Und wenn ihr die Ungläubigen trifft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt; dann schnüret die Bande." (Sure 47, Vers 4-5).

Ganz im Einvernehmen dazu äußerte sich in Berlin letzten Jahres Alpaslan Sürücü, der Bruder des Todesschützen von Hatun Sürücü, nach dem Freispruch des wegen Mordes angeklagten Familienmitglieds vor laufender Kamera folgendermaßen:

"Siehst du diese Menschen dort? Wenn man sie umbringt, ist das keine Sünde. Das sind alles Ungläubige!" (Quelle: Minority Report 2006).

Wie bereits erwähnt gibt es an 200 Stellen im Koran und der Hadith, in welchem zum Haß, Mord und zur Verfolgung "Ungläubiger" aufgerufen wird.

Die Integrationsproblematik der Muslime in nahezu allen westlichen Gesellschaften stellt sich damit in einem etwas anderen Licht dar - auch wenn es von Multikulti-Fanatikern (wie Claudia Roth etwa) vermutlich anders gesehen wird. Ob Roth oder Oskar Lafontaine (letzterer sieht wichtige Gemeinsamkeiten in den Interessen der Links-Partei und der Muslime Deutschlands) allerdings jemals einen Blick in den Koran geworfen haben, bleibt anzuzweifeln.

Die eingangs erwähnte Bemerkung Khomeinis zu Juden und Christen müssen vor dem Hintergrund der wahren Lehren des Islam als genau das gesehen werden, was sie sind: Die Äußerungen eines gläubigen Muslimen, der die Weisungen Allahs wortwörtlich nimmt. Dazu noch einmal der Orientalist Raddatz in einem Interview in der "Welt" (17.2.2002):

"Koran und Prophetentradition schreiben für jede islamische Gesellschaft vor, langfristig auch politisch dominant zu werden. Diesen Anspruch müssen die Muslime aufgeben ... Diese Zumutung müssen wir den Muslimen abverlangen - oder wir müssen uns die Konsequenzen zumuten." <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>>Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein

Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz

Es erscheint absurd, aber Deutschland zahlt nun bereits über lange Jahre hinweg riesige Summen in den gemeinsamen europäischen Topf ein, während die Sprache der Deutschen im Brüsseler Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, daß alle Anstrengungen vom Bundestag und den verschiedenen Landtagen, diesem Mißstand entgegenzuwirken, in der Realität nichts oder so gut wie nichts erbracht haben. Der seit Jahren andauernde Trend einer systematischen Benachteiligung der deutschen Sprache hält weiter an.

Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union (EU) allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind.

So geht es jedenfalls aus den Berechnungen der EU-Kommission in ihrem jüngsten Finanzbericht hervor. In den neunziger Jahren hat Deutschland noch deutlich höhere Beiträge geleistet - und das trotz der erheblichen finanziellen Belastungen, die die Deutschen durch die Über-

windung der Sozialismusfolgen bei der Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit in ihrem eigenen Land hatten, und die - unter Freunden - eigentlich ein Moratorium, also eine Pause bei den Zahlungen nach Brüssel verlangt hätten.

Allerdings: Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro.

Willeke machte zugleich deutlich, daß für eine "angemessene Netto-Zahlung" als Indikator nicht die Einwohnerzahlen von 80 oder 40 Millionen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen genommen werden müßte.

Dabei zeigt sich, daß für den genannten Zeitraum von 1995 bis 2003 Deutschland weit hinter anderen liegt: zum Beispiel mit 25.616 Euro hinter Frankreich (26.616 Euro), Belgien (26.470 Euro) und Großbritannien 27.179 Euro).

Die Berechnungen Willekes zeigen, daß die tatsächlichen Zahlungen Deutschlands weit über ein angemessenes Maß hinausgehen. Sein Fazit: Die Deutschen wurden in den untersuchten Jahren relativ am stärksten zur Zahlung herangezogen.

Im November haben nun die Bundesregierung und mehrere Bundesländer, ermahnt und gestützt von Bundestag und Landtagen, mit Nachdruck eine Gleichstellung des Deutschen mit den beiden anderen Arbeitssprachen Englisch und Französisch in der Praxis des europäischen Alltags verlangt. Längst wird die deutsche Sprache, die zu den 23 Amtssprachen zählt und formell eine der drei "Arbeitssprachen" ist, bei der Übersetzung wichtiger Arbeitsdokumente schlicht übergangen.

So liegen manche Rechtstexte, die der Bundestag ratifizieren muß, nur auf Englisch oder Französisch vor, wirtschaftlich bedeutsame Ausschreibungen der Brüsseler Behörden sind erst "nach verdächtig langer Zeit" in deutscher Übersetzung vorhanden, Internetseiten der Ratspräsidenschaften ebenfalls.

Die deutsche Sprache, die von über 100 Millionen Menschen der Europäischen Union gesprochen wird, wurde unlängst unter der Überschrift einer "Mehrsprachigkeits-Strategie" mehr oder weniger abgespeist. Zwar wird im Rahmen dieser "Strategie" festgestellt, daß auch die europäischen Gremien die Mehrsprachigkeit für die Beziehungen zwischen Brüssel und "den nationalen Institutionen im Rahmen ihrer Kompetenzen" auszubauen hätten. Das Anliegen des größten Nettozahlers, seine Sprache dem Englischen und Französischen gleichzustellen, wurde hinter dem schwammigen Begriff der "Mehrsprachigkeit" versteckt.

Hatte doch die Große Koalition in Berlin in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten: "Wir werden dafür sorgen, daß die deutsche Sprache in Europa ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt wird."

Das berechtigte deutsche Anliegen auf die Ebene allgemeiner "Mehrsprachigkeit" abzuschieben, wird dem nicht gerecht. Jetzt erst recht sind Bundestagspräsident Lammert, die Bundesregierung und die Europaminister der Landesregierungen, wie die von Nordrhein-Westfalen und Hessen, die sich in dieser Frage engagiert hatten, gefordert, endlich das Ziel anzusteuern, der in Europa am meisten gesprochenen Sprache die ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung zukommende Rolle in der Brüsseler EU zu verschaffen, damit sie diese Aufgabe auch erfüllen kann.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>Kreuzzug gegen den Islam

Udo Ulfkotte kritisiert die Blauäugigkeit der Europäer

Dem Mann ist nicht zum Lachen zumute. Diesen Eindruck gewinnt jeder, der Udo Ulfkotte einmal in einer Talkshow oder bei einer Rede erlebt hat. Zu ernst ist sein Thema: die schleichende Islamisierung Europas, vor der der Autor eindringlich warnt. Muslimische Mitbürger haben bereits zur Ermordung von Ulfkotte und seiner Familie aufgerufen, die versteckt in einem Bergdorf leben muß.

Wer die Überschriften in Ulfkottes Buch liest, denkt sofort: Das kann doch nicht wahr sein! Sollte Schweden tatsächlich im Jahr 2040 eine islamische Bevölkerungsmehrheit haben oder in Norwegen der "Halbmond" bald die Mitternachtssonne verdrängen, wie der Autor bildhaft behauptet?

Daß in Frankreichs Vorstädten durch islamische und gewaltbereite Jugendliche eine Zeitbombe tickt, wissen inzwischen alle, die die Krawalle in den Vorstädten des Landes vor nicht langer Zeit verfolgten. Oder daß Brüssel demnächst eine islamische Stadt sein wird, weil dort bereits in diesem Jahr 57 Prozent der Neugeborenen dem Islam angehören? Wer heute durch Brüssel spazieren geht, sieht ganze Stadtviertel, die moslemisch geprägt sind.

Wie ein Rufer in der Wüste breitet Ulfkotte seine besorgniserregende Vision aus: Der Islam ist auf dem Vormarsch, das christliche Abendland dem Untergang geweiht. Was durch die Seeschlacht von Lepanto (1571) und durch die siegreichen Kämpfe der Christen (1529/1683) gegen die Osmanen vor Wien verhindert wurde, scheint jetzt Wirklichkeit zu werden.

Sein Wissen hat der Autor aus eigener Erfahrung in islamischen Ländern und durch das Internet gewonnen. Die 400 Buchseiten sind gespickt mit über 800 Anmerkungen und Quellenhinweisen, hauptsächlich aus dem weltweiten Netz. Damit bewegt sich der Autor allerdings auf dünnem Boden. Bekanntlich kann man im Internet für alles und jedes Argumente und Belege finden. Und diese Informationen sind in der Regel äußerst flüchtig und nach einigen Monaten oder Jahren kaum noch nachprüfbar. Das schwächt die Darstellung und den Wahrheitsgehalt des Buches.

Doch damit allein kann man Ulfkottes Kreuzzug gegen den Islam nicht abtun. Der Autor hat selbst als Auslandskorrespondent viele Jahre in islamischen, arabischen und europäischen Ländern verbracht. So konnte er sich ein eigenes Urteil bilden. Daß ein gelernter Kriminologe dabei akribisch vorgeht, dürfte selbstverständlich sein.

Der Stil des Buches ist durchweg von der Betroffenheit des Autors geprägt. Hier schreibt keiner, der Differenzierung und sachliche Abwägungen vorbringen will. Dabei wäre mit einer gründlicheren Recherche, einer ausgewogeneren Bewertung der gewonnenen Informationen dem Anliegen vielleicht besser gedient gewesen. Der Autor erwähnt aber auch, daß die in Schweden aufgenommenen Christen aus dem Irak sich ähnlich integrationsfeindlich wie ihre islamischen Landsleute verhalten.

Dies läßt dem Leser Raum für den Eindruck, daß es sich bei den geschilderten Problemen in schwedischen Vorstädten gar nicht um ein religiöses, sondern vielmehr um ein kulturelles Phänomen handelt. Hier prallen vielleicht, so wie es Samuel P. Huntington in den 90er Jahren voraussagte, Zivilisationen von Schweden und Irakern aufeinander, die einfach nicht zusammenpassen.

Die bei Europäern vom Autor kritisierte allzu große Blauäugigkeit und Toleranz gegenüber dem Islam erhielt durch eine sachlichere Darstellung und die gebotene Differenzierung mehr Bodenhaftung. Dies wäre auch dann hilfreich, wenn wieder einmal die Vertreter der deutschen Islamverbände die dargestellten Fakten von Ehrenmorden, Vergewaltigungen, Todesurteilen gegen Konvertiten, Zwang und Gewalt in den Familien rundheraus in der Öffentlichkeit abstreiten. Der "Untergang des Abendlandes" ist schon oft prophezeit worden, jedoch haben die Warner bisher nicht recht behalten. Auch das könnte eine Frucht der Lektüre dieses aufrüttelnden Buches sein.

Udo Ulfkotte: "SOS Abendland - Die schleichende Islamisierung Europas", ... Rottenburg 2008 ...<<

Der Schengen-Raum wurde am 12. Dezember 2008 um die Schweiz erweitert.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. Dezember 2008 über den Zweiten Weltkrieg: >>Churchill war ein böser Kriegstreiber

Der US-Schriftsteller Nicholson Baker macht sich in seinem neuen Roman "Human Smoke" mit seinen Thesen über den Zweiten Weltkrieg unbeliebt

*Stefan Scheil*

Seit einigen Monaten tobt ein kleiner Sturm durch das deutschsprachige Feuilleton. Ratlos und verärgert stehen viele Blätter dem Buch eines gern gehätschelten Autors gegenüber. Nicholson Baker, anerkanntermaßen einer der großen amerikanischen Erzähler der Gegenwart und viel gelobt für seine ironischen und polemischen Vorstöße gegen die Absurditäten der Zeitläufe, hat sich diesmal unbeliebt gemacht.

Statt George Bush ins Visier zu nehmen wie 2004 in "Checkpoint" oder die alltägliche Büchervernichtungen in US-Bibliotheken zu beklagen wie im "Eckenknick" von 2005, führt er diesmal vor, wie Kriege entstehen, wie Kriegsparteien sich gegenseitig hochschaukeln - pikanterweise am Beispiel des Zweiten Weltkriegs.

Schon in den USA traf das Buch auf verärgerte Reaktionen. Bei soviel anerkannter Wechselwirkung wittern bundesdeutsche Redakteure gern einen Verstoß gegen die Dogmen von Überfall und Alleinschuld und gehen quasi instinktiv dagegen vor. Dabei fällt dies in der Sache durchaus schwer. Baker hat bewußt keinen Roman geschrieben, sondern eine literarisch anspruchsvolle, aber durchgehend nicht-fiktionale Darstellung.

Er verteilt keine Schuld, hält sich zurück und verzichtet weitgehend auf Wertungen historischer oder allgemeiner Art. Statt dessen läßt er Fakten sprechen und bringt, in chronologischer Reihenfolge geordnet, jeweils kleine Absätze von meistens etwa einer halben Seite, die immer recht präzise eine wahre Begebenheit schildern.

Baker geht weit zurück, bis zur allzu optimistischen Einschätzung Alfred Nobels, das von ihm neugeschaffene Zerstörungspotential werde Kriege vielleicht ganz unmöglich machen, da doch jeder die existentielle Gefährdung der Menschheit durch weitere Kampfhandlungen einsehen müsse. Gleich darauf kommt er als Kontrast zu Stefan Zweig und dessen Beobachtungen, als die liebenswürdigen Bürger im französischen Tours, die nichts über die Welt wußten, als was sie in der Zeitung gelesen hatten, eines Tages völlig verrückt vor Aggressivität wurden. Es war im Frühling 1914. Im Kino war für einen Augenblick Kaiser Wilhelm II. auf der Leinwand zu sehen gewesen.

Der Zweite Weltkrieg, dessen Vorgeschichte Baker im weiteren nachspürt, erscheint aus dieser Perspektive als eine Fortsetzung des Ersten. Das Personal blieb auf alliierter Seite an prominenter Stelle identisch, was sowohl für Winston Churchill wie für Franklin Roosevelt gilt. Es sei, als würde man eine lange unterbrochene Routine wieder aufnehmen, zitiert Baker den Kommentar des amerikanischen Präsidenten zum Kriegsausbruch am 1. September 1939. Man dachte sich zuvor auf alliierter Seite etwas und sah den Krieg kommen, ja, man verschärfte sogar den politischen Kurs hin zu einem Kriegskurs.

Auf diesen Gedanken läßt Baker den Leser von selbst kommen. Dessenungeachtet scheut er sich nicht, mit zahlreichen Äußerungen des antinationalsozialistischen deutschen Lagers, etwa von Ulrich von Hassell oder Helmuth von Moltke, den innerdeutschen Wahnwitz zu belegen. Auch Viktor Klemperer kommt ausführlich zu Wort.

Soweit er die Kriegszeit bearbeitet, konzentriert sich Baker im wesentlichen auf zwei Themen. Die Eskalation der militärischen Handlungen nach dem September 1939 und insbesondere des Bombenkriegs wird richtigerweise als von Churchill gewünscht erkennbar. Daß Hitler mehrfach und auch nach dem Fall von Frankreich Friedensbedingungen anbot, die dem

britischen Botschafter in Washington, Lord Lothian, als "überaus befriedigend" erschienen und deren Annahme er dringend empfahl, gibt der Autor an dieser Stelle nicht wieder. Baker zitiert die Begebenheit leider nur verkürzt, als allgemeine Empfehlung Lothians, im Radio nichts gegen den Frieden zu sagen.

Bakers zweites großes Thema ist die nationalsozialistische Judenverfolgung, die in der Vorkriegszeit in Hitlers öffentlicher Ankündigung vom Januar 1939 gipfelte, die europäischen Juden hätten im Kriegsfall ihre Ausrottung zu erwarten. Im alliierten Lager interessierte das eigentlich niemanden so recht. Die immer neuen Verschärfungen der Judenverfolgung blieben von Regierungsseite ohne Echo und praktischen Rettungsversuch.

Baker bricht die Darstellung mit dem Jahresende 1941 ab, für das weitere Geschehen fehlten ihm vielleicht die Worte. Möglicherweise wird dies eines Tages anders sein. Es wäre dann ein weiterer Beitrag zur Überwindung der Schuldklischees, von denen sich viele Feuilletonisten nicht abnabeln können.

Nicholson Baker: Human Smoke - The Beginning of World War II, the End of Civilization. Simon and Schuster, New York, London 2008 ...<<

Der deutsche Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim berichtete 2008 in seinem Buch "Die Deutschlandakte", Seite 16 (x357/9): >>"Tatsächlich waren es die westlichen Besatzungsmächte, die die Entstehung des Grundgesetzes beherrschten. Sie dekretierten den Erlaß des Grundgesetzes, nahmen massiv Einfluß auf seinen Inhalt und stellten sein Inkrafttreten unter den Vorbehalt ihrer Genehmigung."

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2008 in seinem Buch "Diktatur Europa? Was darf man in Europa noch sagen?" über die Europäische Union (x861/...): >>**Europa als kommende Diktatur**

**Was darf man in Europa noch sagen?**

**Die Vereinigten Staaten von Europa**

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika geben, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 27 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein? Meine These, die ich in verschiedenen Publikationen ("Europa - das wiedererstehende Römische Reich?", 2005; "Diktatur Europa?", 2008) ausführlich begründet habe, lautet:

Das wiedererstehende Römische Reich besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum in Rom. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit, denn die Herrschaft des Antichri-

sten und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein.

Es heißt im Wort Gottes:

"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.)

### **Die weltanschaulichen Grundlagen der Europäischen Union**

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA PRÄAMBEL heißt es:

"Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben ... (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)"

In Artikel 2 der EU-Charta werden "Die Werte der Union" beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte.

### **Die Ziele der Homosexuellen-Bewegung**

Janet L. Folger hat im Jahr 2005 in den USA ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel: "The Criminalization of Christianity". "Read this, before it becomes illegal!", ist der Untertitel. Zu Deutsch: "Die Kriminalisierung des Christentums". "Lesen Sie dieses Buch, bevor es illegal (ungesetzlich) wird!" Sie schreibt darin: "Das letztendliche Ziel der Homose-

xuellen-Bewegung ist die Kriminalisierung des Christentums." Auf Seite 82 und 83 veröffentlicht sie die weltweit propagierte Homosexuellen-Agenda, die bereits am 25. April 1993 bei einem "Gay Pride March" - das heißt zu Deutsch etwa "Schwulen-Stolz-Marsch" - in Washington D.C. ganz offiziell verabschiedet wurde. Darin heißt es:

"1. Alle Sodomiegesetze sollen aufgehoben und alle Formen von sexueller Ausdrucksweise, einschließlich Pädophilie (Kinderschändung; L. G.), legalisiert werden."

"2. Die Verteidigungshaushaltsgelder sollen umgewandelt werden, um Aidspatienten medizinische Versorgung zu ermöglichen."

Das mag ja noch akzeptabel sein. Aber dann heißt es auch: "... um Geschlechtsumwandlungsoperationen vorzunehmen." Vor einiger Zeit hat sich z.B. in den USA eine methodistische "Pastorin" umwandeln lassen in einen "Pastor".

3. Die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption ... soll legalisiert werden.

4. Homosexuelle Erziehungsprogramme sollen auf allen Ebenen der Erziehung, einschließlich Grundschulen, eingeführt oder angeboten werden.

5. Verhütungs- und Abtreibungsdienste sollen verfügbar gemacht werden für alle Personen, unabhängig vom Alter (auch schon für minderjährige Mädchen; L. G.).

6. Steuerzahlermittel sollen eingesetzt werden für künstliche Besamung von Lesben und Bisexuellen.

7. Religiös begründete Äußerungen bezüglich Homosexualität sollen verboten werden.

8. Organisationen wie die Pfadfinder sollen dazu gebracht werden, homosexuelle Gruppenführer zu akzeptieren."

Wir wollen natürlich dem einzelnen homosexuell empfindenden Menschen seelsorgerlich helfen und beistehen, damit er zur biblischen Orientierung der Heterosexualität findet, die Gott uns schöpfungsgemäß geschenkt hat und wozu Er uns in Seinem Wort anweist. Ich sehe es allerdings als ein Zeichen der endzeitlichen Entwicklung an, daß der "Mensch der Sünde" sich immer mehr auf den Thron Gottes zu setzen versucht (2. Thessalonicher 2), auch in dieser Form. Und dazu gehört nicht nur dieses: Propagierung sexueller und anderer Unmoral, sondern gleichzeitig wird auch gesagt: Man muß die "Fundamentalisten" (dazu werden auch bibeltreue Christen gerechnet) mundtot machen bzw. "zähmen".

Dieser Begriff ("die Fundamentalisten zähmen") stammt von Robert Muller, der über 30 Jahre Vizesekretär der Vereinten Nationen gewesen ist. Robert Muller, ein Elsässer, arbeitet seit Langem an dem Projekt einer "Eine-Welt-Regierung" ("One World Government") und "Eine-Welt-Kirche" ("One World Church"). "Mein Traum", sagt er, "ist es, eine riesige Allianz zwischen allen Hauptreligionen dieser Welt und den Vereinten Nationen aufzubauen".

Muller ist ein typischer New-Age-Denker. Er arbeitet mit den Theosophen in der Blavatsky-schen und Besantschen Tradition zusammen an diesem Ziel. Er sagt weiter: "Aber da ist nur ein kleines Problem: das sind diese verdammten Christen ('damned Christians')." Und weiter: "Friede wird nur entstehen durch die ‚Zähmung‘ des Fundamentalismus." Er versteht darunter das Christentum, das an der Heiligen Schrift als wortwörtlich inspiriert (jedenfalls im Urtext) festhält.

### **Beispiele für eine beginnende Christenverfolgung in Europa**

Harry Hammond, ein 67 jähriger Engländer, hielt vor einigen Jahren in einem englischen Park ein Schild hoch, darauf war zu lesen: "Stoppt Unmoral! Stoppt Homosexualität! Stoppt Lesbianismus!" Und was geschah?

Homosexuelle sahen das, telefonierten miteinander, und es kam eine ganze Gruppe, die ihn zuerst lächerlich machte und dann tätlich angriff und zu Boden schlug. Dann riefen sie sogar die Polizei selber herbei. Wen nahm die Polizei daraufhin fest? Diesen 67-jährigen älteren Bruder! Diesen klagten sie an und sagten, sein Schild sei ein illegales Zeichen, er habe damit die Leute provoziert, und das dürfe man heute nicht. So sind heute schon die Gesetze umge-

ändert!

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches unter anderem für kritische Äußerungen über Homosexualität oder Homosexuelle eine Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren vorsieht. Dies soll auch dann gelten, wenn sich derjenige, der sich kritisch zur Homosexualität äußert, auf Bibelstellen beruft, wie z.B. auf Römer 1, 26; 1. Korinther 6, 9 - 11 und andere.

Die Bibel soll wohl noch zitiert werden dürfen, aber - und dies ist der springende Punkt - sie soll nicht mehr als auch für unsere Zeit verbindliches Wort und Gebot Gottes ausgelegt und verkündigt werden. Sie soll also zum historischen Archiv herabgesetzt (oder soll man sagen: diskriminiert) werden. Hierin erkennen wir die Absicht des Teufels und des Antichristen, uns weg von Gott und Seinem Wort zu ziehen und die, welche an Gottes Wort festhalten, auszugrenzen und in Verfolgung zu stürzen.

Es gab in Schweden im Hinblick auf das oben erwähnte Gesetz einen Präzedenzfall (Musterfall): Der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde namens "Ake Green" bezeichnete in einer Predigt Homosexualität und andere abnorme Neigungen als Sünde und als "Krebsgeschwulst am Körper unserer Gesellschaft". Außerdem sagte er, jeder der zu Jesus Christus umkehrt und seine Kraft in Anspruch nimmt, könne davon geheilt werden. Für diese Äußerungen wurde Ake Green angezeigt.

Der Rechtsstreit durchlief mehrere Instanzen. Der Pastor hat durch Gottes Gnade vor dem höchsten Gericht Schwedens in letzter Instanz gewonnen. Das Gericht entschied, daß seine Äußerung durch das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt ist. Daraufhin wollen nun die liberalen (scheinliberalen) Parteien in Schweden das Antidiskriminierungsgesetz verschärfen. Bisher aber ist die Entscheidung des Gerichtes ein wichtiger Präzedenzfall, auf den wir uns in Europa eventuell berufen können.

Ein Fall aus neuester Zeit: Im Februar 2008 hat das Amtsgericht von Cardiff (Großbritannien) den anglikanischen Bischof von Hereford, Anthony Priddis, zu einer Geldstrafe von 47.345 Pfund (umgerechnet 63.540 Euro) verurteilt. Sein "Vergehen": Der Bischof hatte einem Homosexuellen die Anstellung als Jugendmitarbeiter verweigert, weil er gemäß der christlichen Sexualmoral handeln wollte, die allein die Ehe von Mann und Frau als Ort geschlechtlicher Gemeinschaft vorsieht. Zusätzlich zu dieser immensen Geldstrafe verurteilte das Gericht den Bischof und seine Mitarbeiter zur Teilnahme an einem "Gleichberechtigungs-Training" mit dem Ziel der Umerziehung!

Ähnliche Fälle nehmen inzwischen weltweit zu (z.B. auch in Südafrika, USA und Kanada; vgl. die Beispiele in meinem Buch "Diktatur Europa"). Besondere Schlagzeilen gab es in Deutschland im Frühjahr 2008 im Blick auf den Jugendkongreß Christival. Ein "Homo-Heilungs-Seminar", das dort ursprünglich angeboten war, wurde aufgrund finanzieller Abhängigkeit von der Bundesregierung und starken öffentlichen Drucks der Grünen und Homosexuellen-Verbände aus dem Programm genommen.

### **Die Europäische Verfassung und Gesetzgebung**

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte schon mehrfach gemeinsame Artikel des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zusammen mit Lüder Gerken. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vorher, von 1987 bis 1994, Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Er hat sogar bei der EU-Charta mitgewirkt, und zwar als Leiter derjenigen Kommission, die die EU-Charta entworfen hat! Und was sagt er heute?

Roman Herzog schreibt in der WELT AM SONNTAG vom 14.1.2007: "Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland." Und weiter: "Die Menschen in Deutschland sind weiter, als mancher Politiker meint. Die meisten Menschen stehen der europäischen Integration im Grundsatz positiv gegenüber."

Gleichzeitig aber beschleicht sie das immer mächtiger werdende Gefühl, daß da etwas nicht stimmt; daß eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungsbereiche und Kompetenzen an sich zieht." Er spricht in seinem Artikel immer wieder von der Zentralisierung aller Kompetenzen. Es wird alles immer mehr in einem Machtzentrum zusammengezogen, wie wir diesen Zentralismus in der Vergangenheit auch schon in verschiedenen Staaten erleben mußten.

### **Europarat verurteilt biblische Schöpfungslehre**

Nun kommt ein weiterer klarer Beweis dafür, daß sich die Europäische Union insgesamt immer mehr in Richtung "Gesinnungsdiktatur" entwickelt. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 4. Oktober 2007 eine Resolution veröffentlicht unter der Überschrift: "Die Gefahren des Kreationismus in der Erziehung." Kreationismus (von lat. creatio = Erschaffung) ist die biblische Schöpfungslehre - also die Lehre, daß Gott die Welt in 6 Tagen so geschaffen hat, wie es Sein Wort sagt, und am 7. Tag ruhte. Wie wird in dieser Resolution formuliert?

Man höre genau hin, wie sich politische Gremien in weltanschauliche, glaubensmäßige Entscheidungen einmischen. Politiker bestimmen über das, was man in dem Zusammenhang auch in Schulen unterrichten darf. Es heißt wörtlich: "Wenn wir nicht aufpassen, könnte der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden, die eine zentrale Angelegenheit des Europarates darstellen."

Wir sind also - wie in altrömischer Zeit - Feinde des Menschengeschlechts, wenn wir die Bibel noch ernst nehmen.

Und dann heißt es - jetzt wird es immer gravierender -: "Die Evolutionslehre zu verleugnen, kann ernsthafte Konsequenzen haben für die Entwicklung unserer Gesellschaften ... Der Krieg gegen die Evolutionstheorie und ihre Vertreter gründet sich meistens in Formen von religiösem Extremismus, der eng verbunden ist mit extremen rechtsradikalen politischen Bewegungen."

Jetzt sind wir als bibeltreue Christen in der Nazi-Ecke - und das, obwohl z.B. ich selber alles andere als ein Nazi bin. Ich habe z.B. die israelische Nationalhymne für Musikverlage ins Deutsche übersetzt und verschiedenes andere für Israel getan. Aber ich sage das als Beispiel dafür, wie schnell man in diese Ecke gedrängt wird.

### **Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche**

Nicht nur politische Mächte fast jeder Couleur, sondern auch ökumenische Organisationen und die Römisch-Katholische Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinigung Europas und der gesamten Menschheit. Dies hat sich etwa bei den bisher durchgeführten Stuttgarter Europatagen unter großer katholischer und ökumenischer Beteiligung (auch von Charismatikern und Evangelikalen!) gezeigt.

Und doch mündet die religiöse Schiene beim Einigungsprozeß gemeinsam mit der politischen Schiene letztlich in Rom. Auffallenderweise wurde am 29. Oktober 2004 die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte:

"Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte 'Gott' oder 'Christentum' auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken? Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert:

"Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist

des Ostens."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgebetstreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:

"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."

Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger):

"Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."

Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Hier sei erwähnt, daß Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".

Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablass (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anläßlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:

"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ... Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ...

In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

### **Gott mehr gehorchen als den Menschen**

In all diesen Entwicklungen wird der Vers in Apostelgeschichte 5, 29 wichtige Bedeutung erlangen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Zwar wollen wir nach Römer 13 gehorsame und treue Untertanen der Obrigkeit sein, aber die Bibel lehrt uns auch die Grenze dieses Gehorsams.

Wir sollen nicht einfach die Köpfe in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten, so lange es noch möglich ist. Und wenn sie uns ins Gefängnis stecken, dann sollen wir auch dazu bereit sein.

Janet Folger ruft in ihrem Buch "The Criminalization of Christianity" dazu auf, solange es noch Zeit ist, Einfluß zu nehmen in den Schulen, in Gesetzgebungen, in Massenmedien, den Wissenschaften, auf musikalischem Gebiet, auch zusammenzuarbeiten, so weit es möglich ist, aber nicht um den Preis der Wahrheit. Ich bin nicht für eine große Koalition aller Konfessio-

nen, wie es manche jetzt propagieren, aber für ein Zusammenstehen derer, die wirklich wiedergeboren sind durch den Geist Gottes, auch bei allen Unterschieden, die es in einzelnen Lehrfragen gibt.

Und vor allem: Wir sollten uns abwenden von einer Abwehrhaltung hin zu einer offensiveren Haltung. Janet Folger schreibt: "Immer wieder werden die Begriffe uns übergestülpt. Wir werden als engstirnig hingestellt, als intolerant, als vorgestrig, als gesetzlich, und die anderen präsentieren sich da als fortschrittlich, als modern, als tolerant, als pluralistisch."

Nein, wir sollen ganz klar sagen, daß wir nur das Beste vertreten, daß wir die beste Botschaft haben für die Menschen, damit sie wirklich heil werden und auch ins Reine kommen mit Gott, und damit auch ihr eigenes Leben wieder eine ganz neue Basis bekommt durch unseren Erlöser und HERRN Jesus Christus. Möge Gott der HERR uns dazu noch Zeit und Gnade schenken. Und möge uns der HERR Jesus Kraft schenken, wenn es einmal wieder auch für uns etwas kosten sollte, Christ zu sein.<<

**2009**

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Januar 2009 (x887/...):

>>**Bruch des Völkerrechts**

Luftkrieg gegen Deutschland

In jüngster Vergangenheit sind mit den Büchern des britischen Philosophen Anthony Clifford Grayling "Die toten Städte" und des deutschen Politikwissenschaftlers Lothar Fritze "Die Moral des Bombenterrors" zwei umfangreiche Werke zu der Frage erschienen, ob die alliierten Bombenangriffe während des Zweiten Weltkrieges Kriegsverbrechen waren oder wenigstens als moralisch verwerflich beurteilt werden müssen. Sie erfuhren aus den Federn von politikkorrekten Rezensenten eine herbe Abfuhr, weil ihre juristische wie philosophische Sicht der Ereignisse "des praktischen Bezugs" entbehre.

Jetzt folgt von dem deutschen Juristen Björn Schumacher ein weiterer Band zu der Problematik: "Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg". Der Autor nimmt sich auch aktueller Themen an, wie der Frage, wie sich die Deutschen heute zu diesem ungeheuren Kriegsverbrechen, dessen Opfer sie wurden, verhalten und welche Konsequenzen sie aus dem ungesühnt gebliebenen Völkerrechtsbruch ziehen.

Die von Schumacher aufgeworfenen Fragen lassen erkennen, wie spannend seine Darstellung ist. Er fragt, ob man - wie es heute gern geschieht - die alliierten Massenmorde aus der Luft mit der angeblichen deutschen Kollektivschuld begründen kann. Waren der britische Premier Winston Churchill und der Chef des Bomber Command Arthur Harris Kriegsverbrecher im Sinne des Völkerstrafrechts?

Waren die Flächenbombardements, die das Ziel hatten, möglichst viele Zivilisten zu töten, ein Bruch des Völkerrechts? Und wenn ja, ergeben sich daraus Ansprüche auf Reparationsleistungen den Briten und US-Amerikanern gegenüber? Am Rande der zitat- und quellenreichen Darstellung werden Fragen behandelt, die bisher in der öffentlichen Diskussion keine Rolle spielten, wie etwa die nach den von der Roten Armee 1945 in Dresden beschlagnahmten und in die Sowjetunion gebrachten Dokumente über die Folgen der Luftangriffe vom Februar 1945.

Anregend ist auch Schumachers Gedankenspiel, ein fiktives Kriegsverbrechertribunal wegen der Vernichtung Dresdens durchzuführen, bei dem der britische Regierungschef ebenso auf der Anklagebank gesessen hätte, wie die Führung der Royal Air Force.

Beschämend ist der Abschnitt, in dem der Autor schildert, wie man heute in Deutschland der bis zu 600.000 Luftkriegstoten gedenkt. Nicht selten wird dabei auf Erinnerungsmalen und in Reden von Offiziellen nicht den wirklichen Tätern die Schuld zugeschrieben; statt dessen beschuldigen sich die Deutschen selbst nach der Devise, daß es nur gute Alliierte und böse Deutsche gebe. ...

*Björn Schumacher: "Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg - 'Morale bombing' im Visier von Völkerrecht, Moral und Erinnerungskultur", ... Graz 2008 ...<<*

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 2009 über die Schreckensherrschaft Pol Pots in Kambodscha (x887/...): >>**Die Roten Khmer töteten ein Drittel ihres Volkes**

Vor 30 Jahren beendeten die Vietnamesen die Schreckensherrschaft von Pol Pots Kommunisten in Kambodscha

Wohl kein anderes Regime hat einen derart großen Teil seines eigenen Volkes getötet wie das der Roten Khmer Pol Pots. Ein verlorener Krieg gegen die Sozialistische Republik Vietnam beendete 1979 die vier Jahre zuvor begonnene Herrschaft von Kambodschas sogenannten Steinzeitkommunisten.

Als die Vorhut der vietnamesischen Armee im Januar 1979 Phnom Penh erreichte, traute sie ihren Augen nicht: Auf den großzügigen Boulevards der Stadt tummelten sich nur Hunde und Schweine, ihre Häuser waren geschlossen, verriegelt und verbarrikadiert - aber vor allem war es beängstigend still:

Phnom Penh, die einstige Zwei-Millionen-Metropole des kambodschanischen Staatsvolkes der Khmer, war menschenleer. Viele ihrer früheren Bewohner waren "Angka", der mörderischen Institution jenes Tugendstaates, den die kambodschanischen Kommunisten um Pol Pot, die Roten Khmer, zwischen 1975 und 1979 errichtet hatten, zum Opfer gefallen: in den landwirtschaftlichen Kooperativen, wo sie nach zwölf Stunden Arbeit, drei Stunden Umerziehung und sieben Stunden Schlaf an Hunger und Entkräftung starben, in den Gefängnissen, wo Folterknechte sie mit Elektroschocks zu Tode quälten, und schließlich auf den berüchtigten Killing Fields, auf denen man sie wegen Munitionsmangels zu Tausenden mit Schaufeln erschlug.

Die Geisterstadt Phnom Penh stand im Januar 1979 für die Tragödie des ganzen Landes. Vorsichtige Schätzungen besagen, daß etwa zwei Millionen Menschen in nur vier Jahren dem Terror der Roten Khmer zum Opfer fielen.

Das war fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung.

Erst die Invasion des vietnamesischen Erzfeindes setzte dem barbarischen Treiben ein Ende. Aber auch nach 30 Jahren schockiert dieser blutige Revolutionsversuch, in dem man die Stadtbewohner zum Arbeitsdienst aufs Land "evakuierte", in dem das Geld abgeschafft war und in dem vor allem Menschen erbarmungslos getötet wurden: bei unerfüllten Arbeitsleistungen, bei der leisesten Kritik an der Partei - ja selbst bei unerlaubtem Lachen, Weinen oder Jubeln. All das sahen die Roten Khmer als Reste kapitalistisch-individualistischer Mentalität an, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden mußten. Die Roten Khmer versuchten so, mit einem Mal das kommunistische Paradies auf Erden zu errichten.

Die Gründe für diese beispiellose Radikalität wurzeln nicht zuletzt in ihrer Ideologie. Sie umfaßte neben dem Marxismus-Leninismus auch eine besondere anthropologische Vision: In einem jeden Mensch, so glaubten die Roten Khmer, schlummere eine egalitäre Haltung, die den Gedanken des Eigentums nicht kenne und mit der sich private Interessen sofort den öffentlichen beugten. Es waren die Ideen des französischen Philosophen Jean Jacques Rousseau (1712-1787), die sie dazu inspirierten.

Einige der Führer der "Roten Khmer" hatten sich mit ihnen vertraut gemacht, als sie in den 1950er Jahren in Frankreich, der einstigen Kolonialmacht studiert hatten - allen voran Pol Pot selbst, der, wenn auch erfolglos, einige Semester Radioelektronik belegt hatte. Um einen neuen Menschen zu "erziehen", versuchten die Roten Khmer, das abzuschaffen, was nach ihnen für dessen alleinige Korruption verantwortlich war: die moderne Großstadt mit ihrem Bürgertum. Auch darin folgten sie Rousseau, denn dieser pries das ländliche Leben und sah die Stadt als Hort von Laster und Entfremdung an, in der man nicht mehr wagt, "als der zu erscheinen,

der man ist".

Dieser Gedanke war für die Roten Khmer um so bedeutender, als sie aus der französischen Geschichte wußten, daß die Pariser Kommune durch die einheimische Bourgeoisie zu Fall gebracht worden war. Vor allem Pol Pot bewunderte diese revolutionäre Bewegung von 1871. Für ihn stellte sie in der bisherigen Geschichte den einzigen historischen Versuch einer Machtergreifung durch die Armen dar.

Kurz nach seiner Machtergreifung am 17. April 1975 ließ Pol Pot daher die Einwohner von Phnom Penh und aller übrigen Provinzhauptstädte deportieren, um "die Netze der feindlichen Kräfte zu schwächen" und sie "mit den Schwierigkeiten des ländlichen Lebens vertraut zu machen" - für die Roten Khmer war das fast "eine Art Rache" am städtischen Bürgertum. Aber auch später richtete sich ihr Terror vor allem gegen Ärzte, Lehrer oder Angehörige der technischen Intelligenz - selbst ein Brillenträger galt ihnen als potentieller Feind.

Gewiß, den Mördern um Pol Pot dürften auch nationale Besonderheiten entgegengekommen sein. Kambodscha ist stark buddhistisch geprägt. Der Glaube an die Wiedergeburt, die typisch asiatische Geringschätzung des Individuums und das gleichfalls eigentümliche Verhältnis zur Gewalt - all das mag für die Brutalität der Roten Khmer ein fruchtbarer Boden gewesen sein. Doch bleibt es eine Tatsache, daß das Blutvergießen des Kommunismus in Kambodscha eine besonders große Lache hinterlassen hat.<<

Rebecca Bellano berichtete am 24. Januar 2009 in der über den deutschen Kaiser Wilhelm II. (x1.035/...): >>"Wir wollen unseren Kaiser Willem wiederhaben"

Der 150. Geburtstag von Wilhelm II. könnte zum Wendepunkt der historischen Bewertung des deutschen Monarchen werden

Launisch, Größenwahnsinnig und chauvinistisch; wenn es darum ging, den letzten deutschen Kaiser schlecht zu machen, waren in den letzten Jahrzehnten stets willige Historiker zu Stelle. "Wir wollen unseren alten Kaiser Willem wiederhaben!" Mit diesen Worten hüpfte Anfang der 80er Jahre eine lütte norddeutsche Deern durch den Garten ihrer Großeltern. Diese beiden, Jahrgang 1920 und 1924, hatten sich angesichts der Vierjährigen an ihre eigene Kindheit zurückerinnert, und einer von ihnen brachte den einst als Kind gehörten Ausruf ins Gespräch, den das Kind sofort nachplapperte.

Es sollten über zwei Jahrzehnte vergehen, bis die Enkelin begreifen sollte, daß mit "Kaiser Willem" nicht nur Wilhelm I. sondern auch zeitweise sein Enkel Wilhelm II. gemeint gewesen war, jener Kaiser, der an den deutschen Schulen nur negativ als Verursacher des Ersten Weltkrieges dargestellt wurde, als narzißtischer, unter der Behinderung seines einen Armes leidender Egozentriker, der sprunghaft und launisch das deutsche Kaiserreich in den Untergang führte.

Daß in der Weimarer Zeit ein vernünftiger Mensch diesen "abscheulichen Herrscher" hätte wiederhaben wollen, wurde den Nachgeborenen als absolut unvorstellbar dargestellt. Da es aber trotzdem geschah, liegt der Verdacht nahe, daß Kaiser Wilhelm II. irgend etwas an sich gehabt haben muß, das die Menschen selbst Jahre nach seinem Verlust der Kaiserkrone dazu hat bewegen können, "ihren" Monarchen zurückhaben zu wollen.

"In der Literatur über diese Periode - und im allgemeinen, heutigen Bewußtsein - ist die verblüffende Tendenz zu beobachten, die Angelegenheit (Krüger-Depesche von 1896) aus englischer Sicht zu betrachten, implizit die Vorstellung zu akzeptieren, daß die britische koloniale Ausdehnung und die britischen Auffassungen vom Recht der Briten eine ‚natürliche Ordnung‘ bildeten, in deren Licht die deutschen Proteste offensichtlich mutwillige Provokationen waren."

Diese Ehrenrettung Wilhelms II. hinsichtlich seines Glückwunschtelegramms an den Präsidenten Transvaals (heutiges Südafrika), der einen britischen Angriff erfolgreich abgewehrt hatte, stammt übrigens von einem Wahl-Briten. Christopher Clark, in Australien geboren, ist

seit Jahren auf der britischen Insel ein angesehener Historiker.

Diese eben zitierten Zeilen schrieb der in Cambridge Lehrende bereits vor rund zehn Jahren, doch erst jetzt - pünktlich zum 150. Geburtstag von Wilhelm II. am 27. Januar - liegen sie in deutscher Übersetzung vor.

Bereits vor zwei Jahren überzeugte der Angelsachse die Deutschen mit seinem Buch "Preußen" davon, daß Preußen eben nicht der kriegslüsterne Militärstaat, der Hitler erst möglich machte, war, wie ihn die breite deutsche Öffentlichkeit gerne sieht. Ähnliches nun bei "Wilhelm II.", auch in diesem Buch ergreift Clark Partei für Wilhelm II.

Zwar gab es schon immer deutsche Historiker, die versuchten, den letzten deutschen Kaiser und seine Taten aus seiner Zeit heraus zu deuten, doch sie waren in der Minderheit.

In den letzten Jahrzehnten galt die Verteufelung des deutschen Monarchen als "schick", wer anderes wagte, wurde in den linksgerichteten bundesrepublikanischen Medien der 70er, 80er und 90er Jahre schnell als rückwärtsgewandt und ewiggestrig verunglimpft. Erst in den letzten Jahren fanden Historiker, die in Wilhelm II. nicht nur einen Größenwahnsinnigen sahen, zumindest in Historikerkreisen Gehör. Christopher Clark hingegen erreicht breite Teile der Öffentlichkeit, da seine Bücher Bestseller sind.

Zitate von Wilhelm II. wie "Ihr wißt alle gar nichts. Nur ich weiß etwas, nur ich entscheide" werden bis heute gerne angeführt, um zu belegen, daß der Kaiser unter "Cäsarenwahnsinn" litt und die alleinige Macht einforderte, doch nur wer die Aussagen des Kaisers im historischen Kontext liest, erkennt auch seine Not. Als Sohn der ältesten Tochter der britischen Queen Victoria und des ältesten Sohnes von Kaiser Wilhelm I. wurden an den jungen Kronprinzen hohe Erwartungen gestellt, die dieser wegen seines von Geburt an gelähmten linken Armes schon körperlich nicht immer zu erfüllen in der Lage war.

Schon früh wurde der Junge zum Spielball zwischen dem konservativen pro-russischen Reichskanzler Otto von Bismarck und seinem Großvater auf der einen Seite und seinen liberalen, pro-britischen Eltern auf der anderen. Auch suchten zumeist Menschen seine Nähe, die sich Vorteile von seiner Stellung versprachen.

Von Bismarck immer wieder gegen Kronprinz Friedrich (Wilhelms Vater] in Stellung gebracht, fühlte sich der junge Mann umschmeichelt. Zu gern ließ er sich dessen Sympathiebekundungen gefallen, doch als er 1888 nach der nur wenige Monate währenden Regentschaft seines an Kehlkopfkrebs verstorbenen Vaters mit Bismarck als Reichskanzler zusammenarbeiten mußte, geriet er schnell mit diesem aneinander.

Der seit zwei Jahrzehnten die deutsche Politik gestaltende Reichsgründer konnte die Fürsorge des jungen Kaisers für "seine Untertanen" im Bergarbeiterstreik von 1889/90 absolut nicht nachvollziehen. Gesetzliche Regulierungen von Frauen- und Kinderarbeit sowie Arbeiterschutzgesetze im allgemeinen leisteten in Bismarcks Vorstellung nur den ihm verhaßten Sozialdemokraten Auftrieb, Wilhelm II. sah es dagegen als seine Pflicht an, die "Bedrückung der Leute" zu lindern. Interessanterweise drehten auch hieraus die Historiker der nachfolgenden Generationen dem Hohenzollern einen Strick. Statt Humanität unterstellte man ihm Populismus.

Auch die Tatsache, daß er nicht nur mit dem 1890 aus seinem Amt scheidenden Bismarck als Reichskanzler nicht zurecht kam, wird vorwiegend dem Throninhaber angelastet. Wie schwierig es jedoch für einen jungen Mann sein muß, in einer Welt von alten Männern, die seit Jahrzehnten die Feinheiten der Politik kennen, seine Ziele durchzusetzen, wurde selten bedacht. Wilhelm redete gerne frei, ohne Manuskript, sagte direkt das, was sein Herz ihm auf seine Zunge legte.

Für den obersten Vertreter eines Staates eine unverzeihliche Schwäche, doch diese macht ihn nicht gleich zu einem Psychopathen. Seine Ziele waren häufig redlich. Ob Krüger-Depesche oder Marokko-Krise: In beiden Fällen befürwortete er die Unabhängigkeit eines bestehenden

Staates, doch erstaunlicherweise sieht die Nachwelt darin nur eine Brüskierung der Westmächte.

Auch seine häufigen politischen Richtungswechsel werden ihm zur Last gelegt, dabei ist nachprüfbar, daß Wilhelm durchaus bereit war, sich von den Argumenten seiner Mitmenschen umstimmen zu lassen. Er war also keineswegs der absolutistische Monarch, sondern gab bei guten Argumenten - allerdings auch bei dem reinen Machtkalkül anderer dienenden Gegendruck - nach.

Außerdem regierte Wilhelm II. zu einer Zeit massiver gesellschaftlicher Umwälzungen. Deutschland erstarkte politisch und wirtschaftlich und mit ihm Bürgertum und Arbeiterschicht, während die Agrarier gegen ihren schwindenden Einfluß anzukämpfen suchten. Zeitgleich entdeckten die Zeitungen auch dank gelockerter Zensur ihre neuen Einflußmöglichkeiten bei der Prägung der öffentlichen Meinung.

Auch in Europa, ja, der ganzen Welt, verschob sich das Machtgefüge ... und dann die zum Ersten Weltkrieg führende Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo. In einem derartigen Spannungsfeld sollte ein zugegebenermaßen nicht mit Weitblick, Fingerspitzengefühl und Durchhaltevermögen gesegneter Hohenzollernsproß sein Amt ausüben. Ein Amt, dessen Vollmachten von vielen Variablen abhingen.

Doch inzwischen werden auch ihn in ein neues Licht stellende Quellen en vogue. Quellen, die belegen, daß Wilhelm II. keineswegs den Krieg wollte und bis zuletzt nicht glaubte, daß die Provokationen von allen Seiten eine militärische Konsequenz nach sich zögen. So schrieb er dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gottlieb von Jagow, noch am 28. Juli 1914, dem Tage der österreichischen Kriegserklärung an Serbien, daß "ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden" sei.

Dem Kaiser, der vereinsamt und schon zu Lebzeiten verhöhnt 1941 in seinem niederländischen Exil verstarb, scheint allmählich in der Betrachtung seiner Person mehr Gerechtigkeit zu widerfahren.

Erschienen in Preußische Allgemeine Zeitung, 24.01.2009, S. 13.<<

Der US-Schriftsteller Richard K. Moore berichtete am 2. Februar 2009 in seinem Artikel "A brief history of the New World Order" ("Eine kurze Geschichte der Neuen Weltordnung") über das NWO-Projekt Erster und Zweiter Weltkrieg (x337/117,148-149): >>Der Erste Weltkrieg war das epochale Ereignis, das ein feststellbares Programm zur Errichtung einer neuen Weltordnung einer einzigen globalen Hierarchie ... unter der Kontrolle der Finanzierselite in Gang gesetzt hat. ...

Großbritannien war nicht mehr die offensichtlich erste Wahl als Grundlage für eine solche globale Machtergreifung. Daher wurde die Entscheidung gefällt, die Hegemonie von London nach Washington zu verlagern. Der Erste Weltkrieg brachte den Aufbau Amerikas als Weltmacht. ... Während sich Europäer und Briten millionenfach abschlachteten, erlebten die Amerikaner die Aufbruchzeiten, die zu den Goldenen Zwanziger Jahren führten. ... Die Verbündeten wurden mit astronomischen Schulden beim amerikanischen Finanzministerium und der Bankelite belastet. ...

Man kann sagen, Amerika hat den Ersten Weltkrieg gewonnen, und ganz Europa hat ihn verloren - und zwar in großem Umfang. Die Europäer waren verpflichtet, Amerika gewaltige Summen für das Privileg zu zahlen, sich gegenseitig verwüstet zu haben. ...

Großbritannien hat eine Zeit lang den Kampf um Europa gewonnen. Amerika hat auf lange Zeit den Kampf um die stärkste Nation der Welt für sich entschieden - doch war es die Bankelite, die den Krieg um die Gestaltungsmacht des künftigen Kurses der Weltpolitik gewonnen hat. ...<<

>>... Der Erste Weltkrieg war ein so erfolgreiches Projekt, daß sofort die Planung für eine noch größere Fortsetzung einsetzte - ein weiterer großer Schritt in Richtung auf eine neue

Weltordnung. ...

Hitler war ein Projekt der angloamerikanischen Bankiers. Seine charismatische Brillanz war früh erkannt worden ... und mit Investitionen in die deutsche Wiederaufrüstung wurden immense Gewinne gemacht. ...

Das Projekt Zweiter Weltkrieg erreichte alle seine Ziele auf bewundernswerte Weise. Während sie nur verhalten kämpften und - im Vergleich zu den anderen großen Kriegsparteien - nur vernachlässigbare Verluste erlitten, gingen die USA mit einer intakten Infrastruktur, 40 % des Reichtums und der Industriekapazität der Welt, der Kontrolle über die sieben Weltmeere, einem Monopol auf Atomwaffen, strategischen Stützpunkten in den Öl-Scheichtümern des Nahen Ostens und mit der allgemein verbreiteten Anerkennung als heroischer Vorkämpfer der Demokratie aus dem Krieg hervor.

Ganz von allein richteten sich die Augen der Welt auf Washington als Führung bei der Gestaltung der Nachkriegswelt.

Und Amerika hatte bereits einen fertigen Entwurf vorliegen. Die Bankiers hatten einen Ausschuß ausgewählt, das Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen), und ihn ins Weiße Haus hinüberschickt, um die Architektur für die Nachkriegszeit zu entwerfen. Man hatte sich Amerika als hegemoniale Operationsbasis gesichert, die für diese Rolle geeigneter war als Großbritannien, und es war an der Zeit, sich an die nächste Phase im Projekt Neue Weltordnung zu machen.

So wurden sofort nach dem Kriegsende die Bretton-Woods-Institutionen der Globalisten - UNO, IWF und Weltbank - ins Leben gerufen, die ersten Grundsteine für eine mögliche Einwelt-Regierung.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Februar 2009 über die deutsche Nationalversammlung vom 6. Februar 1919 (x887/...): >>**Die Weimarer Klassik stand Pate**

Am 6. Februar 1919 trat im Nationaltheater zu Weimar die deutsche Nationalversammlung zusammen

Die Wahl des Sitzungsortes hatte Symbolkraft. Nicht der angeblich in Berlin beheimatete Geist des preußisch-deutschen Militarismus sollte die Republik erfüllen, sondern der der deutschen Klassik.

Deshalb berief die Reichsregierung die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung für den 6. Februar 1919 nicht in die Reichshauptstadt, sondern in die Goethe- und Schiller-Stadt Weimar ein, die der neuen deutschen Republik ihren Namen geben sollte.

Bereits im Zuge der Novemberrevolution 1918 hatten Reichskanzler Prinz Max von Baden, der zuvor eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet hatte, als auch führende Sozialdemokraten die Einrichtung einer Nationalversammlung gefordert, die über die zukünftige Staatsform und die Verfassung des Deutschen Reiches entscheiden sollte.

Der Rat der Volksbeauftragten, der nach dem Zusammenbruch der Monarchie als provisorische Reichsregierung fungierte, schloß sich dieser Forderung am 30. November 1918 an und setzte für den 19. Januar 1919 eine Reichstagswahl an. Wahlberechtigt waren alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hatten, womit erstmals auch Frauen ein reichsweites Wahlrecht hatten. Auch der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte stimmte diesem Regierungsbeschluß mit deutlicher Mehrheit zu, wodurch der Weg zur Reichstagswahl geebnet und eine von vielen befürchtete Entwicklung hin zu einer Räterepublik endgültig gestoppt war.

Nach der Wahl vom 19. Januar, bei der die eine parlamentarisch-demokratische Republik anstrebenden Parteien SPD, DDP und Zentrum eine Dreiviertelmehrheit erreichten, trat die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Sie war nicht nur mit der Ausarbeitung

einer Verfassung beauftragt, sondern fungierte zugleich auch als Parlament und nahm dessen legislative Aufgaben wahr.

Der Umzug in die thüringische Stadt bereitete verkehrstechnische Schwierigkeiten, so daß die Regierungsämter im von nachrevolutionären Wirren und Unruhen beherrschten Berlin verblieben. Um einen schnellen Nachrichtenaustausch zu gewährleisten, wurde eine Luftpostlinie eingerichtet.

Zur Eröffnung der ersten Sitzung sandten die Abgeordneten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ein Grußtelegramm nach Weimar, in dem sie ihren Wunsch nach einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ausdrückten, für den es auch eine Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung gab. Doch die Entscheidung darüber sollten die alliierten Siegermächte auf ihrer Konferenz in Potsdam fällen.

Erster Parlamentspräsident wurde der SPD-Politiker Eduard David, der allerdings wenige Tage später als Minister in die Reichsregierung wechselte und von dem Zentrumspolitiker Konrad Fehrenbach abgelöst wurde.

Am 11. Februar wählten die Abgeordneten mit über 70 Prozent der Stimmen den bisherigen Reichskanzler Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten. Der Parlamentspräsident begrüßte ihn mit den Worten: "Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht, an seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer." Ebert, zugleich SPD-Vorsitzender, antwortete, er wolle und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln und nicht als Vertreter einer einzigen Partei. Zugleich bekannte er sich zu seiner Herkunft aus dem Arbeiterstand.

Gemeinsam mit dem Zentrum und der DDP bildeten die Sozialdemokraten in der Weimarer Koalition eine regierungsfähige Mehrheit. Erster Ministerpräsident (Reichskanzler) der Weimarer Republik wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, Vizekanzler Eugen Schiffer von der DDP und Außenminister der parteilose Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Während im Reich die Aufstände der Spartakisten, Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten tobten, gingen die Abgeordneten in Weimar daran, Deutschland eine demokratische Verfassung zu geben.

Die größte Herausforderung waren die Beratungen über den als Diktatfrieden empfundenen Vertrag von Versailles. Am 12. Mai 1919 tagte die Nationalversammlung erstmals in Berlin. Hier nahm sie eine Erklärung Scheidemanns über die Friedensbedingungen entgegen und debattierte darüber. Unter großem Beifall aller Parteien bezeichnete Scheidemann die Friedensbedingungen als "Gewaltfrieden", der das deutsche Volk erdrosseln solle. Die Reichsregierung könne diesen Bedingungen nicht zustimmen und werde Gegenvorschläge machen, die auf Wilsons 14-Punkte-Programm beruhen.

Dem schlossen sich die Redner aller Parteien an. Sie erklärten die Forderungen der Entente für unannehmbar und wandten sich vor allem gegen die ruinösen Reparationsforderungen und die Behauptung, Deutschland trage allein die Schuld am Ausbruch des Krieges.

Nachdem Scheidemanns Kabinett aus Protest gegen die unnachgiebige Haltung der Siegermächte wenig später zurücktrat, warb sein Nachfolger, Gustav Bauer, der einer Regierung von SPD und Zentrum vorstand, für die Vertragsunterzeichnung, kritisierte aber weiter einzelne Bestimmungen und insbesondere den Passus zur Kriegsschuldfrage in Artikel 231 des Vertrages. Trotz der allgemeinen Entrüstung über den Vertragsentwurf stimmte die Nationalversammlung dem Antrag in namentlicher Abstimmung mit 237 zu 138 Stimmen schließlich zu, da die Alternative nur die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen sei, die weit schlimmere Folgen haben würden.

Die Weimarer Nationalversammlung war jedoch nicht nur mit den Verfassungsberatungen befaßt. So wurden beispielsweise die gesamte Neuregelung des Steuerwesens in Angriff genommen und mit der Verabschiedung des Reichssiedlungsgesetzes erste Schritte zu einer Bodenreform unternommen.

Am 30. September 1919 verlegte die Nationalversammlung ihren Sitz nach Berlin, bevor sie sich am 21. Mai 1920 auflöste. Nach der Reichstagswahl vom 6. Juni trat der erste Reichstag an ihre Stelle. Da war der Weg, der wegen des Deutschland erdrückenden Friedensvertrages und verschiedener Verfassungsmängel zu Diktatur, Krieg und Untergang führen sollte, bereits besritten.<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.07.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x337/79) = Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage, Seite 79.

x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.

## Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: <a href="http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58">http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58</a> - März 2015.
x861	<a href="http://horst-koch.de/diktatur-europa/">http://horst-koch.de/diktatur-europa/</a> - Januar 2016.
x878	<a href="http://www.guntram-von-schenck.de/">http://www.guntram-von-schenck.de/</a> - September 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x1.035	<a href="https://www.wilhelm-der-zweite.de">https://www.wilhelm-der-zweite.de</a> - Dezember 2021
x1.103	<a href="https://horst-koch.de/diktatur-europa/">https://horst-koch.de/diktatur-europa/</a> - April 2022
x1.143	<a href="https://www.babykaust.de/08/08-sexual/ge/ge/loescht%20sie%20aus.pdf">https://www.babykaust.de/08/08-sexual/ge/ge/loescht%20sie%20aus.pdf</a> - Juni 2022